Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

kritisch, persönlich, reflexiv

35 (Gast-)Kommentare aus 50 Newslettern aus den Jahren 2016 – 2025

von Isabelle Ihring, Astrid Messerschmidt, Annita Kalpaka, Paul Mecheril, Maisha M. Auma, Saraya Gomis, Rudolf Leiprecht, Lutz von Dijk, Maria do Mar Castro Varela, Mamad Mohamad, Gilda Sahebi, Vasilis Tsianos, Andreas Foitzik, Claus Melter, Farah Melter, Anne Jung, Dženeta Isaković, Faisal Garba, Maria Kechaja, Barbara Stauber, Stéphane Dufoix, Nazile Savaştürk, Ayşe Çınar, Ramona Lenz, Britta Rabe, ADIS e.V., Büro für diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart, Borderline Europe e.V.

Inhalt

Zehn Jahre „Sommer der Migration“ 5

Kommentar von Dženeta Isaković zur der Entwicklung von “Willkommenskultur” zum “Problem im Stadtbild” – Oktober 2025/NL 50 5

Bürokratieabbau als Demokratieabbau: ein Lehrstück aus Baden-Württemberg 8

Kommentar von Andreas Foitzik zum Scheitern des Landesantidiskriminierungsgesetzes – August 2025/NL 49 8

Soll ich in Ostdeutschland bleiben, brauche ich ein Rassismusbegrenzungsgesetz 11

Kommentar von Mamad Mohamad zum wachsenden Rassismus - März 2025/NL 48 11

Mund aufmachen – Weil: Rassismus tötet! – Ein dringender Appell 13

Ein anonymer Apell angesichts der Zusammenarbeit der CDU mit der AfD - Januar 2025/NL 47 13

Gedanken zum Holocaustgedenktag 2025.....15

Ein Kommentar von Rudolf Leiprecht zur Abstimmung im Bundestag - Januar 2025/NL 47....15

Eine Resonanz.....17

Lutz van Dijk antwortet auf den Brief von Rudolf Leiprecht Januar 2025/NL 47.....17

„Vogliamo una vita bella“ 19

Ein Beitrag von Gilda Sahebi: bei der Veranstaltung „Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen!“ – Dezember 2024/NL 46.....19

Solidarität statt Kriminalisierung: Gemeinsam für Bewegungsfreiheit 22

Ein Kommentar von Elaheh, Insa und Imke - Aktivistinnen bei borderline-europe e.V. - Oktober 2024/NL 45 22

Eine Frage der Perspektive.....24

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zu den Recherchen von Correctiv- April 2024/NL 43.....24

Weder antimuslimisch noch antisemitisch - Kritik in den aktuellen Gewaltverhältnissen 27

Ein Kommentar von Astrid Messerschmidt zu den Debatten nach dem 7. Oktober - Dezember 2023/NL 42 27

Ich weiß es nicht, aber ich bin gegen Grausamkeit und suche sie zu benennen und jene Grausamkeit, die anderen widerfährt, frisst sich in mich hinein und macht mich beschämend stumm.....29

Ein Kommentar von Paul Mecheril zum 7. Oktober - November 2023/NL 41 29

Zur Verschärfung des Asylrechts.....32

Ein Kommentar des Büros für diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart zum sogenannten Asylkompromiss 2.0 - Juli 2023/NL 40 32

Zwischen falschen Reformen und staatlichen Verbrechen des Friedens 33

Ein Kommentar von Vassilis S. Tsianos zu Pushbacks in Griechenland - Juli 2023/NL 40 33

Rassismus und Rassismuskritik in den Qualifizierungsgrundlagen einer hyperdiversen, postmigrantischen Gesellschaft 36

Ein Kommentar von Maisha M. Auma zur Debatte um „Tauben im Gras“ Mai 2023/NL 39.....36

„Tauben im Gras“ - Auf den zweiten Blick.....37

Ein Kommentar von Annita Kalpaka zur Debatte um „Tauben im Gras“ - Mai 2023/NL 39 37

Das Problem sind nicht nur die unkontrollierten Affekte! 40

Ein Kommentar von adis e.V. zur Auszeit von Boris Palmer – Mai 2023/NL 39 40

Iran Revolution, was können wir in Europa daraus lernen? 42

Ein Kommentar von Farah Melter zum Kampf der iranischen Frauen - Januar 2023/NL 38..... 42

Das binäre Denken überwinden 44

Ein Editorial von Andreas Foitzik zum documenta-Schwerpunkt - Juli 2022/NL 36 44

Antisemitismus und Kunst 45

Anmerkungen von Astrid Messerschmidt zur documenta fifteen - Juli 2022/NL 36..... 45

Globale Erinnerungskultur – (Wie) Kann das gelingen? 47

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zur Documenta-Debatte: Juli 2022/NL 36 47

Der Krieg in der Ukraine ist auch eine pädagogische Herausforderung - Erste Fragen aus einer rassismuskritischen Perspektive 48

Ein Text der Regionalgruppe Tübingen des Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik - April 2022/NL 35 48

Vielleicht ist dies keine Antwort auf große gesellschaftliche Fragen 51

Ein Editorial von Andreas Foitzik zum Corona-Schwerpunkt - Dezember 2021/ NL 34 51

Chronik eines globalen Versagens 53

Ein Kommentar von Anne Jung zur globalen Impfgerechtigkeit: Dezember 2021/NL 34 53

Für eine Politik der Fragilität 56

Ein Kommentar von María do Mar Castro Varela zur Corona-Pandemie - Dezember 2021/ NL 34 56

Kolonialismus und Widerstand oder: Warum die Thematisierung von Kolonialismus Mut braucht 58

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zum kolonial-rassistische Darstellungen im Europapark - Oktober 2021/NL 33 58

Das Krebsgeschwür und die Öffnung 61

Ein Kommentar von Stéphane Dufoix zu aktuellen Auseinandersetzungen im französischen Hochschulwesen - Mai 2021/ NL 32..... 61

„ … die Jugendlichen allein zu lassen, ist unmöglich und unverantwortlich …“ 64

Ein Gespräch mit Maria Kechaja und Barbara Stauber über die Herausforderungen der Pandemie für Jugendliche – Februar 2021/NL31 64

Corona-Impfungen oder die Suche nach globaler Solidarität - Eine postkoloniale Intervention 68

Ein Kommentar von Faisal Garba und Isabelle Ihring zur globalen Impfgerechtigkeit - Oktober 2020/NL 30 68

I have a dream – das Recht, das eigene Recht einzufordern zu können. Überall. 71

Ein Kommentar von Andreas Foitzik zur rassistischen Polizeigewalt - Juli 2020/ NL 29..... 71

Der Schwarze Atlantik in Deutschland 75

EinBlick von Saraya Gomis zur Schnittstelle von Anti-Schwarzem Rassismus und Schule - Juni 2020/NL 28 75

Diskriminierungs-/Rassismus-Kritik und Menschenrechtsorientierung in einer Gesellschaft, deren Dominanzgesellschaft weiter ausbeuten, diskriminieren und Menschenrechte brechen will 78

Ein Kommentar von Claus Melter zur Bedeutung von Menschenrechtsurteilen für die Soziale Arbeit - Februar 2020/NKL26 ..... *78*

Nie wieder 2015! 80

Kommentar von Paul Mecheril zur Jubiläumsausgabe des Newsletters - November 2019/NL25 ..... *80*

Bleiberecht statt Ausgrenzung und Entwürdigung 83

Kommentar von Ramona Lenz und Britta Rabe zur Abschottungs- und Abschiebepolitik - Juli 2019/NK24 ..... *83*

Empört. Enttäuscht. Fassungslos. 85

Ein Kommentar von Nazile Savaştürk und Ayşe Çınar zur Debatte um das Kopftuchverbot für Minderjährige - März 2019/NL23 ..... *85*

„Nie wieder!“ und der Wunsch, nichts zu wissen 87

Ein Kommentar von Astrid Messerschmidt zum „Aufruf für solidarische Bildung“, Dezember 2018/NL22 ..... *87*

Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung – ein Blick in den Sport 89

Ein Kommentar von Andreas Foitzik zum Umgang mit der südafrikanischen Läuferin Caster Semenya - September 2016/NL14 ..... *89*

Zehn Jahre „Sommer der Migration“

Kommentar von Dženeta Isaković zur der Entwicklung von “Willkommenskultur” zum “Problem im Stadtbild” – Oktober 2025/NL 50

Im Jahr 2015 suchten etwa 890.000 Menschen Schutz in Deutschland. Die meisten kamen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde für ihren Ausspruch „Wir schaffen das“, mit dem sie Bereitschaft und Menschlichkeit signalisierte, diese Schutzsuchenden aufzunehmen, weltweit bekannt und vielfach geschätzt. Doch von Beginn an gefährdeten Planungsschwierigkeiten, Überforderungen der Kommunen sowie rassistische Haltungen bei Teilen politischer Vertreter:innen und innerhalb der Aufnahmegesellschaft diese Willkommenskultur. Schon früh wurden problemzentrierte und destruktive Debatten geführt. Es entstand der Begriff „Flüchtlingskrise“, und das Thema Flucht wurde eng mit Islam, Extremismus und Terrorismus verknüpft. Nicht selten wurde alles gleichzeitig verhandelt, ungeachtet dessen, dass geflüchtete Menschen nicht immer muslimisch waren, die allerwenigsten Muslime extremistisch waren und viele Geflüchteten selbst wegen Terrorismus und Diskriminierung ihre Heimat verlassen mussten.

Umgekehrt blieben Berichte über Schutzsuchende, die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt wurden, medial meist Randnotizen. Dabei verzeichnete das Bundeskriminalamt allein im Jahr 2016 3.533 Straftaten im Zusammenhang mit Gewalt gegen Geflüchtete, darunter fiel auch Hasskriminalität in Erscheinung von Körperverletzungen, versuchten Tötungen und Angriffen auf Asylunterkünfte.

Von Willkommenskultur zum „Problem im Stadtbild“

Zehn Jahre später hat sich der Diskurs deutlich verschärft. Die Bundesregierung betreibt keine Willkommenspolitik mehr, sondern eine Migrationspolitik der Abschreckung, begleitet von einer zunehmend ablehnenden und rassistischen Rhetorik. Auf die „Willkommenskanzlerin“ folgten zwei „Abschiebekanzler“, welche gerne auf das alte Narrativ vom Zusammenhang zwischen Islam, Flucht und Terrorismus zurückgreifen, obwohl die Terrorismusforschung keine Belege dafür liefert. Friedrich Merz äußert öffentlich mehrfach in Live-Interviews seinen Missmut und sein persönlich empfundenes Störgefühl, wenn er vermeintlich migrantische, illegal in Deutschland lebende, arbeitslose junge Männer im weißen Stadtbild erblickt, ganz so, als könne man Aufenthalts- oder Erwerbstätigkeitsstatus am äußeren Erscheinungsbild von Menschen ablesen.

Viele dieser Entwicklungen erinnern mich an meine eigene Kindheit in den 1990er Jahren: Auch meine Familie und ich waren Schutzsuchende. Wir lebten fast zehn Jahre lang mit Duldung, durften Deutschland nicht verlassen und brauchten Genehmigungen, um das Bundesland zu verlassen. Die großen blau-rot karierten „Asylantentaschen“, wie wir sie nannten, standen vorsorglich gepackt bereit. Wir bekamen keine staatliche Unterstützung, es gab keine kostenlosen Sprachkurse für Geflüchtete. Ich war sieben, als ich die Abschiebung eines Bekannten mitansehen musste – in Handschellen abgeführt, ohne sich vorher waschen zu dürfen, als sei er ein Verbrecher.

Damals wie heute wurde das Wort „Flüchtling“ oft als herabwürdigende Beleidigung gebraucht. Viele Menschen mit Fluchterfahrung verbergen diesen Teil ihrer Biografie, wenn sie sich auf eine Wohnung oder eine Arbeitsstelle bewerben, um den damit verbundenen Stigmatisierungen zu entkommen. Auch meine Eltern mahnten uns Kinder an, niemandem zu erzählen, dass wir geflüchtet waren.

Rassistische Narrative – und ihre Folgen

Rassistische und menschenfeindliche Bilder über asylsuchende Menschen durchziehen alle Lebensbereiche von Schule und Arbeitswelt bis in Politik und Medien und bleiben

häufig unwidersprochen. Die Mitte-Studie, amtliche Zahlen sowie die Erfahrungen aus unserer Antidiskriminierungsberatung belegen das eindrücklich. Heute werden Geflüchtete sogar gegeneinander ausgespielt, in „echte“ und „unechte“, „nette“ und „gefährliche“, „integrierbare“ und „nicht integrierbare“.

In meiner Arbeit als politische Bildnerin erlebe ich immer wieder, wie tief diese Narrative wirken. In einem Seminar empörte sich eine Opferschützerin darüber, dass ein Geflüchteter bei der Opferberatung den Handschlag verweigerte und vollzog dabei rasch eine Täter-Opfer-Umkehr, bei der ein vergewaltigter junger Ratsuchender, zum vermeintlich „nicht integrierbaren, sexistischen Täter“ gemacht wurde.

In einem anderen Fall wurde für eine Willkommensklasse ein Workshop zur Extremismusprävention angesetzt, nachdem ein geflüchteter Schüler vom Ausbildungsbetrieb ausgeschlossen worden war. Ausschlaggebend war sein Mittagsgebet während der Pause, das als „islamistisch“ wahrgenommen wurde, obwohl seine zuvor von Lehrkräften und Auszubildenden anerkannte Arbeitsmoral und Sozialkompetenz bis dahin als vorbildlich galten.

In einer gemischten Schulklasse erlebte ich, wie eine kleine Gruppe junger Mädchen unaufhörlich Stereotype über geflüchtete Jungen und junge Männer verbreitete, während zugleich geflüchtete Jungen in der Klasse saßen, für die niemand aus der Klassengemeinschaft eintrat. Die Schulleitung war nicht bereit Konsequenzen folgen zu lassen, da die Mädchen „aus gutem Hause“ kämen und leistungsstarke Schülerinnen seien.

Pädagog:innen und Sozialarbeiter:innen berichteten mir in Fortbildungen und Netzwerktreffen mehrfach, dass in den Willkommensklassen ihrer Schulen als weiß wahrgenommene Geflüchtete und Migrant:innen BPoC-Geflüchtete rassistisch beleidigten, weil sie aus dem Verhalten der Lehrkräfte und aus Medien entnähmen, dass „die Anderen“ in Deutschland weniger willkommen seien und sie selbst die „besseren Migrant:innen“ seien.

Selbst in Willkommensklassen zeigt sich, wie tief rassistische Hierarchien wirken. Pädagog:innen und Sozialarbeiter:innen berichteten mir in Fortbildungen und Netzwerktreffen, dass sie beobachten wie *weiß* gelesene Geflüchtete BPoC-Geflüchtete beleidigen, weil sie gelernt haben, dass „die Anderen“ weniger willkommen seien.

Populistische Spaltung und fehlende Empathie

Ich lese und sehe gefühlt täglich in den Medien, wie einige populistische Politiker:innen bewusst versuchen, eine spalterische Neiddebatte loszutreten, mit dem Ziel, der Bevölkerung zu vermitteln, ihr würde etwas von „arbeitsverweigernden Migranten“ weggenommen, die für angebliche „Untätigkeit belohnt“ würden. Einen Höhepunkt stellte die Politsendung dar, in der der Millionär Friedrich Merz behauptete, abgelehnte Asylbewerber ließen sich beim Arzt kostenlos die Zähne richten, während deutsche Bürger daneben keine Termine bekämen. Ganz zu schweigen vom ständigen Vorwurf des „importierten Antisemitismus“ gegen Migrant:innen: als gäbe es keine tausendjährige deutsch-europäische Geschichte des Antisemitismus.

Flucht als dauerhafte Wunde

Was eine Flucht bedeutet, scheint vielen Menschen bis heute schwer verständlich: der Verlust von Heimat, Familie und Sicherheit, das Überleben auf lebensgefährlichen Wegen – oft ohne Gewissheit, jemals anzukommen. Laut Schätzungen von UNICEF, der EU-Grundrechteagentur und Sea-Watch starben allein 2024 über 2.000 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Seit 2014 gelten über 30 000 Menschen als tot oder vermisst.

Flucht hinterlässt tiefe seelische Spuren: Identitätskrisen, Entwurzelung, Depressionen. Viele meiner Bekannten, die seit 2015 aus Syrien, Somalia, Afghanistan oder dem Irak geflohen sind, berichten von traumatischen Erlebnissen – vom Verlust geliebter Menschen, von Gewalt, Hunger, Missbrauch, von der Enttäuschung über die Kälte mancher Nachbarschaften in Deutschland. Vertrauen zu fassen fällt schwer, wenn einem Misstrauen entgegenschlägt.

Die Syrian American Medical Society prägte 2018 den Begriff „Human Devastation Syndrome“ – das *Syndrom der menschlichen Zerstörung*. Es beschreibt seelische Zustände, die über klassische Traumafolgen hinausgehen: tiefe Erschöpfung, anhaltende Angst, schwere Depressionen, psychosomatische Beschwerden, Verlust des Lebenssinns. Viele syrische Geflüchtete in meinem Bekanntenkreis erkennen sich darin wieder.

Können wir als Gesellschaft wirklich erwarten, dass diese Menschen kurzerhand ihre Erlebnisse, Krankheiten und Krisen überwinden, die Sprache zügig erwerben, dem Arbeitsmarkt schnell zur Verfügung stehen und Glaube sowie Traditionen einfach beiseiteschieben? Können wir von Geflüchteten eine rasche Rückkehr in einen „normalen“ Alltag erwarten? Oder müssen wir vielmehr davon ausgehen, dass es für viele Geflüchtete nach diesen Erfahrungen nie wieder eine Normalität geben kann?

Der junge syrische Dichter Abdalrahman Alqalaq drückt es in *Flüchtlinge und ihre Schatten* folgendermaßen aus:

> „Und wenn ihnen Angst durch die Zähne dringt
> bauen sie tief drin wacklige Stützen
> und nennen es ihr neues Leben
> Andere wieder haben einen großen Schatten,
> aber keinen Körper
> Sie sind ein Schatten
> auf der Erde
> und alle treten darauf.“

Ein Appell für Empathie und Verantwortung

Zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“ sollten wir als Gesellschaft innehalten. Fachkräfte in Pädagogik, Sozialarbeit, Medizin und Therapie brauchen mehr Wissen über Flucht und ihre Folgen. Politik und Kommunen sollten Geflüchtete nicht als Belastung sehen, sondern als Bereicherung, nicht zuletzt, weil die alternde deutsche Gesellschaft sie dringend braucht.

Vor allem aber benötigen Geflüchtete Zeit, Verständnis und Unterstützung, um ihre Traumata zu verarbeiten. Unsere Empathie ist kein Luxus – sie ist Grundvoraussetzung für Identifikation und Bindung von Migrant:innen an unsere Gesellschaft. Nur so ein gutes Zusammenleben gelingen.

Dženeta Isaković ist Islamwissenschaftlerin und als politische Bildnerin bei Mosaik Deutschland e.V. / Muslimische Akademie Heidelberg in der Extremismusprävention tätig.

Bürokratieabbau als Demokratieabbau: ein Lehrstück aus Baden-Württemberg

Kommentar von Andreas Foitzik zum Scheitern des Landesantidiskriminierungsgesetzes – August 2025/NL 49

Es gibt wohl kaum ein politisches Thema, zu dem es über alle politischen Spektren hinweg eine solche Einigkeit gibt wie bei der Forderung nach Abbau einer „überbordenden“ Bürokratie. Lobbyverbände haben hier ganze Arbeit geleistet. Noch vor ein paar Jahren wurde das Thema als die Kontroverse zwischen Regulierung und Deregulierung verhandelt. Hier waren politische Zuordnungen noch einfacher. Die neoliberale Forderung nach weniger Staat und weniger einschränkende Regulierung war recht leicht dechiffrierbar als eine Politik zugunsten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten.

Die Forderung nach Bürokratieabbau dagegen argumentiert vordergründig – oder ist zumindest anschlussfähig - mit realen Ärgernissen. Die langen Bearbeitungszeiten von privaten Bauanträgen betreffen jetzt auch nicht alle Schichten der Bevölkerung, sind hier aber ein oft genanntes Beispiel. Faktisch sind wir nun in einer Situation, in der sich in der Politik kaum wer traut, Bürokratie oder überhaupt staatliche Regulierung zu verteidigen.

Sicherlich gibt es bürokratische Regelungen, die schlichtweg verzichtbar sind. Was aber in der Diskussion zunehmend verloren geht, ist ein Verständnis, dass viele staatliche oder EU-angeordneten Regulierungen zum Schutz von vulnerablen Gruppen oder einer vulnerablen Natur geschaffen wurden. Sie haben das Ziel, gesellschaftlichen Egoismen und vor allem kapitalistischen Marktmechanismen Grenzen zu setzen: Naturschutz, Datenschutz, Diskriminierungsschutz, Inklusion etc.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz als Lehrstück

Was das für die Zukunft für die Verteidigung dieser Rechte bedeuten kann und jetzt schon bedeutet, zeigt ein Lehrstück aus Baden-Württemberg. 2021 war auf Druck eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) im Koalitionsvertrag verankert worden. 77 Organisationen - Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, Verbände der Jugend- und Beratungsarbeit und viele weitere zivilgesellschaftliche Verbände und Akteur*innen aus dem Feld der Antidiskriminierungsarbeit - unterzeichnen ein Positionspapier (https://ladg.jetzt/bw/).

Zur Erinnerung: Dass wir in Deutschland Landesantidiskriminierungsgesetze brauchen, liegt nur daran, dass das Allgemein Gleichbehandlungsgesetz als Bundesgesetz alle Bereiche, die eher in Landeszuständigkeit liegen, ausgeklammert hatte. In fast allen anderen europäischen Ländern schließt ein nationales Antidiskriminierungsgesetz Bereiche wie Schule, Hochschule, Polizei und Behörden ein. In Deutschland nicht. Der öffentliche Bereich würde damit lediglich dem zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich gleichgestellt. 2024 hat die Landesregierung unter der Bezeichnung „Gleichbehandlungsgesetz Baden-Württemberg“ in erster Lesung einen Gesetzesentwurf verabschiedet.

Direkt nach der ersten Lesung im Kabinett startete eine Kampagne von Städte- und Gemeindetag, die darauf abzielt, das Gleichbehandlungsgesetzes zu verhindern. Ein Argument war, das Gesetz würde gegenüber Mitarbeitenden von Behörden, Bildungseinrichtungen und Polizei einen Generalverdacht zeigen und ihnen unterstellen,

dass sie diskriminieren. Diskriminierung sei für Mitarbeitende im öffentlichen Dienst ohnehin verboten, daher sei ein separates Gesetz unnötig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie mit diesem doch eher grotesken Argument politisch etwas hätten erreichen können.

Politisch viel wirkungsmächtiger war aber das Argument, das Gesetz würde einen Bürokratieaufwuchs in den Behörden befördern. Irgendwer setzte das Wort - ich würde es fast als Unwort bezeichnen – „Bürokratiemonster“ in die Welt, es wurde von den Medien ungeprüft übernommen und weiterverbreitet. Bürokratie-Bashing sells.

Auch von CDU und FDP und bis in Teile der Grünen hinein wurde es übernommen, ohne wirklich überprüft zu werden. Wir haben in dieser ganzen Zeit mit den Fachpolitiker*innen aus den Parteien und auch mit hohen Vertreter*innen des Städtetages gesprochen und dort eine Zustimmung zu unseren Sachargumenten erlebt. Und kurz später wird dann plötzlich nach außen hin wieder das Gesetz als Bürokratiemonster angegriffen.

Dies hat sicher auch mit einer veränderten Stimmungslage in der Bundesrepublik und Europa zu tun. Die Verteidigung von Minderheitenrechten und Menschenwürde ist kein Thema mehr, mit dem sich Parteien profilieren wollen. Vor allem aber gegen den Vorwurf des Bürokratieaufbaus ist es in diesen Zeiten offensichtlich schwer, noch eine sachorientierte Politik zu machen. Und dabei ist es völlig unerheblich, ob es tatsächlich ein Bürokratieaufbau mit dem Gesetzesvorhaben verbunden ist.

Als zivilgesellschaftliches Bündnis haben wir immer wieder versucht mit Sachargumenten in der Debatte durchzudringen. Wir haben Expert*innen zu einem Faktencheck (https://ladg.jetzt/bw/) eingeladen, die aus der Erfahrung von vier Jahren LADG Berlin gut beurteilen können, was an den aktuell in Baden-Württemberg erhobenen Vorwürfen dran ist. Thilo Cablitz von der Berliner Polizei, Susanne Stecher, Vorsitzende des Berliner Hauptpersonalrats, Doris Liebscher von der Ombudsstelle der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung waren sich einig, dass das LADG zu keinem Bürokratieaufbau geführt habe. Da das Gleichbehandlungsgesetz keine Anforderungen stellt, die nicht bereits im Grundgesetz verankert sind, sind auch keine zusätzlichen Vorkehrungen nötig.

Nur: das hat niemand interessiert. An zwei prominent besetzten Online-Pressegesprächen im Jahr 2024 hat jeweils ein einziger Journalist teilgenommen, es erschien kein einziger Artikel. Die Stimme eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das auch die Interessen von vielen betroffenen Menschen vertritt, bleibt ungehört. Die Presse hatte sich offenbar mit dem Fake-Bürokratie-Argument arrangiert.

Fast schon unnötig zu erwähnen, dass ein anderes Argument in der Debatte komplett untergeht. Zumindest für den Bereich Bildung gibt es klare europarechtliche Vorgaben, die in Deutschland bestehende Schutzlücke zu schließen. Europäische Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte: das juckt - auf Deutsch gesagt - keine Sau mehr.

Was tun?

Menschenrechtsaktivist_innen werden aktuell keine Kundgebung zur „Verteidigung der Bürokratie“ organisieren können. Vielleicht wäre aber schon viel gewonnen, wenn wir unsere Möglichkeiten nutzen, überhaupt wieder das Narrativ zu stärken, dass Regulierungen notwendig sind, um Natur und Menschen zu schützen.

Auch können wir selbst Bürokratie kritisieren, um bürokratische Regelungen sichtbar zu machen, die sich gegen Minderheiten richten. Ilja Trojanow hat dies in dem Kommentar „Tod von Familienangehörigen: Sterben in Bürokratistan“[1] in der taz gezeigt. Auch die

[1] Tod von Familienangehörigen: Sterben in Bürokratistan | taz.de

hohen Hürden einer Anerkennung beruflicher Abschlüsse durch das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz[2] oder bei der Einbürgerung[3] könnten hier Ansatzpunkte bieten.

Im Zentrum sollte die Frage stehen, zu welchem Zweck Regulierungen vorgeschrieben werden, wem sie nutzen und wem sie schaden. Auf dieser Grundlage wäre dann auch besprech- und verhandelbar zu machen, welche Risiken und Nebenwirkungen mit einzelnen Regulierungen verbunden sein können, und wie diese abgemindert werden können, ohne die Regulierung im Kern selbst in Fragen zu stellen. So können im Einzelfall das Beharren auf starre Regelungen kreative Lösungen verhindern, die das eigentliche Ziel der Regulierung verfolgen. Ein Beispiel: Wenn ein barrierefreier Zugang nicht gebaut wird, weil die Umsetzung der vorgeschriebenen Normen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht zu 100% möglich ist, bräuchte es demokratische Mechanismen, die eine möglichst gute Lösung ermöglichen, ohne damit sinnvolle Normen an und für sich in Frage zu stellen.

Es ist vermutlich sinnvoll, sich auf diese Weise Bürokratiekritik wieder anzueignen, um sie nicht komplett dem Populismus zu überlassen. Dies wird aber nicht viel ausrichten gegen die zu erwartende weitere Aushöhlung menschen- und naturrechtlicher Errungenschaften im Namen des Bürokratieabbaus. Einfach deswegen, weil es gar nicht um Bürokratieabbau geht.

Andreas Foitzik koordiniert das zivilgesellschaftliche Bündnis für ein LADG, Baden-Württemberg

[2] Integration-Wartesaal: Beruflich qualifiziert, bürokratisch blockiert
[3] Umfrage: 220.000 unbearbeitete Anträge auf Einbürgerung

Soll ich in Ostdeutschland bleiben, brauche ich ein Rassismusbegrenzungsgesetz

Kommentar von Mamad Mohamad zum wachsenden Rassismus - März 2025/NL 48

„Papa, du musst endlich richtig Englisch lernen“, sagt meine Tochter aus heiterem Himmel zu mir. „Wenn wir weggehen, dann musst du Englisch sprechen. Wenn es schlimmer wird und wir aus Deutschland wegmüssen, wohin wollen wir denn überhaupt gehen?“ Was sage ich meiner 15-jährigen Tochter? Dass sie nicht gemeint ist? Das glaubt sie nicht. Nach 28 Jahren in Deutschland denke auch ich über einen Plan B nach.

Täglich erreichen uns als Verein zehn Nachrichten von Menschen, die sagen, dass sie es in Ostdeutschland nicht mehr aushalten. Einer von zehn Menschen mit Migrationsgeschichte fasst konkrete Pläne ins Auge, um auszuwandern. Mehr als jeder vierte Mensch mit Migrationsgeschichte denkt darüber nach. Das sind konkrete Auswirkungen der migrationsfeindlichen Politik der letzten Monate und Jahre.

Ich lebe in Halle, wo wir auch 2019 einen antisemitischen und rassistischen Anschlag erlebt haben. Ich war oft in Magdeburg nach dem rechtsextremen Anschlag dort, bei dem sechs Menschen getötet worden sind, und der mich erschüttert hat wie alle in Deutschland. Seit dem Anschlag vergeht kein Tag, an dem ich als Person oder wir als Verein nicht zahlreiche Drohungen erhalten. Auch unsere Mitglieder berichten uns von Übergriffen und Anfeindungen. Gerne zähle ich Ihnen einiges auf: verbale und körperliche Angriffe, rassistische Beleidigungen sowie Sachbeschädigungen und Vandalismus. Und natürlich trifft es die Falschen. Denn welchen Einfluss spielt die Herkunft eines Menschen, wenn die Ideologie hinter einer Tat eine rechtsextreme ist?

Wo bleibt das Rassismusbegrenzungsgesetz?

In diese Stimmung hinein serviert die CDU einen Fünf-Punkte-Plan, der das Recht auf Asyl faktisch abschaffen und damit geltendes Recht brechen würde. Mit den Stimmen der FDP und der AfD, einer Partei, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird. Wenn wir das Wort Brandmauer hören, können wir nur müde lächeln. Schon lange fühlen sich die meisten Migranten in diesem Land weder sicher noch willkommen. Wo bleibt ein Rassismusbegrenzungsgesetz? 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leiden täglich darunter.

Einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zufolge geben zwar 64 Prozent der Migranten an, dass sie sich bei ihrer Ankunft willkommen geheißen fühlten. Sieben Jahre nach ihrer Ankunft jedoch ist der Wert auf 28 Prozent gesunken. Wie kann das sein? Ich will es Ihnen sagen. Schon ein paar Jahre nach ihrer Ankunft sind viele Migranten desillusioniert. Je mehr wir versuchen, uns einzubringen, umso mehr stoßen wir gegen gläserne Decken, die uns am Vorankommen hindern. Wenn wir denken, wir haben eine Decke durchbrochen, kommt schon die Nächste.

Wir Migranten werden nicht vertreten. Weder in der Politik noch in unseren Berufen treffen wir auf Menschen, die uns ähnlich sind. In Sachsen-Anhalt, dem Bundesland, in dem ich lebe,gibt es im Landesparlament nicht einen einzigen Politiker mit Migrationshintergrund. Unsere Chefs heißen Markus, Matthias und Andreas, aber niemals Cihan, Ali oder Lütfiye. Es fehlt uns an Möglichkeiten der Teilhabe sowie an Mitspracherecht. Würden alle Migranten wählen dürfen, also auch jene ohne deutschen Pass: Eine Migranten-Partei, die sich für ihre Rechte einsetzen würde, könnte die zweit- oder drittstärkste Kraft im Bundestag werden.

Welche Emotionen bestimmen die Gefühlswelt vieler Migrant*innen im Jahre 2025? Wut und Angst.

Das Vertrauen vieler Migranten in CDU, FDP und BSW ist Geschichte

Von denjenigen, mit denen ich gemeinsam nach Deutschland gekommen bin, ist, bis auf ein, zwei Ausnahmen niemand mehr hier in Ostdeutschland. Einige von ihnen sind nach Westdeutschland gezogen, andere haben Deutschland gleich ganz den Rücken gekehrt. „Remigration“, vor einem Jahr noch ein Projekt von Rechtsextremen, hat es heute als Praxis bis ins Konrad-Adenauer-Haus geschafft, und hier in Ostdeutschland könnte es gelingen.

Auch die Menschen in den Herkunftsländern der Migranten spüren, dass dieses Land und seine Politiker uns hier nicht haben wollen. Ihre Familienmitglieder rufen aus dem Ausland an und fragen: Was ist bei euch los? Seid ihr noch in Sicherheit? Durch die sozialen Medien sind Menschen überall auf der Welt bestens darüber informiert, was in Deutschland los ist.

Das Vertrauen vieler Migranten in die Politik der Parteien von CDU/CSU über FDP und BSW ist nun natürlich Geschichte. Viele Leute werden gehen. Die Stimmung in unseren Communitys ist bitter und vergiftet. Als wir nach Deutschland kamen, hofften wir auf ein besseres Leben. Jetzt fragen sich viele nur noch: Wie lange ist es noch aushaltbar?

Für diese radikale Abschottungspolitik braucht es keine AfD

Was in den Wahlkämpfen und Forderungen der meisten Parteien zu kurz kommt: Wir sind ein Einwanderungsland! Entweder, Sie sagen: Wir wollen hier eine Willkommenskultur haben, weil wir darauf angewiesen sind, dass Menschen gerne hier hinkommen und arbeiten. Oder Sie wollen es eben nicht. Dann sagen Sie es einfach, klipp und klar.

In diesem Fall ist die Sache entschieden. Bis dahin werden diejenigen von uns, die nicht schon aufgebrochen sind, dafür kämpfen, dass nicht weiter Politik gegen, sondern mit uns gemacht wird.

Es braucht gar keine AfD an der Macht, die Millionen Migranten abschieben will. Viele von uns wissen, dass sie hier unerwünscht sind und gehen von selbst. Sollte sich diese Politik der Abschottung nach der Bundestagswahl fortsetzen, dann wage ich eine Prognose: „Remigration“ wird in Ostdeutschland gelingen!

Mamad Mohamad, Vorsitzender der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen und Geschäftsführer des Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA).

Mund aufmachen – Weil: Rassismus tötet! – Ein dringender Appell

Ein anonymer Apell angesichts der Zusammenarbeit der CDU mit der AfD - Januar 2025/NL 47

Ich erinnere mich daran, wie mein Opa – ich war ein Kleinkind – mit seinen Kumpels über die Ausländer gelästert haben. Wie schlimm die alle sind. Alle Kategorien abgeklappert, aber am schlimmsten seien die N.. Damals war ich klein, ich habe mich unwohl gefühlt. Mein Opa war überzeugter Rassist, er hat die NPD gewählt. Aber ich hatte als Kind und Jugendliche nicht die Rolle und das Standing, um mich zu wehren.

Und ich erinnere mich, wie meine Uroma in ihrem Wohnzimmer saß und über „die anderen“ abgelästert hat. Aber der „Türk“, der sei ja besonders schlimm. Auch damals war ich ein Kind und habe mich schlecht gefühlt. Aber kann sich ein Kind gegen eine schwäbische Uroma wehren?

Als Jugendliche, als ich im Dating-Alter war, hat mich meine Oma gewarnt, dass ich vor den geflüchteten Männern besonders aufpassen soll. Kurz vor ihrem Tod hat sie mir erzählt, dass mindestens einer ihrer Ehepartner sie jahrelang psychisch misshandelt hat. Er war weiß und schwäbisch. Sind deswegen alle weißen schwäbischen Männer Misshandler?

Ich liebe meine Familie. Mein Opa hat mich geliebt. Meine Uroma hat mich geliebt. Meine Oma hat mich geliebt. Ihre Schwarze Enkelin. Es war halt diese schwäbische Liebe. Sparsam, ziemlich harsch, aber aus vollem Herzen. Meine Uroma und mein Opa sind gestorben, bevor ich alt genug war, mich gegen ihren Rassismus zu wehren. Wenn meine Oma abwertend über Geflüchtete sprach, habe ich es als junge Erwachsene ignoriert. Aber es macht mich bis heute traurig.

Ich fühle mich so sehr verbunden mit meinen schwäbischen Ahnen. Mein Opa hat mit mir die tollsten Ausflüge gemacht. In seinem Garten hatte ich die schönsten Zeiten als Kind. Meine Oma hat mich immer bekocht, das war ihre Art, ihre Liebe zu zeigen. Wir haben uns stundenlang über schwäbische Rezepte unterhalten. Weil über Politik zu sprechen, wäre wahrscheinlich schief gelaufen …

Wenn ich über meinen deutschen Teil der Familie nachdenke, fühle ich mich warm und behütet. Gleichzeitig tut es weh und es wird mir kalt und unwohl.

Meine Urgroßeltern und Großeltern haben den Krieg überlebt. Mein leiblicher Uropa ist im Krieg gefallen. Meine Uroma hat ihn bis an ihr Lebensende vermisst. Sie hat mir immer erzählt, wie sie im Krieg fast verhungert sind. Meine Oma ist mit mir durch Rottenburg gelaufen und hat mir erzählt, wie es für sie als Kind war, sich in einem Bunker zu verstecken, während draußen Bombenalarm war. Ich weiß nicht, was meine Familie über den Nationalsozialismus dachte. Ich weiß nur, dass sie sich ihr Geld sehr hart erarbeitet haben. Ich weiß, dass sie aus einfachen Verhältnissen kamen, aber es geschafft haben, wohlhabend zu werden. Ich weiß auch, dass sie immer Angst hatten, dass irgendwo irgendwer ihnen etwas Böses wollte und ihnen etwas nehmen wollte. Und das waren immer „die Ausländer“, „die Geflüchteten“, „die Schwarzen“.

Ich frage mich oft, was ich meinen Vorfahr*innen heute sagen würde. Und ich bin mir nicht sicher. Wahrscheinlich würde ich mich bei ihnen bedanken, weil ich ohne sie nicht hier wäre. Ich würde meiner Uroma sagen, dass ich ihr Essen sehr gemocht habe. Und dass es mich als Kind belastet hat, wenn sie schlecht über „Ausländer“ gesprochen hat. Ich würde meinem Opa sagen, dass ich seine Liebe zu schätzen weiß. Aber dass seine rassistischen Sprüche (auch zu mir oder über mich) meinem Selbstbewusstsein

geschadet haben. Und dass er eigentlich ein sehr gutes, wohlhabendes Leben hatte und ihm niemand irgendetwas weggenommen hat.

Die Zeit kann ich nicht mehr zurückdrehen. Diese Gespräche kann ich nicht mehr führen. Es hat sich aber auch etwas geändert. Ich bin kein Kind mehr. Inzwischen habe ich meine Sprachfähigkeit gefunden. Daher appelliere ich an alle erwachsenen Menschen: Wir sind die Vorbilder für die jüngere Generation. Viele von uns sehen die aktuellen besorgniserregenden Entwicklungen. Wir kennen die Geschichten unserer Eltern und Großeltern aus erster Hand. Warum werden wir nicht laut? Warum nicht am Familientisch? Warum nicht am Arbeitsplatz? Warum nicht in der Öffentlichkeit? Ihr seid sprachfähige Erwachsene. Nutzt euer Privileg und seid Vorbilder. Werdet laut!

Es gibt viele Menschen in diesem Land, auch in dieser Stadt, die rassistisch denken und agieren. Zu oft hören wir weg. Zu oft sehen wir weg. Aber dieses Wegschauen und Wegsehen hat fatale Folgen. Menschen werden auf offener Straße rassistisch angegangen. Menschen fürchten um ihre Existenz. Es geht um Leben und Tod. Unsere Toleranz rechten Denkens hat zur Folge, dass Menschen in diesem Land Angst um ihr Leben haben. Wir überlegen, wohin wir im Notfall auswandern könnten. Auch wenn Tübingen sehr idyllisch ist. Auch hier gibt es Menschen, die Menschen wie mich und meine Familie verachten und nicht hier haben wollen. Wenn es jetzt nicht aufhört, werden wir bald auch in Tübingen um Menschen trauern. Trauern, weil sie abgeschoben wurden. Trauern, weil sie freiwillig ausgereist oder ausgewandert sind. Trauern, weil immer mehr Menschen rassistische Angriffe erleben. Trauern, weil Menschen sich für den Tod entscheiden werden.

Weil: Rassismus tötet.

Geschrieben von einer Schwarzen Deutschen aus Tübingen, die zum Schutz ihrer Familie den Text anonym veröffentlicht.

Gedanken zum Holocaustgedenktag 2025

Ein Kommentar von Rudolf Leiprecht zur Abstimmung im Bundestag - Januar 2025/NL 47

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreitende,

heute ist der Holocaust-Gedenktag. Ich bin traurig darüber, dass damals so viel Schreckliches in solchen unfassbaren Ausmaßen und in dieser Grausamkeit geschehen ist, und ich trauere auch um meine niederländisch-jüdischen Familienangehörigen, die in Auschwitz-Birkenau zwischen 1942 und 1945 ermordet wurden. Ich habe sie nie kennengelernt, und auch nicht die Kinder und Kindeskinder, die vielleicht geplant waren, aber nicht mehr geboren werden konnten. Es sind viele aus unserer Familie verschwunden. Bestialisch ermordet.

Gleichzeitig bin ich auch traurig über die aktuelle Weltlage (die Liste ist lang: vom bestialischen Angriff der antisemitisch-sexistisch-autoritären Organisation Hamas am 7. Oktober 2023, und dann dem Vorgehen der israelischen Armee im Gaza, wobei die Gewalt in beiden Fällen vor allem die Zivilbevölkerung betraf, und zuletzt die Einsätze der israelischen Armee auf der Westbank und dem triumphalen Gebaren der Hamas bei der Geiselfreigabe; vom Machtwechsel hin zu einem Mehr an Extremismus, Nationalismus und Populismus in den USA über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der von den Machthabern in Moskau mit gezielten Schlägen gegen die Zivilbevölkerung geführt wird; von den vielen Hinrichtungen und der brutalen Unterdrückung im Iran bis hin zum andauernden Bürgerkrieg im Sudan und jetzt den schweren Kämpfe im Osten der Demokratischen Republik Kongo; usw. usw.). All diese Toten, ihrem Leben durch brutale Gewalt entrissen, all diese Verletzten, all diese Trauerenden ... .

Natürlich bin ich auch traurig angesichts der Geschehnisse in Europa und in Deutschland. In Europa beobachten wir z. B. den Regierungswechsel hin nach Rechtsaußen in den Niederlanden 2024 und vermutlich auch in Österreich 2025. Und in Deutschland nehmen z. B. in den letzten Jahren sowohl antisemitische als auch antimuslimische Ressentiments und Gewalttaten bis hin zum Mord zu (erinnert sei nebenm vielen anderen Taten an Halle 2019 und Hanau 2020). Die AfD erreicht 2024 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen jeweils um die 30 Prozent. Und gleichzeitig gibt es immer wieder Gewalttaten, die durch einen politisch-religiösen Fanatismus motiviert sind, einem Fanatismus, der auf problematische Lesarten des Islams zurückgreift, so etwa die tödlichen Messerangriffe in Duisburg (Anfang April 2023) oder in Solingen (Ende August 2024).

Daneben gibt es andere Gewalttaten im öffentlichen Raum, die sich nicht in dieser Weise einordnen lassen, zuletzt in Magdeburg und in Aschaffenburg. Und dazu dann die Reaktionen von den Wortführer:innen der politischen Parteien. Ich bin entsetzt.

Zugleich habe ich das Gefühl, dass alles, was ich im Verhältnis zum aktuellen Ernst der Lage tue, zu wenig ist. Und jetzt schreibe ich Euch, irgendwie hilflos, da es ja auch überflüssig ist, dass ich Euch dies schreibe, da Ihr vermutlich ohnehin so oder so ähnlich fühlt und denkt.

Ich habe eine Phantasie: Wenn wir nicht wüssten, dass der Gewalttäter von Aschaffenburg in Afghanistan geboren wurde, wenn wir also nur wüssten (was wir durch die Medien ja auch wissen, siehe z.B. Frankfurter Rundschau vom 24.01.2024), dass hier ein Verbrechen von einem psychisch instabilen Menschen verübt wurde, der in psychiatrischer Behandlung war, dann würden wir jetzt vermutlich über die Mängel bei den Behörden und vor allem im Gesundheitssystem reden. Es wäre eine Diskussion, so

meine Hoffnung, die nochmal zeigen würde, dass (trotz hoher Kosten) die psycho-soziale und gesundheitliche Versorgung in Deutschland erhebliche Mängel hat. Vielleicht würde sich hier (nach und nach) auch etwas verbessern. Das würde allen gut tun.

Und ein wenig aus meiner Phantasie heraustretend: Ich verstehe auch nicht, warum es besser sein soll, wenn ein afghanischer Flüchtling, der psychisch krank ist und eine Gefahr darstellt, nach Bulgarien abgeschoben werden soll. Nach dem Motto: Soll er doch dort gewalttätig werden. Sind bulgarische Kinder weniger wert? Ist dies europäische Solidarität? Müsste Deutschland stattdessen nicht viel mehr in Prävention und sein Gesundheitssystem investieren und als insgesamt immer noch sehr reiches Land dazu beitragen, dass zumindest das Risiko, dass dieser Mann gewalttätig wird, so klein wie irgend möglich ist?

Aber ich habe noch eine weitere Phantasie: Nehmen wir an, dass wir wissen (was wir durch die Medien ja auch wissen; siehe z.B. Tagesspiegel vom 23.01.2025), dass das zweijährige Kind, das in Aschaffenburg vom Gewalttäter mit einem Messer getötet wurde, einen sog. ‚Migrationshintergrund‘ hat, genauso wie das kleine Mädchen, dass durch die Messerstiche des Gewalttäters schwer verletzt wurde? Stellen wir uns vor, dass Politiker:innen aller demokratischen Parteien sich in der Öffentlichkeit überaus betroffen zeigen und mit Nachdruck beklagen, dass ganz offenbar Familien nach Deutschland kommen, um hier Schutz zu suchen, stattdessen jedoch Kinder nach einer Gewalttat verlieren, dass es also für ihre Familien in Deutschland nicht sicher ist. Stellen wir uns vor, dass die Medien diese Äußerungen aufgreifen und daraus eine Hauptschlagzeile des Tages machen: „Schutz von marokkanischen und syrischen Familien in Deutschland muss verbessert werden!“

Die zuletzt genannte Phantasie erscheint in der gegenwärtigen Lage als sehr unwahrscheinlich. So etwas wird nicht passieren. Und bei der zuerst genannten Phantasie haben wir erlebt, dass vor allem über Migration und Verschärfungen des Asylrechts debattiert wird, kaum über das Gesundheitssystem und seine Mängel.

Was wir hier sehen: ‚Migrationshintergrund‘, ‚Flüchtling‘, ‚Ausländer‘ – oder wie in Aschaffenburg – afghanisch, marokkanisch, syrisch – lösen in der Politik und leider auch bei den demokratischen Parteien und vielen ihrer Wähler:innen Reflexe aus, die in sehr einseitiger Weise eine Bedrohung durch Migration und Migrant:innen hervorheben und gerade nicht das Schutzbedürfnis.

Das erste Statement des Bundeskanzlers Olaf Scholz, der bereits vor Jahren verkündete, dass „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden muss (Titel der Wochenzeitschrift Spiegel vom 21.10.2023), betonte nach der Gewalttat in Aschaffenburg denn auch: „Das ist eine unfassbare Terror-Tat in Aschaffenburg“ (zitiert nach der Süddeutschen Zeitung vom 22.01.2025). Dabei hatte die Polizei zu diesem Zeitpunkt einen extremistischen Hintergrund schon ausgeschlossen. Und der Oppositionsführer Friedrich Merz will das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit verschärfen, gibt sich kompromisslos und legt eine Fünf-Punkte-Liste vor (AFP Deutschland 23.01.2025): „Wer diesen Anträgen zustimmen will, der soll zustimmen. Und wer sie ablehnt, der soll sie ablehnen. Ich gucke nicht rechts und nicht links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus.“ (Tagesschau vom 24.01.2025) Wissend, dass er eine Mehrheit im Bundestag zu diesen Plänen (https://www.cdu.de/aktuelles/migration/politikwechsel-in-der-migrationspolitik/) nur durch die Zustimmung der AfD erreichen wird, – also durch eine Partei, die vom Verfassungsschutz in Teilen als rechtsextrem eingeschätzt wird, den Holocaust als „Vogelschiss in der Geschichte Deutschlands“ verharmlost, auf ihrem letzten Parteitag den Begriff Remigration in ihr Programm aufgenommen hat (Deutschlandfunk vom 12.01.2025) und deren Vorsitzende einem Elon Musk erklärt, dass Hitler in Wirklichkeit Kommunist (also links) und keineswegs rechts gewesen sein.

Entsetzliche Gewalttaten – wie vor Kurzem in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg – werden von demokratischen Parteien oft so kommentiert, dass sie im Ergebnis eine stereotypisierende Verallgemeinerung befördern, die sich insgesamt gegen Migration und Migrant:innen richtet. Dies ist aber nicht harmlos, im Gegenteil. Das Zusammenleben in der Gesellschaft und das politische Klima in Alltag und Öffentlichkeit ändert sich.

Nach solchen Gewalttaten kommt es regelmäßig auch zu Angriffen auf Migrant:innen und ihre Selbstorganisationen. Und die demokratischen Parteien sind hier nicht unschuldig. Oft unterstützen sie durch ihre Thematisierungen, Reden und Vorschläge solche Verallgemeinerungen. Ein bestimmtes Negativbild gegenüber den Migrant:innen verfestigt sich auf diese Weise weiter, anstatt ihm entgegenzuwirken. Dies wird im Alltag der Gesellschaft wirksam, erhöht die soziale Kälte, die Polarisierung, den Hass und die Aggressivität.

Roman Kent, polnisch-amerikanischer Shoah-Überlebender, der 2021 verstorben ist und lange Zeit Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, sagte einmal: „Das Wesen der Demokratie besteht zwar darin, dass die Mehrheit regiert, doch ihr Ethos besteht darin, dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden.“ Offenbar sollen demnächst für manche Minderheiten die Rechte völlig abgeschafft werden, so dass es sie in Deutschland nicht oder kaum mehr gibt.

Vor dem Haus, in dem wir wohnen, liegen Stolpersteine, die an die Geschehnisse während des Holocaust auch in dieser deutschen Straße erinnern. Ich gehe hinunter, stelle eine weiße (windgeschützte) Kerze auf und lege weiße Rosen dazu. Eine winzige, fast unscheinbare Aktion. Einfach. Ohne Risiko. Ohne größere Bedeutung. Vom Balkon aus sehe ich dann, dass ein Vater mit seiner kleinen Tochter vorbeiläuft. Er hat es eilig und will weiter. Das Kind bleibt stehen und fragt den Vater, warum hier Blumen auf der Straße liegen und eine Kerze brennt. Es sieht so aus, dass der Vater versucht, es seiner Tochter zu erklären. Ich verstehe nicht genau, was er zu ihr sagt. Aber ich denke: Immerhin … .

Eine Resonanz

Lutz van Dijk antwortet auf den Brief von Rudolf Leiprecht Januar 2025/NL 47

Lieber Rudi,

ich empfinde Deine ehrlichen Gedanken als ein Geschenk. Hab‘ Dank fürs Teilen!

Du fragst: *„Und was soll ich auch sagen? Es ist immer zu wenig, nur provisorisch, irgendwie unangemessen.“*

Aber Du benennst es: Die Trauer über eine Wirklichkeit, von der wir dachten, sie nie in unserem Leben erfahren zu müssen. Sie sollte Vergangenheit sein. Eine schreckliche Vergangenheit, aber doch überwunden, be- oder gar verarbeitet.

Und darin liegen zuerst meine Trauer, mein Entsetzen, meine Wut und zuweilen meine Verzweiflung: Plötzlich erleben wir, wie neue Mehrheiten von Menschen zunehmend überzeugt sind, dass sie sich besser fühlen, wenn sie andere erniedrigen und ausgrenzen.

Das Schlimme sind ja nicht allein D. Trump oder A. Weidel, sondern die Millionen (Milliarden?), die ihnen zujubeln. Ja, und auch die (Einfluss-) Reichen wie E. Musk und M. Zuckerberg, die für sie Reklame machen.

Weißt Du noch, wie wir früher nicht verstehen konnten, wie eine Mehrheit von Menschen in Deutschland einem schreienden Diktator wie A. Hitler zujubeln konnte? Plötzlich sehen wir es. Nicht nur im US-Capitol vor einer Woche, als Mehrheiten gebildeter und wohlhabender Menschen einem alten bitteren Mann stehende Ovationen gaben, der dazu aufrief, arme, geflüchtete, queere, oft bereits ohnehin Ausgegrenzte endgültig wegzutreten. Wie eine Rede voller Hass, Egoismus, Arroganz und rechtsnationalistischer Parolen begeistert aufgenommen wurde.

Lieber Rudi, wir sind eine Generation, kommen beide aus einer deutsch-niederländischen Familie, sind seit Jahrzehnten für Vielfalt und Integration von Minderheiten engagiert, gemeinsam mit unseren Partner*innen Helma und Perry – all das ist mehr als „immerhin“. Es sind unsere Leben.

Was sich jetzt vor unseren Augen nah und fern abspielt ist furchtbar, aber es bedeutet auch: Wofür wir ein Leben lang einstanden, hat sich nun zu bewähren. Wir dürfen keine ‚Schönwetter-Demokraten‘ bleiben, sondern müssen jetzt (!) auch bei Gegenwind (und Sturm und Nebel) den Mund aufmachen, wo immer wir können. Ohne Garantie auf Erfolg (an den wir so fest glaubten), mit Risiken missverstanden zu werden – und ja, auch attackiert von jenen, die ihre neuen Helden gefunden haben (selbst unter Verleugnung eigenen Lebens wie A. Weidel ihr Lesbischsein und ihre Frau aus Sri Lanka).

Ein ermutigendes Beispiel war vor wenigen Tagen die US-amerikanische Bischöfin Mariann Edgar Budde, die in ihrer Kirche in Washington dem anwesenden D. Trump und seinem Mitläufer J.D. Vance ins Gesicht sagte, wie unmenschlich ihre Politik ist – und ihn um „Erbarmen“ bat (siehe auch https://taz.de/Gegenwehr-gegen-Donald-Trump/!6060145/, bzw. die gesamte Predigt via google).

Das können wir auch. Ja, das müssen wir auch. Und Du tust es bereits, lieber Rudi: Mit der Kerze und den weißen Rosen neben dem Stolperstein vor Eurem Haus. Mit dieser Mail an uns alle.

Zuletzt noch dies: Bisher gibt es meist nur spontane Demos, aber noch nicht eine neue stabile Bewegung gegen den neuen Rechtsextremismus, ja nicht einmal eine neue Friedensbewegung. Nach vier Jahren als Korrespondent für die taz aus Südafrika erfuhr ich zunehmend Kritik von ehemaligen ‚Friedensfreund*innen‘ für meine pazifistische Grundhaltung. Das ist okay. Wir müssen nicht in allem einer Meinung sein, um gegen den neuen Rechtsextremismus aufzustehen. Bischöfin Budde bat nicht ihre Kirche um Zustimmung, bevor sie aussprach, wovon sie überzeugt war, dass es unbedingt notwendig war.

Bitte verzeih, dass meine Antwort so lang geworden ist. Ich las Deine guten Gedanken zuerst spät gestern Abend, als ich müde von einer Veranstaltung aus dem Holocaust & Genocide Centre hier in Kapstadt kam. Dann wachte ich mitten in der Nacht auf und wusste, was ich gern mit Dir teilen wollte.

Sehr herzlich, Lutz

www.lutzvandijk.com

„Vogliamo una vita bella“

Ein Beitrag von Gilda Sahebi: bei der Veranstaltung „Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen!“ – Dezember 2024/NL 46

Schön, dass ihr alle da seid und euch mit diesem Thea beschäftigt und euch dazu engagiert. Ich habe überlegt, mit dem einzusteigen, was gerade mich und vermutlich auch euch gerade sehr beschäftigt. Mit dem, was gerade in den USA passiert, weil das denke ich viel zu tun hat mit dem, was bei uns passiert. Vorgestern hat der alte und neue Präsident Donald Trump verkündet, wer sich um die Massenabschiebungen kümmern wird, die er ja schon seit Monaten oder Jahren verkündet hat, dass sie passieren werden, sobald er an der Macht ist. Und der Mann, der das machen soll, ist Tom Homan. Tom Hogan war in der ersten Amtszeit Trumps Leiter der Polizeibehörde in den USA, die eben diese Abschiebungen durchführt. Er war auch der Mann, der für die sogenannte Child Separation Policy verantwortlich war. Das war die Praxis, dass Kinder an der Grenze zu den USA von ihren Familien getrennt wurden. Tom Homan wurde vor einigen Wochen in einem Interview gefragt, ob es denn möglich wäre, so viele Massen an Menschen zu deportieren, ohne dass Kinder von ihren Familien getrennt würden. Seine Antwort war „Ja, das ist möglich, indem man die ganze Familie abschiebt“.

Egal in welches westliche oder auch nicht westliche Land man schaut, es gibt nur noch sehr, sehr wenige sprachliche Grenzen in Bezug auf Menschen, die geflohen sind, die nicht mehr überschritten werden. Auch hier in Deutschland wurde in den Parteien ganz offen diskutiert, dass gegen Menschen an deutschen Grenzen Gewalt angewendet werden sollte. Und das ist in Europa sowieso schon Realität. Ihr wisst es, dass Menschen an den EU-Außengrenzen sexualisierte Gewalt, Pushbacks und auch ganz konkret Tötungen erleben. Das ist oft belegt und nachgewiesen worden und trotzdem tun Politiker*innen so, als würde es das alles nicht geben nicht und sie kommen damit auch durch, weil es geht ja nur um fliehende Menschen.

Und das liegt eben an den Geschichten, die bei uns, die wir uns erzählen, und zwar schon seit Jahrzehnten. Dass Menschen, die aus bestimmten Gegenden der Welt stammen, weniger wert sein als andere Menschen. Das wird selten von Politiker*innen explizit ausgesprochen. Sie sagen es anders. „Wegen der Flüchtlinge müssen die Deutschen leiden. Wegen der Flüchtlinge findet ihr keine Wohnung. Wegen der Flüchtlinge findet ihr keinen Kitaplatz. Wegen der Flüchtlinge zahlt ihr so viele Steuern. Wegen der Flüchtlinge haben wir kein Geld für unsere Straßen, für die Bahn, für unsere Schulen, für unsere Kommunen.“ Das ist natürlich eine Erzählung, das ist eine Lüge. Sie führt aber dazu, dass kaum oder gar keine politischen Alternativen für die Probleme angeboten werden oder werden müssen, die Deutschland tatsächlich hat. Zu hohe Steuern und Abgaben für die arbeitende Bevölkerung, zu wenig Wohnraum, den Menschen sich leisten können, zu wenig Lehrer*innen in den Schulen, zu viel Stundenausfall, zu viel Bürokratie und noch viel mehr. Es gibt so vieles, was in diesem Land nicht funktioniert. Seit Jahrzehnten heißt die erste Lösung darauf lautet aber „Zuzugsbegrenzung“ und „Ausländer raus!“ Das Problem dabei ist, dass sich so keines dieser Probleme lösen lassen wird. Das ist für viele Politiker*innen eine sehr bequeme Diskussion. Auch deswegen wird dieses „Ausländer-raus-Spiel“ in Deutschland schon seit mehr als 150 Jahren gespielt und es fühlt sich dementsprechend normal an. Die Grundlage dieser Erzählung, dass Migration Deutschland schadet, ist das alte rassistische Narrativ: „Wir gegen die“, also „hier die Deutschen, dort die Ausländer“. Und diese Erzählung sitzt in Deutschland sehr tief. Im Kaiserreich waren es Pol*innen und Slawen, die man loswerden wollte. Nach dem Krieg waren es dann erst die italienischen und portugiesischen und dann die türkischen Gastarbeiter*innen. Ab den 80er Jahren kamen die Geflüchteten dazu. Allerspätestens nach „Nine Eleven“ waren die muslimischen Eingewanderten „das allergrößte Übel“. Daran sieht man auch, dass es im Prinzip Zufall ist, wen es trifft.

Wir hatten Anfang der 90er Jahre exakt dieselben Diskussionen wie heute. Damals wurde dann auch das Grundrecht auf Asyl eingeschränkt, weil „die Kommunen und die Behörden überlastet waren“. Und sie waren überlastet. Das war in Teilen absichtlich herbeigeführt, indem zum Beispiel mehrere tausend Stellen in den Ämtern nicht besetzt

wurden. Man sprach damals wie heute von einer „Notlage“, es sei „fünf vor zwölf“ usw. Wir kennen es. Es sind exakt eins zu eins dieselben Dinge, die heute gesagt werden. Und schon vor mehr als 30 Jahren kam man nicht auf die Idee, sich tatsächlich an diese strukturellen Mängel zu machen, die zu genau dieser Überlastung, die wir heute auch haben, geführt haben. Also Wohnraum, Schulen, Kriminalität, soziale Vernachlässigung, personelle Besetzung der Behörden. Das haben wir alles heute noch, weil es nie gelöst wurde. Und die rassistischen Erzählungen haben dann die strukturellen Probleme überdeckt.

Ich glaube, eines der Probleme ist, dass es keine Gegenerzählung gibt, gerade in der Politik. Es gibt keine politische Kraft, und keine Partei, die ernsthaft konsequent eine andere Geschichte erzählt. Das heißt dann auch, dass die Erzählung der autoritären Kräfte – das ist in den USA genauso wie bei uns - die Debatte absolut bestimmen, die Gefühle von Menschen und eben auch die ganz konkrete Politik. Und das führt zu Massenabschiebungen in den USA und zu Grenzschließungen, unmenschlicher Behandlung von Menschen und der Abwertung menschlichen Lebens bei uns.

Und ich frage mich sehr oft, wo die politischen Kräfte sind, die eine Gegenerzählung vertreten könnten, die zum Beispiel nach einem islamistischen Terroranschlag nicht nur so bescheuerte Sätze sagen wie „Nicht alle Flüchtlinge sind Terroristen“ oder „Die meisten Migranten sind gute Menschen“. Das ist ganz toll, wenn man das sagt. Sondern die wirklich ohne Angst vor diesen berühmten Gutmenschenvorwurf das Bild einer Gesellschaft zeichnen, die gerade in solchen schweren Momenten enger zusammenrücken muss und nicht auseinanderdriftet. Eine Nebenbemerkung kann ich mir in Tübingen nicht verkneifen. Politisch findet man das in Tübingen ganz besonders nicht.

Im Gegenteil. Jetzt, gerade in diesem Moment wird in deutschen Landesinnenministerien schon auf Veranlassung von CDU/CSU, aber nicht nur von denen geprüft, wie es sich rechtlich durchsetzen lässt, dass Deutschen mit doppelter Staatsbürgerschaft der deutsche Pass entzogen wird, wenn sie bestimmte Straftaten begehen. Das heißt, dass demokratische Kräfte in diesem Land fordern, dass die Unterscheidung zwischen „echten“ und „nicht echten“ Deutschen offiziell gesetzt wird. Das bedeutet, dass - wenn das wirklich so gemacht wird - Menschen, die nicht deutscher Herkunft sind, niemals echte Deutsche sein können, und zwar egal, ob sie hier geboren sind oder nicht, wie lange sie hier schon leben, seit Generationen oder nicht. Sie sind für das gesamte Leben „Deutsche auf Bewährung“. Und auf diese Forderung haben weder Politik noch Medien ernsthaft reagiert. Weil Deutschland eben nun mal kein Einwanderungsland ist. Immer noch nicht. Faktisch ja, aber überhaupt nicht ideell.

Eine echte Einwanderungsgesellschaft müsste ein anderes Land sein. Echte Chancengleichheit, echte Gleichberechtigung, ob zwischen den Geschlechtern, zwischen Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft, zwischen Arm und Reich, unter Kindern. So ein Land bräuchte andere politische Strukturen.

Politische Macht und Opportunität, wie wir das gerade auch live sehen, bei diesem ganzen Wahltheater, was gerade passiert, dürften nicht über Werten stehen. Und vor allem bräuchte es eine Mehrheitsgesellschaft, die ehrlich entscheidet, dass sie ein vielfältiges Land sein möchte. Und zwar mit allem, was dazugehört. Ein Land, in dem auch Menschen, die nicht akzentfrei Deutsch sprechen, selbstverständlich zum Ganzen gehören. Ein Land, in dem arbeitslose Menschen, egal ob deutscher oder nichtdeutscher Herkunft, selbstverständlich zum Menschen gehören. Ein Land, in dem es für ein Kind, das geboren wird, keinen Unterschied macht, wer seine Eltern sind. Und ein Land, in dem jedes Kind willkommen und geschätzt ist. In dem jeder Mensch Wert hat, und zwar egal, woher er stammt oder welche Wurzeln hat. Ein Land, in dem die Würde jedes Menschen nicht nur auf dem Papier unantastbar ist. Und es ist, glaube ich, die Mehrheitsgesellschaft, die sagen muss „Wir wollen das“. Und nicht nur „Wir schaffen das“. Weil sonst ihr Schweigen zu dem „Ihr gehört nicht dazu“, das auf vielen Ebenen passiert, genau diese Aussagen stützt.

Und solche Gegenerzählungen sind in Deutschland nicht zu finden, zumindest nicht in der Politik. Politik wird in allen Krisen derselbe Weg gegangen. Der Weg der Spaltung: Hier die Fleißigen, dort die Faulen, hier die Leistungsträger, dort die Schmarotzer, hier die

echten Deutschen, dort die nicht echten Deutschen, hier die Woken, dort die Unwoken, hier die Leute, die gendern, dort die nichts ändern. Es ist völlig absurd, welche künstlichen Mauern durch Menschen hindurch gezogen werden. Ich bin nicht so optimistisch, aber ich glaube, es müsste eigentlich darum gehen, eine Gegenerzählung zu erschaffen, und zwar ganz unabhängig davon, welche Politik gemacht wird. Und zwar eine Erzählung der Einheit. Weil natürlich verbindet alle Menschen in Deutschland viel mehr, als sie trennt.

Ich war vor ein paar Wochen in Bologna, da gibt es einen Platz vor dem städtischen Theater und da ist so eine riesige Mauer. Und da ist ein einziges Graffiti drauf gesprüht. Und auf diesem Graffiti steht „Vogliamo una vita bella“. „Wir wollen ein schönes Leben“. Und da habe ich gedacht, als ich das erste Mal gesehen habe, das ist eigentlich ganz einfach ist. Und ich bin mir sicher, dass das für alle Menschen gilt, ob Ost oder West oder Mann oder Frau oder nonbinär, ob deutsch oder nicht, ob grün oder AfD. Natürlich gilt es für alle und ich glaube, das ist eigentlich eine Basis, von der man gut starten könnte, wenn man wollte.

Solidarität statt Kriminalisierung: Gemeinsam für Bewegungsfreiheit

Ein Kommentar von Elaheh, Insa und Imke - Aktivistinnen bei borderline-europe e.V. - Oktober 2024/NL 45

Die Enthüllungen von Correctiv über die Deportationspläne von Rechtskonservativen und AfD-Funktionären führten zu vielen politischen Appellen, die Demokratie und "europäische Werte" zu verteidigen. Gleichzeitig mobilisierten sich bundesweit über drei Millionen Menschen auf den Straßen in den größten Protesten in der Geschichte der Bundesrepublik gegen den Rechtsruck. Dennoch erlebten wir keine Maßnahmen für eine offene Gesellschaft oder ein Verbot der AfD. Stattdessen verabschiedet der Bundestag Anti-Migrationsgesetze, die Bundesregierung verschärft Grenzkontrollen und das Asylrecht wird immer weiter ausgehöhlt. Es wird uns kein alternatives Programm zu den menschenverachtenden Ideen der AfD präsentiert. Im Gegenteil: viele Parteien übernehmen den Diskurs der Rechtsextremen, den sie offiziell ablehnen. So wurde die Stimmung gegen Geflüchtete und Migrant*innen weiter angeheizt, für jedes Problem werden sie zu Sündenböcken erklärt.

Das hat dramatische Folgen: Die Exklusion, Entmenschlichung und Entrechtung von Migrant*innen und Geflüchteten sind europaweit verfestigt. Möglichkeiten für legale Einreisen in die EU sind praktisch nicht vorhanden. Gleichzeitig dient die Kriminalisierung von Migrant*innen als weiteres Instrument dieser Abschottungspolitik. Während Europa seine Grenzen immer mehr aufrüstet, wird nicht nur die Migration selbst, sondern jede Form der Unterstützung kriminalisiert. Es geschieht unter dem Deckmantel, "Schleuserkriminalität" zu bekämpfen, zementiert allerdings die tödlichen Grenzen Europas und hält die ungerechten Wohlstandsunterschiede zwischen dem Globalen Norden und Süden aufrecht.

Die Kriminalisierung von Fluchthilfe ist ein weiteres, folgenschweres, Instrument, um Solidarität zu unterbinden und von den katastrophalen und häufig tödlichen Bedingungen auf den Fluchtrouten abzulenken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten schieben damit ihre Schuld auf "skrupellose Schleuserbanden", während diese oft die einzige verbleibende Transportmöglichkeit für Migrant*innen darstellen. Laut Europol nutzen 90% der Migrant*innen Schleuser-Dienste auf ihrem Weg. Kurz: Ohne "Schleuser" hätten viele Menschen gar nicht die Möglichkeit, überhaupt noch in EU-Staaten zu gelangen, eine Voraussetzung, um von ihrem Menschenrecht auf Asyl Gebrauch zu machen. Legale Alternativen werden wissentlich und absichtlich verhindert.

Die ausufernde Kriminalisierung von “Schleusern” in der EU hat drastische Folgen für einzelne Menschen und ihre Familien: Insbesondere Schutzsuchende, die selbst fliehen und auf ihrem Weg anderen helfen, werden strafrechtlich verfolgt. Ihnen wird "Beihilfe zur illegalen Einreise" vorgeworfen, nur weil sie während der Reise ein Boot oder Auto gesteuert haben oder gezwungen waren, andere Tätigkeiten während eines Grenzübertritts zu übernehmen. Die dafür zu erwartenden Strafen sind absolut unverhältnismäßig, in einigen Fällen härter als Mord. In einer Studie hat borderline-europe e.V. die Situation in Griechenland beleuchtet: Dort drohen den Angeklagten im Durchschnitt bis zu 46 Jahre Haft. Die Verfahren sind zudem geprägt von Rechtsbrüchen: Sie dauern im Schnitt gerade mal 37 Minuten, juristischer Beistand wird oft erst zu Beginn des Prozesses bereitgestellt, und die Übersetzungen sind unzureichend. Häufig kommt es zudem zu Gewaltanwendungen durch Polizei- und Grenzbeamt*innen.

Doch es regt sich Widerstand. Organisationen wie borderline-europe e.V. setzen sich schon lange für Bewegungsfreiheit und gegen die Kriminalisierung von Migrant*innen ein. Wir wollen eine Welt ohne Grenzen, in der Flucht und Migration als Menschenrecht anerkannt werden.

In den letzten Wochen konnten wir die Kraft der Solidarität eindrucksvoll erleben: Der iranische Asylsuchende Homayoun Sabetara, der 2021 in Thessaloniki festgenommen wurde, kann nach über drei Jahren Haft endlich wieder in Freiheit leben. Der Iraner war im August 2021 mit sieben weiteren Migranten aus der Türkei nach Griechenland

gekommen und in Thessaloniki von der Polizei als Fahrer des Autos festgenommen worden. Am Abfahrtsort war Sabetara unter Druck gesetzt worden, das Steuer zu übernehmen. Dafür hatte er sich nach der griechischen Gesetzgebung wegen »Menschenschmuggels« vor Gericht zu verantworten. Obwohl er als "Schleuser" verurteilt wurde, wurde seine Strafe im Berufungsverfahren erheblich reduziert. Das Gericht erkannte, dass er sich auf seinem eigenen Migrationsweg befand. Die breite Unterstützung der #FreeHomayoun-Kampagne während seines Berufungsverfahrens zeigen, dass Solidarität nicht nur einen entscheidenden Einfluss auf das Justizsystem haben kann, sondern dass sie in vielen Fällen die einzige Möglichkeit für unschuldige Menschen ist, ihre Rechte wahrzunehmen.

Neben zivilgesellschaftlicher Unterstützung ist erfahrene anwaltliche Hilfe für solche Erfolge unerlässlich. Trotz des Menschenrechts auf Verteidigung können sich viele der Angeklagten ihre Verteidigung nicht leisten. Hier setzt der “Bewegungsfreiheits-Fonds” an, der von medico international e.V. und de:criminalize ins Leben gerufen wurde. Medico international engagiert sich seit langem für die Bewegungsfreiheit und führt öffentlich wirkungsvolle Kampagnen durch. De:criminalize, gegründet von Aktivist*innen, die auch bei borderline-europe e.V. aktiv sind, übernimmt die Fallunterstützung und hilft, die Verfahren zu begleiten. Die Wirkmacht des Fonds ist von Spenden abhängig, gerne hier spenden: https://www.medico.de/bewegungsfreiheit/spenden.

Der zunehmende Rechtsruck in Europa spiegelt sich besonders im neuen EU-Migrations- und Asylpaket wider. Es wird einmal mehr deutlich, dass der Staat im Kampf gegen den Faschismus nicht nur kein Verlass ist, sondern dass das Konzept des Nationalstaates in direktem Widerspruch zum Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit steht.

Als Antifaschist*innen sind wir aufgerufen, entschlossen zu handeln und praktische Solidarität zu zeigen, die Flucht und Migration als Ausdruck der Menschenwürde begreift! Das Recht auf Freizügigkeit muss nicht nur grenzenlos, sondern absolut bedingungslos sein.

Die Autorinnen sind Aktivistinnen bei borderline-europe e.V und engagieren sich in der “Anti-Kriminalisierungs-Arbeitsgruppe” gegen die Kriminalisierung von Flucht und Migration.

Eine Frage der Perspektive

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zu den Recherchen von Correctiv- April 2024/NL 43

Der durch das Journalist*innen-Kollektiv „CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft" enthüllte Plan von AfD-Politiker*innen, Neonazis, finanzstarken Unternehmern und weiteren rechtskonservativen Akteur*innen zur Vertreibung von Millionen nicht-weißen[4] (und besonders die nicht assimilierten unter ihnen) Menschen aus Deutschland haben breite Empörung in der deutschen Gesellschaft ausgelöst. Für Menschen, die hier täglich Rassismus erfahren, waren sie hingegen nicht sehr überraschend: Politische und mediale Diskurse rund um Migration und Flucht, aber auch um Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund, sind seit vielen Jahren stark rassistisch geprägt – und dies keinesfalls nur am rechten Rand (siehe u.a. die Mitte-Studie).

Die Reaktionen auf diese Pläne waren eine Vielzahl an sehr gut besuchten Demonstrationen, in der die Menschen darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie nicht hinter diesen Plänen stehen. In einer demokratischen Gesellschaft sind solche solidarische Reaktionen wichtig, vor allem für Menschen, die von diesen Deportationsplänen betroffen sind, was auch positiv zur Kenntnis genommen wurde. Gleichzeitig sind die Zweifel an der Überwindung dieser rassistischen Ideologien bei Menschen groß, die sich nicht erst seit der Veröffentlichung der Deportationspläne Sorgen um sich und die Sicherheit ihrer Kinder in Deutschland machen. Im Rahmen der Demonstrationen wird zwar betont, dass Rassismus keinen Platz in der deutschen Gesellschaft hat. Doch welches Verständnis von Rassismus liegen diesen Diskussionen und Beteuerungen zugrunde?

Es ist immer wieder zu beobachten, dass ein Sprechen über Rassismus schnell bei den so genannten Anderen und deren vermeintlichen Eigenschaften und Defiziten landet, anstatt über Weißsein und damit verbundener vermeintlicher ‚Überlegenheit' zu sprechen. Häufig wird Rassismus in Deutschland auch im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus erwähnt („Ich bin doch kein Nazi!" oder „Das sind doch Nazis!"), womit suggeriert wird, dass Rassismus eine Erfindung der Nationalsozialisten war. Die Geschichte des Rassismus in Deutschland reicht aber sehr viel weiter zurück als die, auf die die Nazis zurückgegriffen, um Menschen, die nicht in ihre Ideologie passten, systematisch zu entmachten, zu entmenschlichen, zu vertreiben und zu vernichten.

Die Geschichte von Rassismus als Instrument der Entmenschlichung der sogenannten Anderen beginnt in der Zeit europäischer Expansion und der damit verbundenen Kolonisierung der Welt. Die Geschichte Europas ist unmittelbar verknüpft mit jenen Kolonisationsprozessen, die genauso zur systematischen Entmenschlichung, Verdrängungen, Ausbeutungen und Vernichtung kolonisierter Subjekte geführt haben. Oder wie Achille Mbembe schreibt, ist die Vorstellung einer vermeintlich *weißen* europäischen Norm von Beginn an davon geprägt, dass alle "nicht-europäischen Völkerschaften mit einem minderen Sein geschlagen sind" (Mbembe 2017: 42). Über die Jahrhunderte wurde eine vermeintlich *weiße* Norm etabliert, der Menschlichkeit zugeschrieben wurde, während der Rest mehr oder weniger als unmenschlich konstruiert wurde. Die mit der Kolonisierung angefangene und zunehmend weiterentwickelte ‚Erforschung' kolonisierter Subjekte durch Europäer*innen beruht auf einem europäischen Denken, dem „in seiner gesamten Geschichte die Tendenz innewohnte, Identität nicht im Sinne gemeinsamer Zugehörigkeit zu ein und derselben Welt zu verstehen" (Mbembe 2017: 11). Dieses vermeintlich ‚objektive Wissen' zu ‚den Anderen' überdauerte Jahrhunderte, hat sich in die Köpfe der Menschen gebrannt und ist bis heute abrufbar. Trotz der vielen nicht-weißen Aktivist*innen, Theorien wie Critical Whiteness oder postkolonialen Ansätzen verharrt die Thematisierung von Rassismus noch viel zu oft in einem Sprechen über ‚die Anderen', anstatt Rassismus konsequent als *weiße*

[4] Mir ist bewusst, dass ich mit der Einteilung *weiße/* nicht-weiße Binaritäten bediene, die intersektional mit vielen weiteren Differenzkategorien verbunden sind und vom gesellschaftlichen Kontext abhängen. In diesem Text soll es jedoch um *weiße* Vorherrschaft gehen, unter der nicht-weiß gelesene Menschen als ‚weniger menschlich' gelten

Vorherrschaft (vgl. Arndt 2017) zu thematisieren. Wenn das Ziel von Demonstrationen sein soll gegen Rassismus aufzustehen und diesen zu bekämpfen, müsste aus meiner Sicht auch benannt werden, um was es geht, nämlich den Kampf gegen *weiße* Vorherrschaft – als global wirksame Machtmatrix. Ich bezweifle, dass dieses Verständnis von Rassismus den Großteil der Demonstrierenden antreibt auf die Demos zu gehen. Aber gegen Nazis zu sein, ist vermutlich einfacher als sich selbst und seine Privilegien zu reflektieren und Wege zu suchen, sie abzulegen.

Während Menschen zu Tausenden auf die Straße gehen, um gegen die Deportationspläne der AfD zu demonstrieren, werden weitere Asylrechtsverschärfungen beschlossen. Die fortschreitende Entmenschlichung von geflüchteten Menschen in öffentlichen, medialen und politischen Diskursen ist genauso Ausdruck von Rassismus wie die Deportationspläne. Wir werden derzeit Zeug*innen, wie Rassismus an den EU-Außengrenzen mit staatlicher Gewalt (Abschiebungen, Abschiebehaft, verschärfte Grenzkontrollen, mehr Geld für Frontex) durchgesetzt wird und nicht-weiße Menschen davon abhalten soll, nach Europa zu kommen. Maßnahmen, die wiederum dazu führen, dass nicht-weiße Menschen einer unmenschlichen Politik ausgesetzt sind, Monate oder Jahre in Flüchtlingslagern an den Ost- und Südgrenzen der EU verbringen und/oder im schlimmsten Fall sterben. Diese rassistischen ‚Maßnahmen‘, werden von der Mehrheit der Gesellschaft als legitim akzeptiert und deshalb hingenommen. Nur wenige empören sich. Wo vor 400 Jahren Europäer*innen afrikanische Menschen mit großen Schiffen deportiert und buchstäblich als Waren verkauft haben, die für den Wohlstand der Europäer*innen schuften sollten, werden heute Schlauchboote mit nicht-weißen Menschen auf tödliche Weise davon abgehalten, Europa zu erreichen. Die Zusammenhänge zwischen kolonialer Expansion, Entmenschlichung kolonisierter Subjekte und dem darauf aufbauenden Wohlstand ehemaliger Kolonialmächte liegen auf der Hand. Auch die Gewöhnung an das Leid ‚der Anderen‘ und die damit verbundene mangelnde Empathie mit nicht-weißen Menschen zeigt sich im Umgang mit Geflüchteten und ist Ausdruck *weißer* Vorherrschaft – nur, dass die menschenverachtende Politik an den EU-Außengrenzen keine Massen motiviert, sich gegen diese Politik öffentlich auf Demonstrationen zu positionieren.

Ob nun der Umgang mit Geflüchteten oder der geheime Plan sich aller nicht-weißen Menschen innerhalb Deutschlands zu entledigen, es handelt sich um rassistische Praktiken und Phantasien, die auf der jahrhundertelangen Abwertung nicht-weißen Lebens beruht und der daraus hervorgegangenen Vorstellung von *weißen* als ‚überlegen‘ und einem Europa als ‚modern‘, das vor ‚den Anderen‘ geschützt werden muss. Angesichts der europäischen Gewaltherrschaft über die Kolonisierten ist die Besorgnis um den Schutz Europas geradezu verwunderlich. Mir stellt sich eher die Frage, wer die ehemals kolonisierten Länder endlich vor europäischem Neokolonialismus schützt?

Hier in Ghana, wo ich mich nun seit fast drei Monaten befinde, ist die koloniale Geschichte und deren neokolonialen Auswirkungen bis heute allgegenwärtig und im Leben und Alltag der Menschen sichtbar verankert, alleine schon wegen der vielen Deportationshäfen entlang der gesamte Küste, von wo Millionen von Menschen afrikanischer Herkunft in die Amerikas verschleppt, versklavt und verkauft wurden. Sehr viele von diesen Menschen sind bereits auf dem Weg vom Inneren Afrikas zu den Küsten oder während des Transportes gestorben. Ihre gesamte Geschichte, ihre Namen, ihre Herkunft, ihre Sprachen sind unwiederbringlich verloren. Kaum eine Facette des Lebens hier kann ohne Kolonialgeschichte, die auch von deutschen Kolonialherren geprägt war, erzählt oder verstanden werden. Die Menschen hier sprechen sehr offen über diese Folgen der *weißen* Überlegenheit, die tiefe Spuren und Narben in diesem Land und dem gesamten Kontinent hinterlassen hat. Sie sprechen offen über die systematische anhaltende Benachteiligung – weltweit – von Menschen afrikanischer Herkunft. Eine Reaktion der ghanaischen Regierung auf die Geschichte der Entmenschlichungen von Schwarzen Leben war das im Jahr 2019 (400 Jahre nachdem das erste Sklavenschiff in den USA angekommen ist) ausgerufene Year of Return, das zur Decade of Return geworden ist. Mit diesem Aufruf richtet sich die Regierung an die Nachfahren versklavter Menschen nach Ghana zu kommen, um sich hier mit Unterstützung ein neues Leben aufzubauen. Es handelt sich um ein Angebot, das auch viel kritisiert wird u.a., weil die Rückkehrer*innen deutlich mehr Unterstützung erfahren als jede*r andere Ghanaer*in.

Dennoch ist es ein Angebot, das auf die anhaltende und systematische Entmenschlichung von Schwarzem Leben reagiert und darauf abzielt, Schwarzen Menschen einen sicheren Hafen zu bieten.

Währenddessen gewinnt in Deutschland eine offen rassistische Partei scheinbar unaufhaltsam Zuwachs, das Asylrecht wird Schritt für Schritt abgeschafft und die Zahl nicht-weißer Menschen nimmt zu, die sich fragen, was eine Alternative zum Leben in Deutschland sein könnte. Gepaart mit den zunehmenden medialen und politischen Angriffen auf postkoloniale Perspektiven wächst bei mir und vielen anderen die Unsicherheit, in Deutschland weiterhin sicher leben und arbeiten zu können, deutlich. Vermehrt Artikel lesen zu müssen, in denen ganz vereinfacht von ‚den Postkolonialen‘ gesprochen wird, womit außen vorgelassen wird, dass es sich um international anerkannte Forschungs- und Theorietraditionen handelt, die in einer Vielzahl in unterschiedlichen Disziplinen verankert sind, ist irritierend. Die in diesen Artikeln sich häufig wiederfindende sinnwidrige Gleichsetzung von Postkolonialen Studien mit Antisemitismus wird nicht nur der interdisziplinären Pluralität dieser Forschungsrichtungen nicht gerecht, sondern sie führt auch zur Bedrohung von Wissenschaftsfreiheit – dies in Zeiten, in denen die AfD durch diverse Anfragen im Bundestag und darüber hinaus das Feld der Postkolonialen Studien in gezielter Zerstörungsabsicht angreift. Postkoloniale Forschungen haben zur historischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung der Verbrechen des Kolonialismus zentrale Beiträge geleistet. Sie verweisen ausdrücklich auf Kontinuitäten von Kolonialismus und Holocaust und liefern damit auch wertvolle Einsichten, sowohl für die Rassismus- als auch für die Antisemitismusforschung. Die historische und wissenschaftliche Aufarbeitung der unterschiedlichen Kolonialgeschichten, die Analyse globaler Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse, die sich bis heute aus kolonialen Beziehungen ergeben, der Einsatz für die Anerkennung und Aufarbeitung von Gewaltgeschichten und/oder für ein Selbstbestimmungsrecht der Völker – all diese wichtigen Arbeitsfelder werden durch diese pauschalen Diskreditierungen abgewertet.

Diskreditierungen, die auch international wahrgenommen werden und dazu führen, dass Kooperationspartner*innen, u.a. aus afrikanischen Ländern nicht mehr nach Deutschland kommen wollen. Dies zeigt, dass die Diskreditierung dieser internationalen Perspektiven zur Folge haben kann, Deutschland als Wissenschaftsstandort von internationalen Forschungsfeldern abzuschneiden und auch in Zukunft einen deutschlandzentrierten Diskurs fortzuführen, der losgelöst von anderen Verbrechen gegen die Menschheit stehen bleiben soll. Die pauschale Diskreditierung dieser Perspektiven lese ich als Versuch, nicht-weiße Perspektiven aus dem Diskurs zu verbannen mit dem Ziel die Deutungshoheit über Rassismus und koloniale Kontinuitäten wieder *weißen* zu überlassen. Pauschale Verteufelungen oder gar Verbote von kritischen Wissenschaften wie postkolonialen Theorien oder Critical Whiteness werden aber nicht dazu führen, dass diese verschwinden oder nicht-weiße Menschen aufhören, für die Anerkennung ihrer Perspektiven zu kämpfen. Sie werden auch das Rassismusproblem in Deutschland nicht kleiner machen – im Gegenteil: diese pauschalen Diskreditierungen spielen genau den Menschen in die Hände, die uns alle am liebsten deportieren wollen.

Arndt, S. (2017). Rassismus. Eine viel zu lange Geschichte. In Fereidooni/El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 29-45). Wiesbaden: Springer VS.

Mbembe, A. (2017): Kritik der Schwarzen Vernunft. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Isabelle Ihring ist Professorin für Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Freiburg.

Weder antimuslimisch noch antisemitisch - Kritik in den aktuellen Gewaltverhältnissen

Ein Kommentar von Astrid Messerschmidt zu den Debatten nach dem 7. Oktober - Dezember 2023/NL 42

Wenn aktuelle Gewaltereignisse alles zu überwältigen scheinen, was bis dahin gegolten hat, kann es helfen, sich auf grundlegende Überzeugungen und begründete Haltungen zu beziehen. Für die rassismuskritische Migrationspädagogik gehören die Anerkennung der Migrationstatsache und der Abbau von Rassismus durch die Veränderung von gesellschaftlichen Zugehörigkeitsordnungen dazu. Beides verbindet die kritische Auseinandersetzung mit Kulturrassismus und aktuellem Antisemitismus.

In der Gegenwart erfüllt der kulturalisierte Rassismus die Funktion der Trennung in eine nationale ‚Wir-Gruppe‘ und davon unterschiedene ‚Andere‘. Insbesondere den als muslimisch identifizierten (Post-)Migrant*innen wird eine Unterwanderung der national-kulturellen Ordnung unterstellt. Ein Instrument dieser Unterstellung ist die Zuschreibung eines spezifisch muslimischen Antisemitismus, der als importiert gilt, weil als muslimisch repräsentierte Andere in dieser Denkweise als nichtzugehörig zur deutschen Gesellschaft und zum europäischen Kulturraum markiert werden.

Der antimuslimische Kulturrassismus wird in Europa und Deutschland vor allem von Rechtspopulisten ausgeübt und von etablierten Parteien übernommen, wodurch die europäischen und deutschen Muslime fremd im eigenen Land gemacht werden. Denn längst sind die Länder, in die familiäre oder eigene Migrationswege geführt haben, zum Teil des Eigenen geworden. Doch viele Deutsch-Muslime oder muslimische Deutsche erleben erneut, dass sie nicht dazu gehören sollen. Die Gleichzeitigkeit von Muslimischsein und Deutschsein wird verweigert, und zwar unabhängig davon, wie die eigene religiöse Zugehörigkeit verstanden und gelebt wird, zumal für viele das eigene Muslimisch-Sein gar keine so große Rolle in ihrem Leben spielt, gäbe es den antimuslimischen Rassismus nicht. Auch darin ähnelt dieser dem Antisemitismus, der viele europäische Juden und Jüdinnen traf, die ihr Judentum eher gelegentlich oder gar nicht als relevant für ihren Alltag auffassten.

Die Beobachtung eines in Teilen politisierter und radikalisierter muslimischer Kreise vorhandenen antiisraelischen Antisemitismus bietet eine Gelegenheit, die kontinuierlich angezweifelte Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland endgültig als Illusion zu propagieren. Dass dafür ausgerechnet die Bekämpfung des Antisemitismus herhalten soll, ist mehr als paradox. Denn in der langen Geschichte des Antisemitismus in Europa und in Deutschland geht es um verweigerte Zugehörigkeit und um das Fremdmachen einer rassifizierten Gruppe, was im zwanzigsten Jahrhundert zu einer völkischen und auf Vernichtung zielenden Ideologie geformt und umgesetzt worden ist.

Wenn nun ausgerechnet mit dem Vorwurf des Antisemitismus deutsche Muslime erneut als Nichtzugehörige markiert werden, zeugt das von Projektionsbedürfnissen, um sich nicht mit den Kontiunitäten des Antisemitismus in der deutschen Dominanzgesellschaft auseinandersetzen zu müssen. Die Nichtanerkennung der Präsenz und Zugehörigkeit ganzer zu Gruppen gemachter Teile der Gesellschaft widerspricht dem Anspruch eines Geschichtsbewusstseins, das sich auf die Rekonstruktion und Reflexion einer Politik der Identitätsmarkierungen, Ausgrenzungen, Deportationen und Verfolgungen bezieht. Vom historischen Gegenstand selbst geht eine Kritik an den üblich gewordenen Unterscheidungspraktiken in der verspätet anerkannten Migrationsgesellschaft aus.

In der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit gilt für die Feststellung eines antiisraelischen Antisemitismus das Kriterium einer Delegitimierung des Staates Israel. Sofern diesem Staat das Existenzrecht abgesprochen wird, handelt es sich um eine antisemitische Position, die zugleich geschichtsverdrängend ist, weil sie die Verfolgungsgeschichte des europäischen Judentums und die Suche nach einem sicheren Ort für alle Jüdinnen und Juden auf der Welt missachtet. Demgegenüber muss eine konkrete Kritik an israelischer Politik und an deren Vertreter*innen nicht als antisemitisch eingeordnet werden, solange sie eben konkret bleibt und nicht zu einer pauschalen

Verwerfung neigt. Dies fällt heute vielen offensichtlich schwer. Neben fundamentalistisch-islamistischen Aktivist*innen verschaffen sich antiimperialistische Stimmen Gehör, die in Israel schon immer eine Kolonialmacht des Westens gesehen haben. Sie alle finden im Staat Israel eine Projektionsfläche für ihre Weltbilder. Antisemitismuskritik bietet Instrumentarien, um nach den Funktionen dieser Weltbilder zu fragen, die in der Entlastung von eigener Verantwortung bestehen und in einer Täter-Opfer-Umkehr. Beides kommt in der aktuellen Situation international zum Tragen. Eine Verantwortung für die schon lange bestehenden Notlagen der Palästinenser*innen ist kaum von den Staaten und Bevölkerungen angenommen worden, die sich als muslimisch verstehen. Die Täterschaft des islamistischen Terrorismus wird verdrängt, wenn die Gewalttaten der Hamas bei den Protestaktionen gegen den Krieg im Gaza-Streifen verschwiegen werden. Mut zur Komplexität ist gefragt, gerade dann, wenn Gewaltphänomene zu Vereinfachungen verleiten. Im Aktivismus geht diese Komplexität oft verloren oder ist nicht gewollt.

Rassismuskritische Bildungsarbeit, die antimuslimischen Rassismus thematisiert, berücksichtigt die Diversität muslimischer Beziehungen zum Islam und zu den Muslimen auf der Welt, inklusive der Möglichkeit, nicht religiös zu leben. Sie vermeidet jede Pauschalisierung und reflektiert Gruppenkonstitutionen. Sowohl für Antisemitismuskritik wie für Rassismuskritik gilt ein selbstreflexives Verständnis von Kritik, das immer den eigenen normalisierten Antisemitismus und Rassismus versucht zu beachten. Für die Kritik des antimuslimischen Rassismus kommt es derzeit darauf an, den pauschalen Verdacht, Muslime würden Sympathien für die Hamas hegen, zurückzuweisen. Ebenso gilt es, sich gegen diejenigen Stimmen zu wenden, die diese Sympathien tatsächlich äußern.

Für eine kritische Bildungsarbeit ist eine selbstsichere Haltung der Aufgeklärtheit ungeeignet. Wie Paul Mecheril im vorigen Newsletter einfordert, geht es darum, „das eigene Wissen weniger als Instrument der Anklage einzusetzen und stärker als suchendes, bescheidenes, gleichwohl entschiedenes Angebot zum wechselseitig aufklärenden Gespräch bereit zu stellen.“ (41. Newsletter Rassismuskritische Migrationspädagogik, November 2023) Für dieses aufklärende Gespräch kann es hilfreich sein, sich an die nur wenige Monate zurückliegenden Proteste aus der israelischen Gesellschaft selbst gegen die derzeitige Regierungspartei zu erinnern und die innere Diversität dieser Migrationsgesellschaft zu begreifen.

Die derzeitige Kriegssituation ist moralisch und politisch unerträglich. Das Leid der ermordeten und verschleppten Israelis und das Leid der vielen Opfer in der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen bedeutet für alle Betroffenen einen Weltuntergang und kann nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Auch dafür bieten Rassismus- und Antisemitismuskritik Reflexionshilfen, um das Denken und die Sprachfähigkeit nicht aufzugeben, wenn Gewalt die Gegenwart bestimmt.

Astrid Messerschmidt ist Professorin für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Geschlecht und Diversität an der Bergischen Universität Wuppertal.

Ich weiß es nicht, aber ich bin gegen Grausamkeit und suche sie zu benennen und jene Grausamkeit, die anderen widerfährt, frisst sich in mich hinein und macht mich beschämend stumm

Ein Kommentar von Paul Mecheril zum 7. Oktober - November 2023/NL 41

Ist die Forderung nach einer humanitären Pause der Angriffe durch das israelische Militär antisemitisch?

Wird in dem Vorwurf, diese Forderung sei antisemitisch, der Vorwurf instrumentalisiert, um mörderische Gewalt nicht zuletzt gegen Kinder fortzusetzen?

Wird diese Anfrage an den Vorwurf nicht von einem antisemitischen Ressentiment genährt und nährt dieses?

Antisemitismuskritik beginnt mit Fragen, die ich mir selbst so zu stellen traue, dass ich in Frage stehe. Nicht immer nur und nicht immer nur eindeutig die anderen … bitte, nicht immer nur die anderen

Das Gesicht und wohl auch der Motor der gegenwärtigen EUropäischen Fluchtpolitik ist die Neo-Faschistin Meloni, deren Nähe alle wichtigen Europäischen Politiker von Orban, über Scholz bis von der Leyen suchen. Diese Politik legt es mit Mitteln der erstens diskursiven und rechtlichen Illegalisierung von Flucht in Zeiten multipler Kriege und der zunehmenden ökologischen, nicht zuletzt von den europäischen Industriestaaten in den zurückliegenden Jahrzehnten hauptverursachten Zerstörung von Lebensgrundlagen vieler, und zweitens der Brutalisierung der Grenzziehungen darauf an, Europa vor der Verunreinigung durch natio-ethno-kulturell als anders kodierte Körper zu schützen. Was hat dieser Rassismus mit den antisemitischen Artikulationen aus bestimmten migrantischen Milieus zu tun? Wer profitiert von pauschalisierenden Antisemitismusvorwürfen gegen migrantisierte, muslimisierte und muslimische Subjekte? Impliziert diese Frage bereits die Legitimation von Antisemitismus?

Wenn die Hamas als Organisation und programmatisch auf die Zerstörung Israels und die Errichtung eines „Gottesstaates“ aus ist, dann sollte die internationale Staatengemeinschaft (oder welche Instanz auch immer) alles Gebotene und Vertretbare tun (ich sage nicht: tötet die Menschen!), um dies zu verhindern.

Denn, die Verhinderung dessen dient der Idee einer bestimmten politischen Ordnung. Diese gilt es zu bewahren. Gerade jetzt. In ihr steht die demokratische Kritik an dieser Ordnung mit dem Ziel weitreichenderer und zunehmenderer Demokratisierung im Mittelpunkt. Eine Ordnung der Kritik der Ordnung. Dafür setzen wir uns ein. Es geht um die Demokratisierung der (welt-)gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir, wer immer dieses Wir auch sein mag, und es sollte ein maximal inklusives Wir sein und all jene umfassen, die von den Ergebnissen des politischen Entscheidungsprozesses betroffen sind, stehen für eine Ordnung der politischen Möglichkeit von Selbstkritik ein. Als vorrangiger Maßstab der Kritik fungiert dies: die Minderung von Grausamkeit - überall, für alle.

Die demokratisierende Kritik, um die es hier geht, bezieht sich auch auf den Nationalstaat (ich sage nicht: auf das Existenzrecht Israels!). Wenn es entschieden um die Minderung von Grausamkeit geht, werden nicht zuletzt heute die funktionalen und normativen Grenzen der Praxis des Nationalstaatlichen deutlich. Das Nationalstaatliche als Ordnungsprinzip ist nur bedingt in der Lage, die politischen Probleme und Fragen der Gegenwart (nicht zuletzt: multiple menschenverzehrende Tragödien und die trennenden Spuren, die diese Tragödien in den Körpern hinterlassen; das die Zukunft einer Menschheit der Vielen nichtende Anthropo- oder besser: Kapitalozän; Fluchtbewegung und die faschistische Reaktion, nicht zuletzt in Europa, die zu den Gewehren greift und abdrückt …) zu erkennen, zu bearbeiten, geschweige denn zu beantworten

Das Selbstverteidigungsrecht der Nation ist etwas, dass wir gegenwärtig offensichtlich noch benötigen, wie viele Menschen in der Ukraine und auch in Israel bezeugen werden. Und zugleich ist der Topos des Selbstverteidigungsrechts der Nation nicht mehr

zeitgemäß, war es womöglich niemals, so wie die Idee der Nation, des Volkes womöglich immer unzeitgemäß war, konstitutiv unzeitgemäß ist. Welche politische Instanz entscheidet nach welchen Gesichtspunkten, welche Form von Leid und Elend in Kauf genommen werden muss, um größeres Leid zu verhindern? Die Dysfunktionalität und Grausamkeit der libidinösen Bindung an partikulare Kollektivität offenbart sich nicht zuletzt im Krieg. Wir sind Zeitzeuginnen so vieler Kriege (die in ganz unterschiedlichen Formen ausgetragen und gezeigt werden). Die leidenschaftliche politische Bindung an jenes Partikulare, das sich in Formen wie Volk, Nation, Kultur, Religion zum Ausdruck bringt, ist potenziell grausam, weil es das, was die Form nicht ist, nicht zulässt und zuweilen zu vernichten trachtet.

Aber vielleicht sind die markierten Fragen und Überlegungen, also dieser Text, auch Teil der Praxis, die die *Erkundung der Bedingungen der Möglichkeit der Besprechung von Fragen und der Erwägung von Auswegen und ihrer Beschreitung* erschwert. Nicht erst seit dem *siebten Oktober*, seither aber in besonderer Intensität wird von vielen gesprochen und noch viel mehr geurteilt. Zuweilen scheint es gar einen Beurteilungs- und Bekenntniszwang zu geben. Bekenne Dich zu unserer Analyse- und Affektgemeinschaft, oder Du wirst verdammt sein (von uns) - welch sakrale Anmaßung. Bist Du für oder gegen Israel? Bist Du für oder gegen den (Stand-)Punkt, von dem aus der Westen der Verantwortung für das Leid in der Ukraine, in der Levante, im Sudan (jedes Kind, sagt Jean Ziegler, das Hungers stirbt, wird ermordet) bezichtigt wird? Bist Du für oder gegen den Nationalstatt? Bist Du für oder gegen *borders*? Bist Du für oder gegen die Kritik des Kolonialismus? Und zwar einer Kritik, die unsere Kritik ist? Bist Du für oder gegen Israelkritik? Bist Du für oder gegen Antisemitismus? Und bist damit für oder gegen Rassismus?

Die Ereignisse vor und nach dem *siebten Oktober* (nicht aber am 7. Oktober) sind nicht einfach einzuschätzen und zu beurteilen. Analytisch, affektiv und kommunikativ ist es schwer, der Komplexität, der Multiperspektivität und Widersprüchlichkeit der Ereignisse (nicht am 7. Oktober und nicht an den Tagen des Bombardements; Gewalt kann kontextualisiert werden, auch relationiert - nicht aber Leid) zu entsprechen. Wie sprechen? Wie sich aus der aufgewühlten, zuweilen aufgeblasenen und aufgeplusterten, aufgeladenen, und zum zumindest symbolischen Töten bereiten Atmosphäre der Gegenwart zurückziehen? Wie sich nicht aus der aufgewühlten, zuweilen aufgeblasenen und aufgeplusterten, aufgeladenen, und zum zumindest symbolischen Töten bereiten Atmosphäre der Gegenwart zurückziehen? Wie in der Gegenwart bleiben? Wie diese mit anderen teilen? Wie diese mit anderen teilen, die anders verletzt sind und in anderen Narrativen und Erfahrungen zu Hause sind? Wie diese mit anderen anders teilen, so dass Ansätze der Minderung von Grausamkeit gestärkt werden - überall, für alle?

Viele Intellektuelle haben sich seit dem *siebten Oktober* geäußert (Butler, Ilouz, Zizek, um nur einige zu nennen). Die Intellektuellen zeigen, dass auch ihr Blick analytisch eingeschränkt und ihr Urteil geprägt ist von Parteinahme und von dem aus ihrer Biografie resultierenden Affektiven. Sie sprechen klug, aber auch falsch. Das ist nicht verwunderlich, da es vielleicht menschlich ist, dass nicht zuletzt in Krisen, im vielfachen und sich überlagernden und sich auszuschließen scheinenden Leiden und Leid, das verstörend affiziert, der Mensch analytisch eingeschränkt spricht und zu viel zu schnellen Urteilen neigt. Mag sein.

Mag sein; und gegen das Anthropologische, es transzendierend, braucht es Besonnenheit, gerade in Zeiten des Krieges, gerade in diesen Zeiten.

Was weiß ich nicht?

Inwiefern ist mein Nicht-Wissen funktional für das Vertuschen von Unrecht und Ungerechtigkeit?

Inwiefern ist mein Urteil einseitig und parteiisch?

Wo vernichtet mein Urteil?

Wen?

Vielleicht verlangt die Zeit des Krieges für die, die ihn beobachtend und kommentierend erleiden, das eigene Wissen weniger als Instrument der Anklage einzusetzen und stärker

als suchendes, bescheidenes, gleichwohl entschiedenes Angebot zum wechselseitig aufklärenden Gespräch bereit zu stellen. Vielleicht. Wie kann es gelingen? Wie kann es in einer Weise gelingen, die nicht auf das gute Gefühl derer beschränkt ist, die kommentieren und beobachten, sondern einen Beitrag zu weniger Grausamkeit leistet? Überall.

Paul Mecheril ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld

Zur Verschärfung des Asylrechts

Ein Kommentar des Büros für diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart zum sogenannten Asylkompromiss 2.0 - Juli 2023/NL 40

Der sogenannte Asylkompromiss 2.0 steht aktuell im Mittelpunkt gesellschaftlicher und medialer Aufmerksamkeit in ganz Europa, umso wichtiger ist es, eine diskriminierungskritische Perspektive einzunehmen. Der als „historischer Erfolg‟ gefeierte neue Pakt für Migration und Asyl trägt weiter zu einer Abschottung Europas bei, in der Menschenrechte eine immer kleinere Rolle spielen. Die Reform des Asylsystems beinhaltet streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen innerhalb der EU-Grenzen unter gefängnisähnlichen Konditionen. Die sogenannte ‚Fiktion der Nichteinreise‛ - die nichts anderes meint, als dass eine Person rechtlich als nicht eingereist gilt, obwohl sie es eigentlich ist - würde (mehr) Orte in Europa schaffen, in denen europäisches Recht für Menschen auf der Flucht nicht gilt. In denen die Menschenrechte nicht mehr gelten. Das Kindeswohl und Kinderrechte in Europa sind durch den neuen Asyl-Pakt nicht nur gefährdet, sondern werden aktiv angegriffen. Die Asylrechtsverschärfung auf EU Basis steht im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz (GG) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und verstößt beinahe gegen alle 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Statt Geld in die Unterbringung, Verpflegung und Bildung von Schutzsuchenden zu investieren, werden jedes Jahr mehrere Milliarden in die Abschottung Europas gesteckt, Frontex hoch militarisiert und menschenrechtsverletzende Deals mit Diktatoren an den EU-Außengrenzen abgeschlossen. Die Konsequenz hieraus: Die EU-Außengrenze gilt als die tödlichste Grenze der Welt. Mit der Verschärfung des Asylrechts wird ein Asylverfahren zweiter Klasse weiter etabliert und immer mehr Menschen werden in Haftzentren landen, wobei ihr einziges „Verbrechen‟ ist, vor Krieg, Hunger und Klimakatastrophen nach Europa zu fliehen. Bereits jetzt sterben jährlich mehrere tausende Menschen auf ihrer Flucht nach Europa.

Im vergangenen Jahr sind laut UNHCR 1.940 Menschen auf ihrem Weg über das Mittelmeer gestorben oder gelten als vermisst. Durch die Gesetzesänderungen wird diese Zahl weiter deutlich steigen. Es werden noch mehr Geflüchtete durch sogenannte Pushbacks zurückgedrängt und daran gehindert Europa zu betreten. „Für die Länder stellten die Verfahren einen großen Aufwand dar, sodass sie es vorziehen könnten, Menschen an der Einreise zu hindern, statt sich um den Betrieb von Haftzentren und Grenzverfahren zu kümmern‟. Einmal hier angekommen, zeigt der Rassismus sein inner-europäisches Gesicht. Angetrieben durch kapitalistische Grundwerte, findet eine Aufrechterhaltung (neo-)kolonialer & rassistischer Ordnungen statt, die Migration von Norden nach Süden legalisiert und umgekehrt illegalisiert.

Das heutige Grenzregime Europas, als Ergebnis europäischer Machtverhältnisse, sieht in der Migration und Flucht von Menschen eine kapitalistische Verwertungslogik. Auf der einen Seite werden gut ausgebildete „Fachkräfte‟ gesucht und Verträge geschlossen, die zu einer Ausbeutung im Niedriglohnsektor führen, auf der anderen Seite wird auf Menschen auf der Flucht geschossen oder es wird dabei zugehsehen, wie sie ertrinken.

Es ist unerlässlich, dass wir die Menschenrechte und die Würde jedes einzelnen Menschen manifestieren, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Nationalität oder ihres Migrationsstatus. Wir als Anti-Diskriminierungsberatungsstellen bekommen die Verschärfungen des Asylsystems seit Jahren spürbar mit und nehmen ein erhöhtes Aufkommen an Beratungsaufsuchenden wahr. Die Ungleichbehandlung von Menschen auf der Flucht besteht bereits jetzt. Durch den Asylkompromiss 2.0 wird sich all das drastisch verschärfen. Es wird mehr Tote an den Außengrenzen geben und die EU wird den Titel tödlichste Grenze der Welt, weiter für sich beanspruchen. Wir als Anti-Diskriminierungsstellen finden, dass die Rechte auf körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit und die Unantastbarkeit der Würde für alle gelten muss. Ob mit europäischem Pass oder nicht. The freedom of Movement is everybodys right! Das Morden an den EU-Außengrenzen muss aufhören und die Bundesrepublik Deutschland und die EU sind hier in der Verantwortung.

Zwischen falschen Reformen und staatlichen Verbrechen des Friedens

Ein Kommentar von Vassilis S. Tsianos zu Pushbacks in Griechenland - Juli 2023/NL 40

Die Diskussion um ein neues gemeinsames europäisches Asylsystem stagniert. Im Dreieck zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfestigt sich weiterhin eine institutionelle Blockade. Aktuell wird sie zudem flankiert von der Ratspräsidentschaft Spaniens und somit von einer Regierung, welche angesichts einer zu befürchtenden rechtspopulistischen Verschiebung des politischen Klimas aktuell keine weiteren Reforminitiativen in Sachen progressive Migrations- und Asylpolitik favorisiert. Als weitere, für diese Blockade verantwortliche Akteure müssen die migrationsskeptizistischen Visegrád-Staaten und die wackelige Allianz der M5, der 5 Mittelmeerländer (Griechenland, Italien, Malta, Zypern, Spanien) genannt werden. Sie alle werden sicherlich die mit Mühe ausgehandelten Beschlüsse oder des Europäischen Rates oder in einem Jahr des Europäischen Parlaments faktisch so lange nicht anerkennen, bis sich der Dublin-Status quo zu ihren Gunsten verschiebt.

Die institutionelle Blockade stellt somit ein Problem dar, das sich nur durch die Festlegung verbindlicher Quoten lösen lassen wird. Denn das Dublin-System ist keines, welches Geflüchtete in die EU-Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze abdrängen sollte, sondern eines, das den Erstkontakt und den Asylantrag zum entscheidenden „Kriterium“ erhoben hat. Es ist nicht überraschend, dass gerade die zentraleuropäischen EU-Staaten und hierbei vor allem Deutschland, welches seit Anbeginn nachweislich von Dublin profitiert hat, so stark an einer Screening-Verpflichtung interessiert sind. Auch die Tatsache, dass der Schengen-Raum immer wieder auf die Probe gestellt wird, geht maßgeblich von Deutschland aus. An dieser Stelle soll deutlich gesagt werden, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen nicht nur rechtswidrig ist, sondern einen beabsichtigten Druck auf die EU-Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze ausübt, der weder funktioniert noch die Europäisierung der Asylpolitik stärkt.

Im Ergebnis erzeugt der nun erreichte Reformkompromiss des Europäischen Rates Operationen einer buchstäblich beunruhigenden europäischen Grenze, die weder humanisiert werden kann, noch uneingeschränkt brutalisiert werden darf. Anders gesagt: Es sind Operationen, die irgendwo zwischen „states of denial“ und „crimes of peace“ liegen. In der Sprache der Kriminologie werden die Praktiken der rhetorischen Verleugnung staatlicher Verbrechen als „states of denial“, als Leugnungszustände bezeichnet. Je vulgärer und unmenschlicher eine Praxis ist, desto vulgärer ist ihre Ableugnung, weil sie gezwungen ist, zu leugnen, was jeder weiß. Die Praxis der Leugnung von Pushbacks richtet sich zum einen an jene, die der Tod und die Gewalt an der Grenze längst immunisiert hat. Andererseits an solche, deren naiver Glaube, die Grenzkontrollbehörden würden niemals imstande sein, so viel humanitären Schaden anzurichten, beinahe unerschütterlich scheint. Gerade bei der zum heimlichen Abschreckungssystem gewordenen Praxis der Pushbacks handelt es sich um staatliche „crimes of peace“ (Maurizio Albahari), also um staatliche Verbrechen, die an unbewaffneten Zivilist:innen begangen werden, um einen geteilten Frieden in Europa herzustellen.

Bei Pushbacks handelt es sich um staatliche Maßnahmen, bei denen flüchtende und migrierende Menschen – meist unmittelbar nach dem Grenzübertritt – zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen oder dessen Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen. Pushbacks verstoßen u.a. gegen das Verbot der Kollektivausweisung, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben ist. Zudem sind sie auch als illegale Handlungen zu werten im Sinne der EU-Grundrechte-Charta, die wiederum der Genfer Flüchtlingskonvention folgt (Artikel 18). Sie verstoßen auch gegen die Rechtsvorschriften des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

So sind beispielweise acht Jahre vergangen seit dem Schiffsunglück in Farmakonisi im Januar 2014, bei dem elf Menschen ertranken, die meisten von ihnen Kinder. Die

Überlebenden haben sich an Straßburg gewandt; der Fall war acht Jahre bis zum Urteil vom 7. Juli 2022 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hängig. In einer im letzten Jahr verkündeten Entscheidung hat der europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg Griechenland wegen einer Verletzung des Rechts auf Leben und wegen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung verurteilt und dazu verpflichtet 330.000€ Entschädigung an die Hinterbliebenen zu zahlen.

Bei einer Pushback-Operation der griechischen Küstenwache starben im Januar 2014 drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan. Obwohl das Flüchtlingsboot mindestens 15 Minuten im Schlepptau der griechischen Küstenwache gewesen sein soll, wurden die Flüchtlinge weder an Bord des Schiffs der Küstenwache geholt noch wurden Rettungswesten ausgeteilt. Die Flüchtlinge schildern eine Push-Back-Operation, die griechischen Behörden hatten behaupten, eine Seenotrettungsmaßnahme durchgeführt zu haben. Nachdem das Boot von der Küstenwache geschleppt worden war, wurde die Verbindung getrennt. In einer Pro Asyl Analyse zu den Vorgängen heißt es zum weiteren Verlauf: „Das Boot wurde mit den Frauen und Kinder unter Deck in die Tiefe gerissen. Eine Mutter und ihr Sohn wurden am darauffolgenden Tag von der türkischen Küstenwache tot geborgen, der Leichnam eines Babys wurde Tage später vor der Insel Samos gefunden. Die übrigen acht toten Körper wurden Wochen später aus dem Rumpf des Schiffes geborgen. 16 Menschen konnten sich auf das Küstenwachschiff retten“.

Der damalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, hatte erklärt, es handele sich um einen „Fall von gescheiterter Massenabschiebung“. Monate nach dem Vorfall, als die griechischen Justizbehörden das Verfahren einstellten, sagte er: „Was ich heute sehe, ist, dass die Straffreiheit die Gefahr birgt, schwere Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen.“

Der Fall Farmakonisi ist insofern von Bedeutung, weil er überraschende Ähnlichkeiten hat mit dem tragischen Fall von Pylos. Und zwar in doppelter Hinsicht, sowohl was das Handeln der griechischen Küstenwache betrifft, aber auch was die mögliche juristische Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Tragödie. Videos und eine interaktive Karte von Forensis (Schwesterorganisation der bekannten Forschungsgruppe Forensic Architecture) rekonstruieren den Kurs des verunglückten Fischerboots der Flüchtlinge und die Bewegungen der Küstenwache. Die Untersuchung bestätigt die aktive Rolle der Küstenwache beim Untergang des Fischerbootes, nachdem sie zweimal versucht hatte, es anzulegen und abzuschleppen, und zeigt tragische Widersprüche zwischen den Aussagen des Kapitäns der Küstenwache und den Angaben des Hauptquartiers der Seenotzentrale auf. Die Untersuchung rekonstruiert die Bewegungen des Fischerbootes und des Bootes der Küstenwache anhand von Fotos und Videos des Fischerbootes von der Küstenwache, von Frontex, von Schiffen an der Seite sowie von Satellitenbildern und Notsignalen, die Aussage des Kapitäns der Küstenwache und Beweise aus dem Decklogbuch, und verglich diese mit den Aussagen von 26 Überlebenden, der bisher größten Zahl, die den Ermittlern der beiden Teams und Journalisten des Guardian, STRG_F (ARD/Funk) und Solomon zur Verfügung gestellt wurden.

Den Ermittlungen zufolge näherte sich das Boot der Küstenwache dem Fischerboot gegen Mitternacht, nachdem die Schiffe ausgelaufen waren, und bat darum, ihm auf einem Kurs in italienische Gewässer zu folgen. Als der Motor des Fischerboots abgestellt wurde, näherte sich das Boot der Küstenwache mit seinem Heck dem Bug des Fischerboots, ein maskierter Mann kletterte an Bord des Fischerboots und band ein Seil an der mittleren Reling an Steuerbord fest. Beim ersten Mal wurde das Seil durchgeschnitten. Beim zweiten Mal bewegte sich die Küstenwache mit höherer Geschwindigkeit, so dass das Fischerboot erst nach Steuerbord, dann nach Backbord und dann wieder nach Steuerbord kippte und sich nach Steuerbord überschlug. Die Überlebenden auf dem Innendeck sahen das Abschleppen nicht, spürten aber, wie sie kurz nach dem Abstellen des Motors wie eine Rakete scharf nach vorne geschleudert wurden. Nachdem das Fischerboot gekentert war, entfernte sich der Boot der Küstenwache und verursachte Wellen, die zum Sinken des Schiffes beitrugen und das Schwimmen erschwerten. Das Rettungsboot blieb etwa eine halbe Stunde auf Distanz und leuchtete das Wrack mit seinen Scheinwerfern aus, dann kehrten die Besatzungsmitglieder mit einem Rettungsboot zum Wrack zurück, um nach Überlebenden zu suchen.

Aus der Analyse der von der Küstenwache veröffentlichten Koordinaten und Zeiten geht hervor, dass das Fischerboot etwa eine Stunde vor dem von der Küstenwache angegebenen Zeitpunkt, an dem der Motor des Fischerboots aussetzte, von 00:44 Uhr bis 1:40 Uhr, nahezu stationär war und mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von etwa einer halben Seemeile pro Stunde nach Süden fuhr. Dies steht im Widerspruch zu den Angaben im Logbuch der schwimmenden 920 und der eidesstattlichen Erklärung des Kapitäns, wonach sich das Fischereifahrzeug von 23:57 bis 1:40 Uhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 3 Knoten in Richtung Westen bewegte. Schließlich hält die Untersuchung fest, dass es starke Anzeichen dafür gibt, dass die Küstenwache maßgeblich für das Kentern verantwortlich ist, und dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Küstenwache versucht hat, die Fakten falsch darzustellen.

Alle Zeugen berichten, dass ihre Mobiltelefone beschlagnahmt wurden, entweder an Bord des Bootes der Küstenwache nach ihrer Rettung oder später in Kalamata, und dass die Behörden sich trotz wiederholter Aufforderung weigerten, sie zurückzugeben. Einige berichteten, dass die Mobiltelefone, die sich in wasserdichten Taschen befanden, Videoaufnahmen von dem Moment kurz vor dem Untergang des Bootes enthielten. „Ich sagte ihnen, dass die griechische Küstenwache kam und das Seil an unser Boot band und uns abschleppte und das Boot zum Kentern brachte. Das haben sie nicht in meine Aussage geschrieben, und als sie sie am Ende vorlegten, konnte ich diesen Punkt nicht finden“, stellt ein Überlebender (Reporters United) fest und sagt, er sei unter Druck gesetzt worden, auf Personen zu verweisen, die wegen Menschenhandels angeklagt und inhaftiert waren. Ein anderer Überlebender berichtet, dass auf ihn Druck ausgeübt und seine Aussagen manipuliert wurden: „Ich habe ihnen gesagt, dass die griechische Küstenwache dafür verantwortlich ist. Es gab einen Dolmetscher, der mir sagte, ich solle das nicht vor der Polizei sagen. Ich habe meine Aussage nicht geändert. Die griechische Polizei sagte: „Vielleicht sagen Sie das, weil Sie unter psychologischem Druck stehen und deshalb nicht wissen, was Sie sagen sollen. Sie sind verletzt.“ Ich hatte also Angst und habe nichts weitergesagt. Und sie haben das nicht in die Abschlusserklärung aufgenommen.“

Wie bekannt wurde, gaben neun Überlebende drei Tage nach ihrer ersten Aussage bei den Hafenbehörden eine Erklärung bei den Justizbehörden in Kalamata ab, in der sie detailliert beschrieben, dass die Küstenwache das Fischerboot abgeschleppt und zum Sinken gebracht hat. Die journalistische Untersuchung der sieben Medien enthüllt auch die Klagen der Überlebenden darüber, dass die Küstenwache ihre Mobiltelefone, die Videos und Fotos des Schleppens und des Kenterns enthielten, konfisziert und verschwinden lassen hat, dann aber leugnete, sie konfisziert zu haben, oder sich weigerte, sie zurückzugeben, selbst als Anwälte eingeschaltet wurden. Wie bedenklich der Fall Pylos ist, erklärt vielleicht der außerordentliche Duktus des Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE). LIBE ist mit den Zusicherungen Griechenlands, es sei in der Lage, eine glaubwürdige Untersuchung der Umstände des Schiffbruchs in Pylos durchzuführen, nicht zufrieden und fordert eine internationale, unabhängige und transparente Untersuchung, die vom Europarat oder der UNO koordiniert wird. In einem Schreiben an die EU Kommissarin Ilva Johansson und den griechischen Minister für Meeresangelegenheiten, Miltiades Varvitsiotis, vom 28. Juni erklärte Juan Fernando Lopez Aguilar, dass trotz der frühzeitigen Warnung von Frontex vor der Gefahr, in der sich das Schiff befand, „die griechische Küstenwache keine Maßnahmen ergriffen hat, was tragische Folgen und enorme Kosten in Form von Menschenleben nach sich zog“. Er fordert die griechischen Behörden und die Europäische Kommission auf, „unverzüglich eine unabhängige und transparente internationale Untersuchung des Vorfalls einzuleiten, um die Handlungen der griechischen Behörden und von Frontex sowie deren Übereinstimmung mit dem europäischen und internationalen Recht, insbesondere mit den Rechtsvorschriften über Suche und Rettung auf See, zu prüfen“. Und er schlägt vor, dass der Menschenrechtskommissar des Europarates, der Sonderbeauftragte des UN Generalsekretärs für Migration und Flüchtlinge oder der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten die Untersuchung durchführen sollten.

Rassismus und Rassismuskritik in den Qualifizierungsgrundlagen einer hyperdiversen, postmigrantischen Gesellschaft

Ein Kommentar von Maisha M. Auma zur Debatte um „Tauben im Gras“ Mai 2023/NL 39

Jasmin Blunt, eine Schwarze Lehrerin aus Baden-Württemberg, hat einen wichtigen Hinweis - in Sara Ahmeds Sprache einen ‚*Complaint*‘ - verfasst und veröffentlicht. Ziel ihrer Analyse und Kritik war es, auf ein wesentliches Nicht-Funktionieren des Repertoires gegenwärtiger Pflichtlektüre im Deutsch-Abitur hinzuweisen. Anstatt institutionelle Lösungsvorschläge von den adressierten Institutionen - Schulen, Ausbildungsstätten zukünftiger Lehrkräfte und dem zuständigen Ministerium - zu erhalten, traf ihr *Complaint* weitgehend auf Unverständnis, Schweigen oder Abwehr. Ihre rassismuskritische Intervention musste unter großen Mühen erst verständlich gemacht werden für das fachverantwortliche Ressort - das Kultusministerium Baden-Württemberg.

Für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Communities bedarf die rassismuskritische Perspektivierung dieser Pflichtlektüre hingegen keine Erklärung. Wir befinden uns am Ende der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024)! Die Normalisierung von Anti-Schwarzem Rassismus durch die inflationäre Anrufung des N-Wortes oder durch die Instrumentalisierung Schwarzer Figuren als Kontrastfolie, um kolonialgeprägte, weißzentrische, westzentrische Eigenbilder zu zeichnen, wurde bereits ausführlich von der afrikanisch-amerikanischen Literaturprofessorin und Autorin Toni Morrison analysiert und kritisiert. Jasmin Blunt kann hier auf einen fundierten Diskussionstand zurückgreifen, der es aber offenbar in deutsche Lektürekritik (noch) nicht geschafft hat.

Es ist ernüchternd, dass am Ende der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft die Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus und die Bemühung um die Gleichstellung von Schwarzen Menschen auf keine besonders fundierte Sachkenntnis in öffentlichen Verwaltungen trifft (es gibt sicherlich einige wenige Ausnahmen).

Die Normalisierungsmacht von rassistisch geprägten Inhalten im Curriculum wurde in Folge der öffentlichen Kritik und der Forderungen nach Veränderung durch Jasmin Blunt in einer Reihe von medialen Formaten banalisiert. Ihre Kritik wurde aber auch zum Anlass genommen, um genauer nachzuvollziehen, wie sich die Pflichtlektüre im Jahre 2023 zusammensetzt. Auch hier ist das Bild ernüchternd. Die starke Überrepräsentanz männerzentrierter, weißzentrischen Erzählperspektiven ist eklatant.

Für eine postmigrantische Gesellschaft, die besonders mit Blick auf die schulpflichtige Bevölkerung immer mehr aus BIPoC Bürger*innen besteht, ist es nicht zu verstehen, warum die Werke postmigrantischer Autor*innen kaum im Repertoire der Pflichtlektüre vorkommen. Insgesamt kann die Autorenschaft als im Hohen Maße vereinseitigend beschrieben werden. Eine Diversifizierung des Bildungskanons ist also dringend nötig! Der Hinweis/*Complaint* von Jasmin Blunt ist dabei ein wichtiger Beitrag im Sinne von ‚Fix the Institutions‘. Er könnte verwendet werden, um einen Rassismuskritischen Institutionswandel zu forcieren. Er könnte als Motor für eine Institutionalisierung von Rassismuskritik gewürdigt und anerkannt werden und er könnte schließlich zur Realisierung einer rassismuskritischen Gesellschaft anspornen.

„Tauben im Gras“ - Auf den zweiten Blick

Ein Kommentar von Annita Kalpaka zur Debatte um „Tauben im Gras“ - Mai 2023/NL 39

Seit einigen Wochen haben die Entscheidung des Ministeriums, Wolfgang Koeppens Roman „Tauben im Gras“ als Teil des Pflichtlektürekanons für die Abiturprüfung ab 2024 in den beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg zu machen, und vor allem die darauf reagierende Petition viele kontroverse Debatten ausgelöst.

Vorweggeschickt: Der Widerstand der Ulmer Lehrerin Jasmin Blunt gegen eine Vorgabe, die sie als Verletzung ihrer Würde erlebt, ist mutig und zu respektieren. Das steht für mich nicht zur Debatte. Jasmin Blunt weigert sich, das Buch "Tauben im Gras" im Unterricht zu behandeln, zieht die Konsequenz, sich beurlauben zu lassen und bringt gegen diese Vorgabe eine Petition auf den Weg, die inzwischen von über 12.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Die Petition zu unterschreiben, fiel mir nicht leicht und hinterließ ein ambivalentes Gefühl. Zum einen war es mir wichtig, mich solidarisch zu erklären, nicht zuletzt geleitet von dem Anspruch nach „unbedingter Solidarität“, wie ihn Lea Susemichel und Jens Kastner in Anschluss an die feministische Theoretikerin Diane Elam („groundless solidarity“) formulieren und dabei betonen, dass sich Solidarität gerade anhand von Differenzen herausbildet.

Zum anderen sind aus meiner Sicht viele Fragen offen und diskussionswürdig, drängen nach einer kritisch-solidarisch geführten fachlichen und politischen Debatte, die ich als komplementären und unverzichtbaren Teil von solidarischem Handeln verstehe. Einige Gedanken und Fragen, die mich umtreiben, möchte ich hier nur kurz anreißen.

Für alle Betroffene zu sprechen und verallgemeinernd – wie in der Petition nachzulesen ist - zu vertreten, „Betroffene wären durch diese pflichtgebundene Unterrichtslektüre konstant rassistischer Diskriminierung und somit der eigenen Dehumanisierung, ohne die Möglichkeit sich zu wehren, schutzlos ausgeliefert“, wirft die Frage auf, ob solche in ihrer Logik essentialisierende und homogenisierende Konstruktionen nicht Gefahr laufen, ein Bild von passiven Opfern zu verstärken und dabei ungewollt die Unsichtbarkeit bzw. Unsichtbarmachung von Gegenstrategien und Kämpfen von Rassismuserfahrenen zu bedienen. Gegenstrategien und Kämpfe, die es eh schwer haben, über die eigenen Kontexte hinaus sichtbar gemacht zu werden.

Zumindest wäre es wichtig zu diskutieren, welche Risiken und Nebenwirkungen der nachvollziehbare Schutzgedanke, der in solchen Situationen oft als einziges oder Hauptargument dominiert, haben könnte und ob nicht auch weitere Argumentationslinien im Kontext von Lern- und Bildungsprozessen einen Platz finden sollten. Diese eine Wahrheit scheint mir zu vereinfachend.

Dies ist allerdings kein Plädoyer dafür, den Roman unter den gegebenen schulischen Verhältnissen zur Pflichtlektüre zu machen und dies aus mehreren Gründen. Zum einen teile ich in diesem Fall nicht das Prinzip der Pflichtlektüre und teile die in der Petition vertretene Auffassung „Keine Pflicht, aber eine freie Wahl!“ Sinnvollerweise eine Wahlmöglichkeit innerhalb eines Rahmens ausgewählter Werke, deren Auswahl nicht auf der Vorstellung beruht, deutsche Literatur wäre nur diejenige, die von weißen Mehrheitsangehörigen produziert/verfasst wurde. Insofern würde ich dafür plädieren, erneut zu prüfen, wer wählt aus, wer ist bzw. müsste an diesem Prozess des Auswählens beteiligt und gehört werden.[5]

Zum anderen haben mir mein eigener Einblick in die Institution Schule und die Analyse schulischer Strukturen und Routinen bzw. meine Tätigkeit in der Lehrer_innenfortbildung und nicht zuletzt zahlreiche wissenschaftliche Expertisen und Erkenntnisse aus der Antidiskriminierungsarbeit mit dem Fokus auf Schulen und Hochschulen bestätigt, dass

[5] Inzwischen scheint es auf einen Kompromiss seitens des baden-württembergischen Kultusministeriums hinauszulaufen. Demnach sollen Lehrkräfte künftig eine Alternativlektüre wählen können. https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/kompromissvorschlag-tauben-im-gras-100.html

bei den Lehrkräften notwendige Kompetenzen, in der erforderlichen Breite und Tiefe fehlen, um solche Bücher mit Schüler_innen aufzuarbeiten. Dies ist nicht als pauschale Beurteilung von Pädagog_innen zu verstehen, sondern als Verweis darauf, dass es wichtig wäre, erneut die Lehrer_innenausbildung unter die Lupe zu nehmen, deren Leerstellen nicht durch die Handreichungen des Kultusministeriums für den Umgang mit der Lektüre des Buchs kompensiert werden können. Denn Schule reproduziert durch ihre Normalität, Routinen, Inhalte u.a.m. institutionelle Diskriminierung und rassistische Ordnungen und stellt Differenzen auch her. Und das wissen und beklagen viele Lehrer_innen und Lehramtsstudierende auch.

Wie wäre es denn mit einer ergänzenden Petition von Lehrer_innen der Dominanzkultur, die das Zurückziehen der Pflichtlektüre „Tauben im Gras“ oder die Möglichkeit der Wahl einfordern würden mit der Begründung, sie hätten weder den institutionellen Rahmen noch die Kompetenzen, diesen Roman als Unterrichts- und Prüfungsstoff zu bearbeiten? Dass sie dafür anders ausgebildet werden müssten und Handreichungan nicht reichen würden, um so ein Thema im von Diversität geprägten Klassenraum angemessen zu behandeln. Welche Debatten könnte so eine Petition entfachen?

Über solche Baustellen würde ich gerne anlässlich der Kontroverse über die Tauglichkeit des Romans als Abiturlektüre mit der Bildungsministerin sprechen und streiten und die Lehrere_inennaus- und –fortbildung bzw. die zu erwerbenden Kompetenzen von Lehrkräften erneut zu einem Politikum machen wollen, was auch zentral wäre für die Perspektive diskriminierungsbewusste Schule.

Problematisch erscheint mir aber auch die Eindeutigkeit, mit der oft über Streichungen von Begriffen kontextunabhängig entschieden wird. Die Frage, was verboten gehört ist eine kontrovers diskutierte Frage, die oft kontextunabhängig debattiert wird. In dem 1951 geschriebenen Roman, in dem rassistische Verhältnisse in der Sprache der Nachkriegszeit dargestellt werden, ist der Kontext bei so einer Entscheidung nicht auszublenden. Können wir überhaupt kontextlos und kontextunabhängig darüber sprechen und entscheiden? Geht es nicht viel mehr darum, Erwachsene wie Jugendliche, uns in kontextbewusstem Lesen zu üben und nicht nur reflexartig auf Begriffe, die ohne Zweifel rassistisch sind, mit Streichungen oder Auslassungen zu reagieren? Auch im Kontext von Seminaren in der Hochschule müssen wir als Lehrende oft entscheiden, ob wir z.B. Fanons Texte oder Aussagen Martin Luther Kings ‚redigieren‘ und das N-Wort entfernen sollten - James Baldwins Sprachgebrauch wurde inzwischen in einer Neuauflage - vermeintlich rassismuskritisch - „überarbeitet“. Welches Problem meint man damit lösen zu können und welches implizite Verständnis über Aufgaben von Pädagog_innen bei der Begleitung von Lernprozessen fließt dabei ein?

Wieviel Schutz von potenziell vulnerablen Jugendlichen ist möglich und nötig und ist dieser Schutz durch Verbote und Auslassungen zu erreichen, zumal im Rahmen von Bildungsprozessen, die den Anspruch haben suchend, subjektorientiert, reflexiv, kontextualisierend, nicht widerspruchsfrei etc. zu sein? Oder anders gefragt, welche Priorität hat Schutz im konkreten Kontext und welche anderen Ziele werden dadurch möglicherweise suspendiert?

Geht es überhaupt, sich mit Rassismus zu beschäftigen, ohne rassistische Bilder und Begriffe zu thematisieren, zu analysieren, zu kontextualisieren, die unterschiedlichen Blicke und Betroffenheiten bewusst zu machen und sich auch mit rassistischer Sprache auseinanderzusetzen?

Sicherlich ist jeweils abzuwägen, was wir uns als Pädagog_innen in der Auseinandersetzung mit dem Thema bzw. mit der gelebten Erfahrung Rassismus zumuten können und wollen, wie wir den institutionellen Rahmen und unsere Handlungsspielräume darin einschätzen, wie wir die Lerngruppe bzw. die Einzelnen aber auch die Effekte des eigenen Handelns in hierarchischen Lehr-Lern-Verhältnissen einschätzen, welche Risiken wir in der pädagogischen Arbeit eingehen wollen und können u.a.m.. Insofern gibt es hierfür keine eindeutigen, kontextunabhängigen Antworten oder Vorgehensweisen.

Umso dringender braucht es Diskussions- und Denkräume für die Auseinandersetzungen mit solchen Fragen. Weder der Schlagabtausch im Rahmen von Zeitungsartikeln und

öffentlichen Debatten, die polarisiert geführt werden und zu schnell mit der Keule „cancel culture“ operieren, noch die als unverhandelbar geltende Praxis der Streichung von Begriffen in der pädagogischen Praxis, die in Bildungssettings unter dem Label „rassismuskritisch“ Oberhand gewinnen, sehe ich als geeignete Formen einer (selbst-)reflexiven fachlichen Auseinandersetzung mit solchen Fragen.

Denn die Forderung aus der Petition „den Unterricht zu einem sicheren und rassismusfreien Ort für alle (zu) machen“ scheint mir hinter unsere Erkenntnisse zu fallen. Kann es rassismusfreie Orte in rassistischen Verhältnissen geben? Geht es nicht eher darum, eine fachliche Debatte weiterzuführen, die das Ziel verfolgt, pädagogische Arbeit in rassistischen Verhältnissen zu reflektieren und weiterzuentwickeln trotz und innerhalb rassistischer Verhältnisse und Institutionen?

Solche Fragen ziehen andere weiterführende Fragen nach sich: Wie verstehen wir Empowerment und in welchem (Spannungs-)Verhältnis steht es zu Konzepten des Schutzes? Und darüber hinaus, welche unterschiedlichen Auslegungen von Rassismuskritik begegnen uns in der pädagogischen Praxis in- und außerhalb institutionell bzw. staatlich organisierter Bildung?

Solche Fragen zu stellen, ist riskant. Man kann sich schnell den Vorwurf einhandeln, Rassismus zu relativieren bzw. als ignorant oder weiß eingeordnet und aus der (imaginierten oder auch tatsächlichen) Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden - aus einer Perspektive, die die „richtige“ Rassismuskritik zu vertreten meint.

Das ist ein schwieriges, ja gefährliches Terrain. Umso dringender ist es, dieses Terrain begehbar zu machen. Die Auseinandersetzung mit Fragen, die hier nur angerissen werden konnten, braucht Räume, in denen unfertige Gedanken, Unbehagen, eigene Praxiserfahrungen und theoretische Bezüge aber auch offene Fragen bewegt werden können, eigene Grenzen als solche benannt und respektiert werden ohne moralisierenden Impetus. Das Netzwerk könnte eventuell einen Ort dafür bieten.

Das Problem sind nicht nur die unkontrollierten Affekte!

Ein Kommentar von adis e.V. zur Auszeit von Boris Palmer – Mai 2023/NL 39

Der Tübinger Oberbürgermeister zieht erste Konsequenzen aus der massiven Kritik an seinem Auftritt rund um die umstrittene Frankfurter Migrationskonferenz und kündigt eine Auszeit an. Seine Begründung greift aber deutlich zu kurz und lenkt vom eigentlichen Problem ab.

Er reduziert sein Fehlverhalten auf unkontrollierte Affekte, die er mit seiner Familienbiografie begründet. Das ist respektabel und nachvollziehbar, entbehrt bei seiner gleichzeitigen Empathieverweigerung gegenüber allen von Diskriminierung betroffenen Gruppen nicht einer gewissen Ironie.

Aber es geht um etwas anderes. Das Problem sind eben nicht nur unüberlegte Reaktionen, wenn er sich angegriffen fühlt. Das Problem sind seine wohlüberlegten Positionen, wenn er angreift.

Und selbst wenn er sich dann wieder falsch verstanden fühlt, und sich für die von ihm so nicht beabsichtigte Wirkung entschuldigt, beharrt er gleichzeitig darauf, inhaltlich recht zu haben. Das Problem „Palmer“ ist nicht zuerst eine Frage des richtigen Tons und Timings, nicht eine Frage von fehlender empathischer Kommunikation und Respekt. Das Problem „Palmer“ ist, dass er mit seiner politischen Agenda, die sich immer wieder gegen eine menschenrechtsorientierte Gesellschaft richtet, ganz konkret Schaden anrichtet – persönlichen Schaden und gesellschaftlichen Schaden.

Noch vor einer Woche hat er auf die aufkommenden Rücktrittsforderungen aufgrund seiner Äußerungen nach dem Mord an Basiru Jallow geschrieben: „Früher wurden die zum Rücktritt aufgefordert, die lügen, heute die, die die Wahrheit sagen“. Boris Palmer wird seinem Anspruch „Erst die Fakten, dann die Moral“ aber nicht gerecht, wenn es um die Verteidigung von Menschenrechten und den Schutz von vulnerablen Gruppen vor Stigmatisierung, Ausschluss und Gewalt geht. Er benutzt (immer wieder) die Macht seines Amtes, um mit scheinbaren Fakten obsessiv Gruppen zu stigmatisieren und damit ihre Verletzbarkeit noch zu erhöhen.

Nach dem Mord an Basiru Jallow hat er – ohne jegliche Kenntnis des Tathergangs, des Täters wie des Opfers – reflexhaft einen Zusammenhang mit Drogen hergestellt. Das waren keine Reaktionen im Affekt, niemand hatte ihn provoziert oder angegriffen. Aber es waren eben keine Fakten, sondern eine rassistische Vorverurteilung. Dann veröffentlicht er interne Informationen zum Opfer aus dessen Ausländerakte, um hinterher zugeben zu müssen, dass ein Teil der von ihm leichtfertig hinausposaunten sehr persönlichen Informationen so nicht stimmen.

Die Fakten zum Thema Botanischer Garten und der damit verbundenen Drogenthematik wurden nun am vergangenen Samstag im ganzseitigen Interview des Schwäbischen Tagblatts von einer Runde von Sachverständigen von Aidshilfe, Drogenhilfe, Asylzentrum, Polizei und der ersten Bürgermeisterin präsentiert. Nichts, aber auch gar nichts von Boris Palmers Vorverurteilungen ist übriggeblieben.

Wie wirksam Boris Palmer aber mit diesen von ihm reproduzierten stereotypen Bildern ist, haben wir erlebt, als wir selbst von uns nahestehenden Personen dafür angegriffen wurden, für einen „Drogendealer“ eine Trauerfeier zu organisieren, oder als Menschen in unsere Beratungsstelle kamen und uns deswegen beschimpften.

So funktioniert Diskriminierung. Wiederhole immer wieder die gleiche Geschichte (ob sie stimmt oder nicht), irgendwann bestimmt diese Geschichte das Bild über eine Gruppe so, dass die einzelnen Menschen dahinter nicht mehr sichtbar sind und die Ausschlüsse und Angriffe gegen diese Gruppe legitim erscheinen.

Wenn wir hier von dem „Problem Palmer“ sprechen, dann auch deswegen, weil es nicht um ihn als Person geht. Er kann mit gutem Recht darauf verweisen, dass er genau für diese politische Agenda gewählt worden ist. Von einem Teil der Wähler_innen sicher bewusst aufgrund dieser Agenda, von einem Teil sicher auch trotz dieser Agenda. Aber

keine_r kann sagen, dass es eine Mogelpackung war. Boris Palmer zu wählen, war auch eine Abstimmung dafür, die ständige Herabsetzung von Menschen mit Diskriminierungserfahrung zumindest in Kauf zu nehmen und damit salonfähig zu machen.

Mit der Verharmlosung des Holocausts durch seinen völlig unangebrachten Judensternvergleich ist ohne Frage eine Linie überschritten, die aus gutem Grund eine rote Linie ist. Aber wie viele rote Linien hatte Boris Palmer vorher überschritten, ohne dass es wirklich eng für ihn wurde. Wenn sich nun die politische Öffentlichkeit von ihm abwendet und ihm selbst enge politische Weggefährt_innen die Unterstützung entziehen, so bleibt die Frage, warum dies erst jetzt passiert.

adis e.V. hat wahrscheinlich auch nicht ausreichend, aber immer wieder auf seine für einen Repräsentanten einer Stadt absolut nicht hinnehmbaren ausgrenzenden Äußerungen hingewiesen, beispielsweise zum Thema Racial Profiling ging[6] oder seine ständigen Diffamierungen von Trans*Personen[7]. Wir haben die Stimmen von Menschen veröffentlicht, die von seinen spalterischen Aussagen direkt betroffen sind[8]. Vor der Wahl hat ein adis-Kollege in einem ausführlichen Brief an seine Freund_innen, die überlegen Boris Palmer zu wählen, dargelegt, warum er aufgrund der ständigen Reproduktion von rassistischen und transfeindlichen Klischees als Oberbürgermeister nicht wählbar ist[9].

Der aktuelle Vorfall mit der wiederholten und bewusst provozierenden Verwendung des N-Wortes ist nur ein weiterer Vorfall in einer langen Reihe, die eben nicht deswegen ein Problem ist, weil es ihm rausrutscht, sondern weil er genauso denkt.

Auf der Kundgebung „not in our name – blame rasisms not the victim“[10] am 1. April 2023 forderten Vertreter_innen der gambischen Community von Boris Palmer, dass er als Stadtoberhaupt die Stadtgesellschaft vereinen und nicht spalten und gegeneinander ausspielen solle.

Dieser Aufgabe wird Boris Palmer nicht gerecht.

[6] https://adis-ev.de/publikationen/mediathek/mediathek-racial-profiling-was-tun-video
[7] siehe den Kommentar von adis e.V. https://adis-ev.de/wer-ist-hier-eine-gefahr-fuer-die-demokratie-ein-kommentar-zu-den-aktuellen-aussagen-von-boris-palmer-und-ihren-wirkungen
[8] https://adis-ev.de/publikationen/mediathek/nie-wieder-schon-wieder-tuebinger-stimmen-zu-rassismus oder https://adis-ev.de/publikationen/mediathek/rassismus-in-tuebingen-entwicklungen-engagement-und-visionen
[9] https://www.rassismuskritik-bw.de/?ddownload=1824
[10] Ein Bericht zur Kundgebung: https://adis-ev.de/bericht-von-der-kundgebung-not-in-our-names

Iran Revolution, was können wir in Europa daraus lernen?

Ein Kommentar von Farah Melter zum Kampf der iranischen Frauen - Januar 2023/NL 38

Der Kampf für die Freiheit in Iran hat eine sehr lange Geschichte. Es waren immer wieder als erste die Frauen, die ebenso wie religiöse und nicht religiöse Minderheiten zentrale Zielscheibe der Unterdrückung geworden sind und sich gewehrt haben. Die unterschiedlichen Diskriminierungen, Einschränkungen breiteten sich immer mehr aus hin zur aktuellen totalitären Macht des Regimes hinein in alle Bereiche der Gesellschaft.

Die iranische Bevölkerung hat hautnah erlebt, was passiert, wenn sie die Unterdrückung eines Teils der Gesellschaft ignoriert. Andere Teile, die zunächst davon profitieren, wenn sie nicht betroffen sind, werden als nächste Gruppe benachteiligt. Irgendwann haben die totalitären Kräfte des Staates die Rechte aller Menschen eingeschränkt, egal ob Mann, Frau, Transgender, Jugendliche oder Kinder.

Mit einem historischen Blick können wir verstehen, warum der Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ als Symbol der Revolution und als Widerstand gegen das diktatorische Regime in der gesamten Bevölkerung - sowohl in traditionellen als auch modernen Schichten - gerufen wird.

Im Jahr 1936 wurde in Folge eines Reformprogrammes das Gesetz zum Verbot des Kopftuches der Frauen im Iran beschlossen. So wurden viele religiöse Frauen von der Teilhabe in der Gesellschaft ausgeschlossen. Javad Kermani (der Vater von Navid Kermani), damals acht Jahre alt, erinnert sich: "Meine Tante ist 15 Jahre lang nicht mehr aus dem Haus gegangen. Sie wollte eben ihr Kopftuch nicht abnehmen. Und sie wollte gegen die Zwangsentschleierung protestieren. Eine meiner anderen Tanten ging immer nur nachts, heimlich, mit Kopftuch aus dem Haus."

Immer deutlicher brach der Konflikt zwischen der kleinen westeuropäisch orientierten Oberschicht und der breiten Masse der armen Leute auf, die an den traditionellen religiösen Werten festhielten. Diese Gruppe war 1979 eine der Unterstützer der Revolution in Iran.

Im Jahr 1979 wurde die Regierung von Mohammad Reza Shah Pahlavi durch eine Revolution gestürzt. Diese revolutionäre Bewegung war von Anfang an nicht nur und nicht vor allem eine islamische Bewegung. Die Unterdrückung und Diskriminierung der traditionellen und religiösen islamischen Frauen und Männer führten allerdings dazu, dass das Kopftuch ein Symbol des Widerstands geworden war und auch die Mitglieder der kommunistischen Tudeh-Partei trugen auf Demonstrationen ein Kopftuch.

Im Jahr 1983, vier Jahre nach der Revolution, verabschiedete das Parlament der Islamischen Republik Iran im Strafgesetzbuch, dass Frauen, die nicht den „Hijab“, die religiöse Verschleierung, in der Öffentlichkeit tragen, bestraft werden.

Eine Reportage des Deutschlandfunks aus demselben Jahr berichtete über Männer, die "Tod den Unverschleierten" auf den Straßen skandierten. Und bald regierte der Zwang und die Diskriminierung und die Einschränkung der Rechte der Frauen in einem noch größeren Ausmaß. Das Regime hat überall Kontrolle und Macht ausgeübt. Nirgendwo durften die Menschen ohne die Kontrolle oder Beteiligung der Regierung frei entscheiden. Es gibt nun in jeder Behörde, in Universitäten, Fernsehanstalten, der Wirtschaft, in Kunst und im Kulturbereich Angestellte der Regierung, welche die nahezu absolute Macht haben, alles nach dem Scharia-Gesetz zu kontrollieren.

Die Menschen haben gesehen, dass das Regime mit der Einschränkung der Rechte der Frauen angefangen hat und irgendwann die Einschränkungen und Verbote in allen Bereichen und gegen alle Menschen durchgesetzt hat.

In einer Diskussion auf Twitter habe ich gelesen, dass die Iraner:innen den Beginn der aktuellen Protestbewegung und die Verbrennung der Kopftücher mit der Etablierung des Apartheidsystems vergleichen und analysieren. Als Nelson Mandela sein Ausweisbuch

verbrannte, radikalisierte sich die Anti-Apartheid-Bewegung und umfasste dann die Kritik am gesamten System der Apartheiddiktatur bis zu deren Abschaffung.

In vielen Kommentaren im Iran in der aktuellen Protestbewegung ist die allgemeine Meinung der Menschen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft in einem liberalen System ohne irgendwelche Kleidervorschriften leben sollen. Die meisten von ihnen stimmen nicht mit der Forderung überein, den Hijab im Allgemeinen abzulehnen. Diejenigen, die verschleierte Frauen angreifen und ein entgegengesetztes System des obligatorischen Hijab fordern, werden hingegen abgelehnt. In den Kommentaren steht geschrieben, dass wir Freiheit für alle Religionen und unterschiedliche Glaubensrichtungen sowie eine optionale und keine obligatorische Bedeckung der Haare wollen. Andere Forderungen und Parolen sind: „Wir haben das diktatorische System satt, das eine einzige Gruppe oder nur eine politische und religiöse Schicht Freiheit und Macht hat. Wir wollen ein demokratisches System erreichen, in dem Menschen die Meinung anderer respektieren und niemand und kein Thema ignoriert wird. Frauen Leben Freiheit! Für alle! Nieder mit der Diktatur!“ Die protestierenden Menschen im Iran haben sich für eine neue Regierungsform entschieden. Es gibt kein Zurück mehr!

Zeit, sich solidarisch mit ihnen zu zeigen!

Quellen:

https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag2368.html

Vor 70 Jahren: Kopftuchverbot im Iran

https://www.deutschlandfunk.de/emanzipation-unter-zwang-100.html

Emanzipation unter Zwang

Melter, Farah, Dipl. Filmwissenschaftlerin und Mediengestalterin in Bild- und Ton, Studium der Theater und Dramaturgie, ausgebildet in Kinder- und Jugendpsychologie. Autorin des Buches „Rassis-Mus? Nein Danke, ich bin satt!“.

Dozentin und Fortbildnerin für Medientechnik, Filmemacherin zu diskriminierungskritischen Themen, Vorsitzende der Frauenmedienkooperative e.V.

Seit mehreren Jahren in der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen Feldern der Sozialen Arbeit tätig. E-Mail: fmelter@web.de

Das binäre Denken überwinden

Ein Editorial von Andreas Foitzik zum documenta-Schwerpunkt - Juli 2022/NL 36

Als ich vor mehreren Wochen über das Gelände der documenta 15 ging, war ich fasziniert von dem vielschichtigen Ausdruck von kollektiven Stimmen aus dem globalen Süden. Einige der Kollektive saßen um große Tische im Hinterhof der Ausstellungshallen. Es war sichtbar und spürbar, wie hier eine ganz andere Art, Kunst zu machen, plötzlich mitten in einer der wichtigsten Kunstausstellungen Europas ihren Platz fand. Ich verstehe wenig von Kunst, was ich aber verstand, dass hier ein kultureller Ausdruck sichtbar wurde, der lange aus einer europäischen Perspektive unsichtbar war. Eine spezielle Form der „cancel culture“.

Wenige Tage zuvor war ein Bild abgehängt worden, das mit einer eindeutig antisemitischen Bildsprache mitten am zentralen Platz der documenta stand. Es hätte da nicht stehen dürfen, und es ist richtig, darauf zu reagieren. Und es braucht eine Aufarbeitung, wie es dazu kommen konnte, dass dieses Bild gezeigt wurde. Dabei geht es nicht nur um die nun zu recht kritisierten antisemitischen Inhalte, sondern auch um eine rassistische Bildsprache, die in der Diskussion nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Aber die Diskussion darüber war nicht der Anfang einer Debatte, bei der die Beteiligten voneinander lernen hätten können, sondern es wurde von vielen der große Gegensatz aufgemacht, der seit einigen Jahren in sich wiederholenden Zyklen Stimmen der Antisemitismuskritik und der postkolonialen Kritik in einen unüberwindbaren Gegensatz stellen.

Und so hatte ich beim Gang durch die Documentahallen in dieser allgemeinen Verwirrung auch eine Traurigkeit, was nun wieder alles unsichtbar wurde, was gelohnt hätte, unbefangener wirken zu können. Es hätte gefallen können oder nicht. Verstanden werden oder nicht. Vor allem hätte es dann wirklich kritisierbar sein können.

Das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik steht für mich vor allem für den Versuch, das binäre Denken zu überwinden. Die Idee zu überwinden, dass die Welt einfach zu erklären sei. Dass es eindeutige Standpunkte gäbe. Wir haben das gemeinsame Anliegen, Rassismus und Antisemitismus zu kritisieren, tun dies aber aus einer je unterschiedlichen Involviertheit heraus. Wir sind – auch dies wieder in sehr unterschiedlicher Weise nicht nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems. Und wir versuchen immer mehr zu lernen, Widersprüche auszuhalten und selbst zum Thema zu machen.

Das Anliegen dieses Newsletters ist es, auch in dieser Debatte einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, dass ein Sprechen wieder möglich wird. Dass eine Kritik wieder möglich wird. Dafür haben wir von zwei Kolleginnen, Astrid Messerschmidt und Isabelle Ihring zwei kurze Gastkommentare bekommen. Und wir haben einige Texte zusammengestellt, von denen wir hoffen, dass sie diesem Zwecke dienen. Aber auch diese Auswahl wird Kritik hervorrufen, wir würden uns freuen, wenn es eine Kritik ist, die zum gegenseitigen Verstehen beiträgt.

Antisemitismus und Kunst

Anmerkungen von Astrid Messerschmidt zur documenta fifteen - Juli 2022/NL 36

Nicht erst in ihrer fünfzehnten Ausgabe öffnet sich die documenta künstlerischen Positionen aus dem „globalen Süden“, eine Bezeichnung, die sich der realen Nord-Süd-Hierarchie zu entledigen beansprucht und diese doch nicht loswird. Steckt doch auch in dieser Wortwahl eine Reduktion von Komplexität und eine paternalistische Geste der Freundlichkeit gegenüber dem Teil der Welt, von dessen Ausbeutung viele in Europa profitieren und dessen reale Auswirkungen sich u.a. in den großen Fluchtbewegungen zeigen. Die strukturelle globale Ungleichheit ist weltweit nicht zu übersehen. Doch daraus kann keine Verantwortungslosigkeit abgeleitet werden, so als seien alle, die von dieser Ungleichheit und den damit verbundenen politischen Gewaltverhältnissen betroffen sind, in einer unschuldigen Position. Denn um die Gewährung von Unschuld scheint es mir (neben anderen Aspekten) in dem Konflikt um antisemitische Elemente in der Kunst zu gehen. Schließlich ist Unschuld hierzulande eine begehrte Position, um deren Aufrechterhaltung man sich nach 1945 seit nunmehr vier Generationen bemüht und die es ermöglicht, mit einer verbrecherischen Vergangenheit abzuschließen und keine Verantwortung für deren Folgen übernehmen zu müssen.

Dieser Abschluss wird neuerdings vermehrt von unerwarteter Seite beansprucht. Nicht mehr nur die üblichen alt- und neo-nationalistischen Kreise sympathisieren mit einem Schlussstrich, sondern diejenigen, die sich nun den Folgen des Kolonialismus zuwenden wollen und offensichtlich glauben, dafür eine Abwendung von der Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus zu benötigen. Schon länger kommt es in Teilen der politischen Bildung und in akademischen Debatten zu Konfrontationen zwischen postkolonialer Rassismuskritik auf der einen Seite und postnationalsozialistischer Antisemitismuskritik auf der anderen Seite. Beide Themenkomplexe werden in ein Konkurrenzverhältnis gebracht. Dabei wird die verspätete Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte im deutschsprachigen Kontext für eine erinnerungspolitische Revision genutzt.

Dass nun ein altes, europäisches, antisemitisches Motiv aus der Geschichte des christlichen Antijudaismus auf einem Kunstwerk einer indonesischen Künstlergruppe abgebildet ist, kann nur im ersten Moment erstaunen. Antisemitische Motive stehen schon lange global zur Verfügung. Sie werden aufgegriffen, weil die ideologische Struktur des Antisemitismus eine Täterfigur anbietet, auf die sich vieles projizieren lässt, was mit erfahrener Ungerechtigkeit und Ausbeutung in Verbindung steht. Diese Figur wird an verschiedenen Orten der Welt angeeignet, in diesem Fall mit einer mittelalterlichen europäischen Bildsprache, bei der die Künstler:innen offensichtlich davon ausgehen konnten, dass sie auch im indonesischen Kontext verstanden wird. Deshalb kann es hier keineswegs darum gehen, Respekt für unterschiedliche Erfahrungsräume aufzubringen. Die Globalisierung ermöglicht offensichtlich die weltweite Vermittlung antisemitischer Motive, selbst wenn diese aus der christlichen Judenfeindschaft kommen. Wenn wir uns global als verantwortungsfähige Subjekte ernstnehmen wollen, dann sollten wir auch Künstler:innen weltweit zutrauen, ihre Kunst bewusst zu gestalten. Deshalb geht es hier weniger um Sensibilität, sondern um Intellektualität oder einfach darum, geschichtsbewusst zu denken und zu handeln. Im Kontext internationaler Kunstpräsentationen ist kuratorische Verantwortung zu übernehmen für die Botschaften der Kunstwerke und für deren Kontextualisierung.

Der Historiker Volker Weiß hat kürzlich im Zusammenhang der documenta-Debatte darauf hingewiesen, „dass der Antisemitismus seine Dynamik gerade mit sozialer Demagogie gewinnt“[11] und dafür ökonomische Problemlagen nutzt. Die ideologische Struktur des Antisemitismus bietet eine Täterfigur an, die in heutigen Gerechtigkeitsdebatten eingesetzt wird. Für Teile des antirassistischen Aktivismus wird diese Täterfigur mit dem Staat Israel identifiziert oder mit dem Jüdischen als Figuration

[11] „Antisemitismus und Kitsch“, Süddeutsche Zeitung Nr. 143, S. 11.

von unrechtmäßigem Reichtum. Der Gewinn liegt in der Entlastung der eigenen Position. Die strukturelle Mitverantwortung für die globalen Ungleichheitsverhältnisse kann auf eine von sich selbst abgrenzbare und fremd wirkende Täterfigur projiziert werden.

Das Bewusstsein für die Geschichte und Wirkung der Shoah ist keine spezifisch deutsche Angelegenheit und konnte hierzulande nur durch das Engagement der Überlebenden gegen große Widerstände und viel Erinnerungsabwehr institutionalisiert werden. In einer globalisierten Welt kann von allen erwartet werden, die in der Öffentlichkeit stehen und sich öffentlich äußern, über ein Grundwissen hinsichtlich des Massenmordes an den europäischen Juden und Jüdinnen und der diesem zugrunde liegenden Vernichtungsabsicht zu verfügen.

Wie heute Verantwortung zu übernehmen ist für die Folgen von Nationalsozialismus und Kolonialismus, ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Sie sollte nicht mit Kälte und Erinnerungsabwehr beantwortet werden. Vielmehr ist nach Formen zu suchen, die Spuren beider Geschichtszusammenhänge in der Gegenwart erkennbar machen und dabei die ideologischen Bestandteile von Rassismus und Antisemitismus verdeutlichen.

Globale Erinnerungskultur – (Wie) Kann das gelingen?

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zur Documenta-Debatte: Juli 2022/NL 36

Geht es um den Wunsch nach mehr Anerkennung der durch Rassismus legitimierten Gewalt, Unterwerfung, Ausbeutung und Ermordung ganzer Menschengruppen durch Kolonialmächte, wird es in Deutschland zunehmend schwieriger zu sprechen. Diejenigen, die sich für die Erinnerung an koloniale Verbrechen einsetzen, werden schnell mit dem Vorwurf konfrontiert sie würden mit dieser Forderung, die Erinnerung an den Holocaust schmälern. Doch schmälert es das Erinnern an den Holocaust, wenn weiteren Gewaltverbrechen und Genoziden gedacht wird? Oder ist es nicht vielleicht auch so, wie es Michael Rothberg in seinem Buch „Multidirektionale Erinnerung“ schreibt, dass öffentliches Erinnern nicht durch „die Logik des Nullsummenspiels bestimmt ist“, sondern „ein Konflikt um Erinnerung […] mehr Erinnerung [produziert], nicht weniger“ (Rothberg 2021:11)? Ein Zusammenbringen der Erinnerungen und dem damit verbundenen Leiden kann auch Verbundenheit und Solidarität zur Folge haben, statt Spaltung und Konkurrenz. Angesichts zunehmender Globalisierung und der Tatsache, dass in Deutschland immer schon Menschen leben, die auch andere für sie bedeutende Erinnerungen an Diskriminierung, Entmenschlichung und Ermordung haben, stellen sich immer lauter die Fragen: Welche Verbrechen dürfen in welcher Form erinnert werden? Für welche Leidenserfahrung wird Empathie aufgebracht? Für welche weniger und warum?

Ich möchte in diesem Zusammenhang Bezug nehmen auf das jüngst erschienene Buch der Journalistin Charlotte Wiedemann „Den Schmerz der Anderen begreifen“ (Berlin 2022). Sie findet eine präzise und zugängliche Sprache – entgegen der derzeitigen Engführung der Erinnerungspolitik – die Welt als Ganzes zu begreifen und für ein Ende der Hierarchisierung von Leidenserfahrungen einzustehen. Sie fragt, wie *„weißes* Geschichtsdenken“ (Wiedemann 2022:9) überwunden werden kann und reflektiert immer wieder die Frage nach Empathie(un-)fähigkeit. Gewaltverbrechen und Genozide aus unterschiedlichen Regionen der Welt werden differenziert und sehr sensibel aufgegriffen und aufgezeigt, wie tief die Leiderfahrungen der Hinterbliebenen sind und sich über Generationen hinweg eingebrannt haben – besonders da, wo sie auf Nichterinnernwollen, Verdrängung oder Abwertung treffen. Es wird deutlich, wie viel Kampf es für Minderheiten bedeutet sich „gegen die Macht des Verschweigens und Verdrängens“ (ebd., 2022:12) zu stellen, um eine Erinnerungskultur zu etablieren.

Angesichts kolonialer Verbrechen und den daraus erwachsenen kolonialen Kontinuitäten, die bis heute das Verhältnis zwischen vermeintlich ‚zivilisierter‘ Welt und ‚dem Rest‘ kennzeichnen, wäre ein Erinnern an die Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen von großer Bedeutung. Momentan handelt es sich eher, wie Wiedemann schreibt, um ein Erinnern, das „mit dezentem Widerwillen“ hinnimmt, dass diese Ereignisse geschehen sind, doch ist es „kaltes Wissen, das den Blick nicht auf das Eigene richten möchte, auf unser Gewordensein, unsere Denkungsart“ (ebd. 2022:167). Die jüngsten Beispiele wie die Pandemie, aber auch der Krieg in der Ukraine, haben einmal mehr gezeigt, dass bestimmte Menschengruppen als schützenswerter wahrgenommen werden als andere, mit manchen mehr Empathie möglich ist, mit anderen weniger. Doch langsam bröckelt das, was Wiedemann als *„weiße* Immunität“ (ebd. 2022:54) bezeichnet, womit sie zum Ausdruck bringt, dass es ehemaligen Kolonialmächten gelungen ist, sich zu entziehen und damit straflos davonzukommen. Es scheint die Zeit gekommen zu sein, auch andere Leiderfahrungen ohne Hierarchisierung anzuerkennen, was zu mehr globaler Gerechtigkeit und Solidarität beitragen kann. Die Errichtung eines „Weltgedächtnisses“ (vgl. Wiedemann 2022) ist natürlich kein leichtes Unterfangen, sondern ein komplexer Aushandlungsprozess, „ein tastender Prozess, in dem es Fehltritte, Umwege und Irrtümer geben darf“ (ebd., 2022:175). Aus meiner Sicht dennoch lohnenswert.

Der Krieg in der Ukraine ist auch eine pädagogische Herausforderung - Erste Fragen aus einer rassismuskritischen Perspektive

Ein Text der Regionalgruppe Tübingen des Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik - April 2022/NL 35

Der Krieg gegen die Ukraine bringt wieder eine extreme Form von Gewalt nach Europa. Nicht dass es nicht durchgängig schreckliche Kriege gab und gibt. Doch sind die Kriege in Syrien, Afghanistan, Jemen, Sudan immer mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Auch in der pädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis haben sie – wenn überhaupt – nur vorübergehend Aufmerksamkeit erlangt. Auch bei dem Thema Flucht hatte sich für viele in den letzten Jahren eher eine Routine eingestellt. Die staatliche Abschottungspolitik hat dazu beigetragen, dass immer weniger Menschen aus den Krisengebieten hier Zuflucht finden konnten.

Jetzt ist mit dem Krieg in der Ukraine auch die Betroffenheit wieder näher gerückt. Viele sind erschüttert, bei Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern zeigen sich Verunsicherung und Ängste. Damit entstehen auch für die pädagogische und sozialarbeiterische Arbeit Fragen und Herausforderungen.

In der Tübinger Regionalgruppe des Netzwerks hatten wir dazu bei einem Treffen einen ersten Austausch. Es ging uns zuerst darum, Fragen zu stellen. Fragen, die uns beschäftigen und Fragen, die uns beschäftigen sollten. Dabei haben wir immer in zwei Richtungen gedacht. Wie sind wir als Fachkräfte selbst betroffen, bei welchen Themen sind wir unsicher und suchen noch eine klare Positionierung? Und wie sind die von uns betreuten Kinder, Jugendlichen und Familien betroffen? Wo tauchen neue Themen, Bedürfnisse und Konflikte auf, worauf sollten wir vorbereitet sein und was sollten wir in der aktuellen Situation anbieten?

Unterschiedlicher Umgang mit ukrainischen und anderen Geflüchteten

Ukrainische Geflüchtete erfahren umfassende Hilfe und eine rechtliche Sonderstellung in Deutschland. Die vielfältige staatliche und private Unterstützung ukrainischer Geflüchteter ist vorbildlich. Insbesondere ihre rechtliche Anerkennung gibt ihnen einen sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Damit sind sie deutlich bessergestellt im Vergleich zu anderen Geflüchtetengruppen, die nicht aus Europa kommen. Die zwar zugesagtem dann aber nur teilweise erfolgte unkomplizierte Aufnahme für afghanische Menschen, die mit den deutschen Truppen kooperiert haben, stellt hier nur die Spitze des Eisbergs dar. Unzählige Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, wollen nach Europa, einige sind an der belarussisch-polnischen Grenze erfroren, viele sind an dieser Grenze gescheitert und wurden Opfer von push-backs. Von den unzähligen Toten im Mittelmeer ganz zu schweigen.

Aber auch bei Geflüchteten aus der Ukraine gab es an der Grenze ein Racial Profiling. Während weiße Geflüchtete ungehindert passieren konnten, wurden Schwarze Geflüchtete aussortiert und aufgehalten.

Kinder und Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendhilfe betreut werden oder Schulen besuchen aber auch Geflüchtete in Unterkünften erleben diese Ungleichbehandlung unmittelbar. Während ihr rechtlicher Status häufig auf unsicherer Duldung basiert und ihre Familien nicht nachziehen können, scheint hier nun plötzlich alles möglich. Und zwar schnell und relativ unbürokratisch. Auch ehrenamtliche Geflüchtetenhelfer_innen, die sich seit langem um Verbesserungen der Situation der von ihnen betreuten Geflüchteten kümmern, und nicht oder nur mühsam vorangekommen sind, sind erstaunt - und manche auch rückblickend frustriert.

Nehmen wir Fachkräfte das wahr und wenn ja, wo und wie, und was löst es in uns aus? Gibt es in unserem Arbeitsumfeld Möglichkeiten die Situation zu thematisieren und Raum für die Suche nach guten Lösungen im Umgang damit? Wie gelingt es uns Fachkräften,

die solidarische Unterstützung ukrainischer Geflüchteter angesichts des Frustes wegen der offensichtlich rassistischen Unterscheidung zu anderen Geflüchteten unterstützen nicht abzuwerten? Wie gelingt es dem Opfergruppen-Ranking zu entgehen?

Nehmen Geflüchtete die Ungleichbehandlung war? Gibt es in der Arbeit mit Geflüchteten Möglichkeiten die Ungleichbehandlung zu thematisieren? Finden wir Sprache/ Erklärungen dafür? Welche Gefühlsreaktionen erleben wir und welche Resonanz erzeugen sie? Welche Strategien entwickeln Geflüchtete im Umgang mit der Ungleichbehandlung?

Sorge vor „Vergessen“ weiterer marginalisierter Gruppen

Viele weitere Menschen leben in Deutschland in prekären Verhältnissen, finden z.B. keinen angemessenen Wohnraum. Die Sorge angesichts eines großen neu entstandenen Bedarfs weniger zu bekommen, in den Hintergrund zu rücken oder gar vergessen zu werden, kann schnell entstehen.

Erlebe ich in meinem Arbeitsumfeld ein „Hilfs- oder Bedürftigkeitsranking“? Wenn ja, kann ich es thematisieren und nach Lösungen suchen? Erlebe ich die Sorge vor dem Vergessenwerden bei marginalisierten Personen und Gruppen? Welche Gefühle werden spürbar, welche Strategien werden sichtbar?

Antislawischer/antirussischer Rassismus

Es ist erstaunlich, wie schnell antirussische Klischees in den letzten Wochen reaktivierbar waren. Sie knüpfen an in Deutschland seit mindestens dem Zweiten Weltkrieg verankerte Vorurteile und negative Bilder über Russland und russische Menschen. Aktuell erleben Menschen, die irgendwie als "russisch" identifiziert werden, diese Klischees, Zuschreibungen, Diskriminierungen und immer öfter auch gewaltvollen Übergriffe. Scharf kontrastiert werden dagegen Bilder von Menschen aus der Ukraine, die bis vor kurzem noch Zielscheibe derselben Projektionen waren.

In welchen historischen Kontinuitäten und Brüchen stehen die jetzt reaktivierten Bilder? Was hat dies mit eigenen Familiengeschichten zu tun? Wie können Kinder und Jugendliche begleitet werden, die von diesen negativen Zuschreibungen und daraus resultierenden Anfeindungen betroffen sind? Wie sähe eine Parteilichkeit auf Seiten der pädagogisch Handelnden in diesem Fall aus? Wie können russisch gelesene Kinder und Jugendliche vor Übergriffen geschützt werden?

Konflikte in einer neu polarisierten Gesellschaft

Nicht nur diese neuen Unterscheidungen zwischen ukrainisch = gut und russisch = böse stellen Schulklassen, Jugendhäusern, Wohngruppen oder Familien vor neue Polarisierungen. Auch die mediale Dauerberieselung mit der Kriegsrhetorik stellt Kinder, Jugendliche und alle, die mit ihnen zu tun haben, vor die Frage der persönlichen Positionierung. Gleichzeitig werden komplexe soziale Beziehungen, die diese Positionierungen nicht notwendig machten, marginalisiert: vielfältige Familien- und Freundschaftsbeziehungen über die jetzt neu stark gemachten "ethnischen" Grenzen zwischen Ukrainer_innen und Russ_innen hinweg werden abgewertet zugunsten einer Polarisierung "Freund-Feind".

Wie können Fachkräfte in Erziehung und Bildung damit angemessen umgehen? Wie sich gegen die Polarisierung und die "Freund-Feind"-Schemata wehren oder eventuelle Konflikte zwischen russischen und ukrainischen Jugendlichen moderieren?

Untergräbt die (fast) unwidersprochene Militarisierung pädagogische Ansätze von Konfliktlösung?

Der jahrelange Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ist eskaliert bis zur flächendeckenden militärischen Auseinandersetzung, dem Krieg. Gespräche (Diplomatie) haben keine Lösung gebracht, die beide Seiten akzeptieren können. Wir erleben eine humanitäre Katastrophe: menschliches Leid, viele Tote und Verletzte und viel Zerstörung.

Die militärische Auseinandersetzung wird von außen, der EU und USA unterstützt mit Waffenlieferungen. Die deutsche Bundesregierung ändert tiefgreifend ihre Strategie und Haltung: Waffen werden in Kriegsgebiete geliefert und mit einem „Sondervermögen“ eine deutliche Aufrüstung angestrebt. Eine allgemeine Wehrpflicht wird vereinzelt wieder

diskutiert. Militärische Verteidigungsbereitschaft und Abschreckung erscheinen alternativlos. Formen zivilen Widerstands bzw. Ungehorsams werden vereinzelt angewandt in der Ukraine, haben aber keine starke Lobby. Die öffentliche Diskussion in Deutschland und Europa ist von militärischen Sicherheitsaspekten dominiert.

Wie erleben das Kinder und Jugendliche? Wie wird der Krieg in ihren Familien besprochen? Wie kann sich Pädagogik als Ort des fairen Streitens, als „brave space“ einbringen? Schwächt oder stärkt das Denken in Freund-Feind-Kategorien pädagogische Ansätze, die Verständigung und (konstruktive) Konfliktlösungen bevorzugen?

Wie können wir Soziale Verteidigung als Alternative stark machen, ohne dass damit die Nöte der ukrainischen Adressat_innen, die ihre Familien im Bombenhagel wissen, bagatellisiert werden? Wie können andere Konfliktlösungs- und Verteidigungsoptionen mittelfristig in Schulcurricula verankert werden?

Renaissance des männlichen Heldentums

Männer zwischen 18 und 60 dürfen die Ukraine nicht mehr verlassen, außer es gehören 4 Kinder zu Ihrer Familie. Sie werden eingeteilt zur militärischen Verteidigung oder zum Zivilschutz. Gezeigt werden: Männer liegen in Schützengräben, Frauen bauen Molotowcocktails, stellen Energieriegel für die Soldaten her und stellen sich unbewaffnet russischen Panzern in den Weg. Männer aus Belarus fliehen aus Sorge, zeitnah ebenfalls in den Krieg ziehen zu müssen.

Mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine und mit den Bildern und Nachrichten über diesen Krieg werden auch in der deutschen Öffentlichkeit erneut überkommen geglaubte Genderrollenbilder aufgerufen. Insbesondere Bilder des männlichen Heldentums, in denen Denkmuster von „Kampfbereitschaft“, „Sieg“ und „Sterben für die Freiheit“ reproduziert und erneuert werden.

Was in diesen Diskursen weniger sichtbar ist, sind die Ängste der Männer vor dem Krieg, die männliche Zerbrechlichkeit in Anbetracht der Waffengewalt, den Schmerz der Männer* von ihren Familien getrennt zu werden. Es fehlt der offene Diskurs über mögliche Alternativen und Gegenpositionen, über die Möglichkeit der Verweigerung eines „Märtyrertums“.

Wie wirken die Bilder und Narrative auf mich selbst? Was machen die medial vermittelten Narrative auch mit meinen eigenen geschlechtlichen Rollenbildern? Welche Haltung habe ich zu diesem Krieg und der gewalttätigen Form der Konfliktbearbeitung als scheinbar einzige mögliche Lösung?

Wie erleben das Mädchen und Jungen? Welche Facetten dieses Krieges bekommen sie mit? Wie bewerten sie, was sie sehen und was in ihren Familien besprochen wird? Entsteht ein Bild heldenhafter, kriegerischer Männlichkeit beim Kampf um Leben und Tod? Oder ist die militärische Verteidigung auch Aufgabe von Frauen und Männern, mit unterschiedlichen Inhalten und Gewichtung? Wie stehen Jungen und Mädchen dazu? Welche Ängste beschäftigen die Jugendlichen in diesem Zusammenhang? Welche Gegenpositionen, welche alternativen Gender-Rollenbilder können wir ihnen im pädagogischen Alltag anbieten?

Vielleicht ist dies keine Antwort auf große gesellschaftliche Fragen

Ein Editorial von Andreas Foitzik zum Corona-Schwerpunkt - Dezember 2021/ NL 34

„Ist die Ausgrenzung von Ungeimpften nicht auch Diskriminierung?“ Diese Frage wird uns gerade immer wieder gestellt. Von Schulsozialarbeiter_innen, von Personalrät_innen, von Kolleg_innen, allesamt der Coronaleugnung völlig unverdächtig. „Wird hier nicht, so definiert ihr doch Diskriminierung, eine Gruppe zu einer Gruppe gemacht, mit negativen Bildern belegt und systematisch benachteiligt?“.

Aus einer juristischen Perspektive ist die Antwort relativ einfach. Zum einen schützt der Diskriminierungsschutz des AGG nur die dort definierten Gruppen. Eine Ungleichbehandlung ist demnach eine Diskriminierung, wenn sie auf Zuschreibungen oder Zugehörigkeiten beruht, die Bestandteil gesellschaftlich relevanter Ungleichheitsstrukturen sind, die systematisch zu Benachteiligung führen, zentrale Persönlichkeitsmerkmale betreffen und auch von den Personen nur schwer oder gar nicht veränderbar sind. Auch erlaubt das AGG Ungleichbehandlung selbst dieser Gruppen, wenn es einen rechtfertigenden Sachgrund gibt. Angesichts der eminenten Bedrohung durch die Pandemie sollten wir uns einig sein, dass hier Ungleichbehandlungen gerecht fertig sind, um andere vulnerablen Gruppen zu schützen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kommt in ihrer aktuellen Expertise (in diesem Newsletter) dann auch zu dem Ergebnis, dass nur bei bestimmten Gruppen Ungleichbehandlung von Ungeimpften als Diskriminierung zu werten wäre.

Aber können wir uns hier aus einer diskriminierungskritischen Perspektive auf eine rein juristische Betrachtung zurückziehen und dann schweigen? Müssten wir nicht trotzdem intervenieren, wenn in Unternehmen, Geimpfte und Ungeimpfte durch verschiedene Eingänge eingelassen werden? Wenn infizierte ungeimpfte Bekannte, sich nicht mehr den Notarzt rufen trauen, weil sie sich den Schuldzuschreibungen nicht aussetzen wollen? Wenn durch Teams, Schulklassen, Kollegien immer mehr Risse gehen, in denen Kommunikation kaum mehr möglich ist?

Wissen wir nicht um die „Gefahren einer einzigen Geschichte“ (Chimamanda Ngozi Adichie)? Wissen wir nicht darum, wie gewaltvoll es sein kann, wenn Gruppen zu Gruppen gemacht werden, wenn darin Menschen reduziert werden auf einen Aspekt dessen, was sie ausmacht, wenn dann je individuelle Beweggründe keine Rolle mehr spielen, weil das Bild schon die Antwort liefert auf Fragen, die dann gar nicht mehr gestellt werden müssen? Wissen wir nicht, dass das Leben nicht binär ist. Dass solch grobe Einteilungen in die einen, die ein Teil der Lösung, und die anderen, die das Problem sind, nicht nur falsch, sondern gefährlich sind?

Ja, es ist kaum auszuhalten, dass in den Intensivstationen die Kolleg_innen weit über die Belastungsgrenze hinaus überfordert sind und es womöglich bald zu Triage-Situationen kommt. Dass viele Menschen einfach nur Angst haben vor einer Wiederholung des letzten Winters mit langer Einsamkeit, viel zu engen Lebensverhältnissen, kaum mehr bewältigbaren familiären Situationen und vieles mehr. Und ja, wir brauchen eine höhere Impfquote.

Aber würden wir die nicht viel eher erreichen, wenn wir gemeinsam und über die Grenzen von Geimpften und Ungeimpften hinweg an einer solidarischen Idee eines verantwortlichen Umgangs mit der Pandemie arbeiten. Wenn wir als gemeinsames Ziel definieren, vulnerable Gruppen zu schützen. Wenn wir anerkennen, dass es individuelle Gründe gibt, die wir nicht im Einzelnen verstehen müssen, um sie anerkennen zu können. Wenn wir dann unsere Umgebung nicht mehr in Geimpfte und Ungeimpfte trennen, sondern in die, die verantwortlich verhalten und die, die dies nicht tun. Impfen ist eine Möglichkeit, vermutlich die einfachste und wirksamste. Aber Geimpfte, die sich sicher fühlen und keine weitere Rücksicht nehmen, sind womöglich die größere Gefahr als Ungeimpfte, die sich und andere anderweitig schützen. Auf einer Basis gegenseitiger Anerkennung von Ängsten und Bedenken ließe sich dann auch wieder anders streiten,

ohne die Sorge haben zu müssen, dass alleine eine Nachfrage angesichts des gewaltvollen gesellschaftlichen Sprechens über das Thema die Kommunikation und Beziehung gefährdet. Dies führt zu dem Schweigen in einer Situation, in der wir angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen wie individuellen Zerbrechlichkeit (siehe den Gastkommentar von María do Mar Castro Varela in diesem Newsletter) miteinander gegenseitig liebevoll und zugewandt umgehen sollten.

Vielleicht ist dies keine Antwort auf große gesellschaftliche Fragen. Aber wir könnten an den Orten, an denen wir zusammenkommen, in Teams, Kollegien, Vereinen, Gruppen beginnen, einen anderen, einen solidarischen Umgang miteinander wiederzugewinnen. Vielleicht würde dies auch ermöglichen, dass wir wieder mehr in der Lage wären, die Menschen empathisch wahrzunehmen, die in ganz anders existentiell bedrohlichen Situationen sind.

Anne Jung weist in ihrem Gastkommentar auf die Menschen im globalen Süden hin, denen der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und aktuell konkret zu einer Impfung aus Profitinteressen der reichen Länder vorenthalten werden. Die von ihr beschriebene Aktion „Impfsoli“ könnte eine Antwort sein, mit positiver Energie für den globalen Zugang zum Impfen zu werben, dabei auch in dieser Gesellschaft fürs Impfen zu werben, statt mit einer negativen, toxischen Energie sich an „Ungeimpften“ abzuarbeiten.

(…) Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den bei Anne Jung und María do Mar Castro Varela für ihre Kommentare und wünschen euch allen, dass ihr wohlbehalten und gut durch diesen Winter kommt. Bleibt solidarisch und passt aufeinander auf.

Chronik eines globalen Versagens

Ein Kommentar von Anne Jung zur globalen Impfgerechtigkeit: Dezember 2021/NL 34

In diesen Wochen feiert das Covid-19-Virus seinen zweiten Geburtstag, gerade in Gestalt der neuen Variante Omikron. Von Beginn an fand das Virus beste Voraussetzungen, um sich weltweit zu verbreiten.

Bereits die Frühwarnsysteme versagten. Weil die chinesische Regierung die Weltgesundheitsorganisation WHO viel zu spät informierte und Mediziner:innen den Mund verbot, die vor dem neuen Coronavirus warnten, konnte sich dieses leicht ausbreiten. Im Gepäck internationaler Reisetätigkeiten und durch die konsequente Weigerung Europas und der USA, rasche Gegenmaßnahmen zu ergreifen – Wahlkampfveranstaltungen, der Karneval oder Parties in Ischgl schienen wichtiger zu sein – sprang es in rasanter Geschwindigkeit von Kontinent zu Kontinent. Die maroden Gesundheitssysteme vieler Länder und nationalistische Politiken trugen ihren Teil dazu bei. Bei seiner Verbreitung traf das Virus auf Weltverhältnisse, die aus einer Pandemie eine Polypandemie machten. Schon bevor es die ersten Länder des globalen Südens erreichte, verloren Millionen Menschen ihre Jobs. Nachdem zum Beispiel H&M, Mango und Co. Lieferverträge angesichts von Lockdowns gekündigt hatten, standen Näher:innen der globalisierten Textilindustrie in Bangladesch und Pakistan vor verschlossenen Fabriktoren, ohne Sozialversicherung oder Rücklagen. Auch die Folgen für andere gesundheitliche Felder sind dramatisch. Indem etwa globale Behandlungsprogramme gegen Krankheiten wie Tuberkulose und HIV durch die Pandemie wesentlich eingeschränkt wurden, grassieren diese wie selten zuvor. Die Polypandemie hat millionenfache Insolvenzen erzeugt, Wirtschaftskrisen ausgelöst und vielerorts die Ernährungsunsicherheit verschärft. Weltweit leiden heute 811 Millionen Menschen an chronischem Hunger – das ist jeder Zehnte.

Von Anfang an war klar, dass die Pandemie erst dann vorbei sein wird, wenn sie für alle vorbei ist. So beschworen neben Kanzlerin Angela Merkel und EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen viele Machthaber:innen Europas immer wieder die Bedeutung globaler Solidarität und Verantwortung. Ihr Handeln aber sah anders aus. Immer dann, wenn es ans Eingemachte ging, wogen Eigeninteressen sehr viel mehr als jeglicher Gemeinsinn. Einige Beispiele aus der Chronologie eines Systemversagens.

Um dem Virus Einhalt zu bieten, machte die Weltgesundheitsorganisation im Mai 2020 den von der Idee globaler Solidarität getragenen Vorschlag eines „Covid-19 Technologie-Zugangspools (C-TAP)“. Die Idee: In dem C-TAP sollten Entwickler:innen von Covid-19-Therapeutika, -Diagnostika, -Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten ihr Wissen, ihre Daten und damit ihr geistiges Eigentum teilen. Mit einer solchen Transparenz wäre die Pandemie weltweit schneller, gerechter und sicherlich erfolgreicher zu bekämpfen. Doch nichts geschah. Vor allem die Industrienationen, in denen große Pharmaunternehmen ansässig sind, verweigerten dem Ansatz die Unterstützung und desavouierten damit zugleich die WHO als zentralen Akteur einer global koordinierten Pandemiebekämpfung.

Nach dieser Erfahrung wandten sich Südafrika und Indien mit einer Initiative nun an die Welthandelsorganisation (WTO): Gebraucht werde eine global vereinbarte Verzichtserklärung auf Rechte des geistigen Eigentums für alle Covid-19-Medizinprodukte in der Zeit der Pandemie, ein sogenannter Waiver für eine vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes. Eine solche Ausnahmegenehmigung angesichts der größten globalen Gesundheitskrise seit 100 Jahren hätte die Produktionskapazitäten dezentral vervielfachen und dadurch massiv beschleunigen können. Auch die Versorgung mit dringend notwendigen Diagnostika, Therapeutika und Medizinprodukte würde damit nicht mehr nur von wenigen Pharmakonzernen kommerzialisiert und kontrolliert, sondern viel breiter aufgestellt. Doch auch dieser Antrag wurde von Industrienationen abgelehnt. Wieder war Deutschland eine der treibenden Kräfte.

Es ist unübersehbar: Die Pandemie legt die politischen Arrangements neoliberaler Globalisierung offen. Um die kapitalistische Profiterzeugung unangetastet zu lassen, wird die Verlängerung der Coronakrise mit Millionen Toten billigend in Kauf genommen. Die Industrienationen haben die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass die Pharmaindustrie entscheiden kann, wer Zugang zum Impfstoff hat und wer nicht. Sie haben die Gesundheit dem Markt ausgeliefert. Darin schreibt sich fort, was seit Jahrzehnten als neoliberale Ausrichtung von Ökonomie und Politik betrieben wird: Das öffentliche Gesundheitswesen wird im Sinne privatwirtschaftlicher Profitlogiken ausgehöhlt und umgebaut, die gesundheitliche Vorsorge zur Verantwortung des Einzelnen gemacht.

Die fehlende Bereitschaft zu solidarischem und epidemiologisch vernünftigem Handeln hat dazu geführt, dass die Coronakrise immer größerer Verwüstungen anrichtet und Ungleichheiten zunehmen. Aufgrund der künstlichen Verknappung der Produktion fehlen aktuell drei Milliarden Impfdosen. Und sie fehlen dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den Staaten mit den schwächsten Gesundheitssystemen. Nur ein sehr kleiner Teil der weltweit bislang verabreichten Impfdosen ist im globalen Süden gespritzt worden. Ein Blick auf die globale Impfkarte legt die eklatante Ungleichheiten offen. Hierzu trägt auch das weitgehende Scheitern der bei der WHO angedockte Initiative Covax bei. Als klassisches Projekt privat-öffentlicher Zusammenarbeit sollte Covax auf weitgehend freiwilliger Basis Impfdosen erhalten, ihre Verteilung organisieren und dadurch einen weltweit gleichmäßigen Zugang gewährleisten. Doch sowohl die Industrienationen wie auch die Pharmaindustrie hatten bislang nur Brosamen für die Initiative übrig. So hat Big Pharma gerade einmal ein Prozent der anvisierten Summe beigesteuert – während die Gewinnspanne der großen Konzerne alleine mit den Covid-Impfstoffen in diesem zweiten Pandemiejahr wohl die 50 Milliarden Euro Grenze erreichen wird. Covax ist also nicht nur mit der Umverteilung gescheitert. Der ganze Ansatz hält arme Länder in Abhängigkeit von den Industrienationen und eröffnet keine Perspektive für strukturelle Veränderungen. Es ist ein Ansatz, in dem das Recht durch freiwillige Hilfe ersetzt ist.

Die Beispiele zeigen, dass die Pharmaindustrie die Monopolisierung von Wissen, Produktion und Gewinn mit Zähnen und Klauen verteidigt. Als Argument führt sie unter anderem an, der globale Süden sei gar nicht in der Lage, den Impfstoff herzustellen. Das ist schlichtweg falsch. In vielen Länder des Südens werden seit langem hochprofessionell Impfstoffe hergestellt. Bangladesch, Senegal, Kuba, Argentinien, Brasilien oder Pakistan – die Liste ließe sich fortsetzen. Andere könnten binnen weniger Monate einsteigen. Es liegt also nicht am Können. Es liegt am Dürfen und damit am politischen Willen.

Krisen, die den Atem rauben

Die Virusvariante Omikron zeigt erneut die existentielle Notwendigkeit einer global verankerten Strategie. Und doch geschieht wieder das genaue Gegenteil: Südafrika hat die Mutation entdeckt und die Welt informiert– und wird mit asymmetrischen Reisebeschränkungen bestraft. Die Isolation des südlichen Afrikas wurde durchgesetzt, obwohl die Infektionszahlen dort viel niedriger sind als in Europa und im Wissen darum, wie schwer die Maßnahmen die Länder wirtschaftlich treffen. All das aber ignorieren die europäischen Regierungen in dem Bemühen, sich als zupackende und verantwortungsvolle Akteure zu inszenieren.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisierte die Reisebeschränkungen als unverhältnismäßige Belastung für das Leben und die Lebensgrundlagen der Ärmsten der Welt. Tulio de Oliveira, brasilianischer Bioinformatik-Wissenschaftler in Südafrika, der mit seinem Team das Genom sequenzierte, erinnerte eindringlich daran, dass „Grenzbeschränkungen Länder davon abhalten, die Welt vor künftigen Varianten zu warnen“. Antonio Martins von der brasilianischen Gesundheitsplattform Outras Palavras sagt es so: „Es haben sich Maßnahmen durchgesetzt, die ihren kolonialen und rassistischen Charakter kaum verbergen.“ Abschottung heißt die Devise – was fatal an den globalen Umgang mit Flucht und Migration erinnert. Menschen in vielen Ländern wird das Recht verweigert, sich zu schützen.

In diesen Zeiten rauben mehrere sich zuspitzende Krisen der Welt den Atem: die Covid-19-Pandemie, die Klimakrise und die aus beidem resultierende grassierende soziale Ungleichheit. Wenn es nicht einmal gelingt, den globalen Gesundheitsnotstand durch ein entschlossenes politisches Miteinander zu beenden – wie soll sich dann in der Klimapolitik eine globale, gerechte und solidarische Perspektive durchsetzen?

Und doch sind, auch wenn das hierzulande oft kaum zur Kenntnis genommen wird, Proteste gegen die Marktorientierung der globalen Gesundheitspolitik stärker geworden. So fordern zum Beispiel Aktivist:innen der C-19 People’s Coalition in Südafrika unter dem Motto Black Lives Matter von der Weltgemeinschaft einen Strategiewechsel in der Gesundheitspolitik. Das Netzwerk von rund 300 NGOs setzt sich dabei vor allem für den Schutz und die Rechte der am härtesten von Corona Getroffenen in Südafrika ein und verknüpft dies mit klaren Forderungen „nach oben“. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen aus aller Welt verlangen sie globale Impfgerechtigkeit und eine Begrenzung der Macht der Pharmaindustrie im öffentlichen Interesse. Diese Forderungen müssten auch hierzulande verstärkt werden: Um etwa bei der WTO den Waiver durchzusetzen, muss der Druck auf die neue Bundesregierung erhöht werden. Zugleich muss die globale Gesundheitspolitik über die Pandemie hinaus an den Interessen der Menschen und nicht des Kapitals ausgerichtet werden: von der Abschaffung der Patente auf alle essentiellen Arzneimittel und den Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, die wirklich allen zugänglich sind, über das Ende globaler Naturausbeutung bis zu einer konsequenten Dekolonisierung der Gesundheitspolitik. Wenn die Pandemie sich fortsetzt und neue Pandemien entstehen, sind nicht die Viren die Hauptursache. Verantwortlich ist das Fortbestehen alten Logiken und hierarchischer Machtstrukturen.

Anne Jung arbeitet bei medico international

Für eine Politik der Fragilität

Ein Kommentar von María do Mar Castro Varela zur Corona-Pandemie - Dezember 2021/ NL 34

> Anders als das Sprechen über Vulnerabilität verfolgt das Konzept der Fragilität nicht das Ziel, diese zu überwinden, stark oder unzerbrechlich zu werden. Stattdessen geht es darum, einen sinnvollen Umgang mit der Fragilität zu finden und mit ihr zu leben. Wir plädieren somit für eine Akzeptanz der Fragilität, die das Versprechen mit sich führt, neue Strategien für Gerechtigkeit zu entwickeln. (Bayramoğlu/Castro Varela 2021, S.32)

Unterschiedliche Studien belegen, dass viele, zu viele, Menschen in Deutschland an Verschwörungstheorien glauben. Nach einer aktuellen Studie, die im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, hält etwa 30% der Bevölkerung in Deutschland „Verschwörungstheorien für wahrscheinlich richtig oder sicher richtig. 11 Prozent halten die Aussage für sicher richtig und sind damit überzeugte Verschwörungstheoretiker.“ (Roose 2020, S. 4) Das sind beunruhigende Zahlen. Dabei ist nicht sicher, ob die Zahl der Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, während der Pandemie deutlich zugenommen hat. Wahrscheinlicher scheint, dass die Pandemie einige Gruppen, die Verschwörungstheorien befeuern, die Möglichkeit gegeben haben, die Pandemie zu instrumentalisieren. So konnten rechte Ideolog:innen Menschen, die Verschwörungstheorien bereits zuvor für möglich gehalten haben, nun für ihre Sache einspannen. Das, was wir jetzt beobachten, ist eine zunehmende Radikalisierung von vorher (harmlosen) Verschwörungstheoretiker:innen und auch eine Verschiebung dessen, was als Meinung noch als akzeptabel bezeichnet werden kann. Wir sehen Fackelaufzüge vor Privatwohnungen von Politiker:innen, Demonstrationen, bei denen 20.000 Menschen nicht nur staatsverachtende Parolen rufen, sondern auch die Demokratie als Diktator bezeichnen. Und wir sehen wie die Opfer der Shoa entwürdigt werden: zahllose Impfunwillige heften sich schamfrei einen Judenstern an die Brust auf dem „Umgeimpft“ zu lesen ist. Das ist gewalttätig und antisemitisch. Immer wieder wird von der großen Heterogenität der Demonstrierenden gesprochen, die sich aus Esoteriker:innen; Anthroposoph:innen und etwa Reichsbürger:innen zusammensetzen und die aktiv unterstützt werden von Prominenten wie Xavier Naidoo, der offen mit den Reichsbürger:innen sympathisiert oder Attila Hildmann, der offen antisemitisch ist. Dazu reihen sich eine wachsende Anzahl sogenannter alternativer Medien, die nicht nur behaupten, die Wahrheit zu kennen, sondern diese auch als einzige heroisch zu verkünden. Wundert es uns, dass wir hier alte Bekannte treffen? Etwa Eva Herrmann, die ehemalige Nachrichtensprecherin der Tagesschau, die heute mit ihrem Lebensgefährten Andreas Popp in Kanada lebet und dort mit ihm die „Wissensmanufaktur“ leitet. Nach eigenen Angaben handelt es sich dabei um ein „Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik“. Auf deren Website finden sich zahlreiche Videos, in denen sie und ihre Gäste rechtspopulistische Thesen und Verschwörungstheorien wie die des „Großen Austauschs“ verbbreiten. Muss uns das interessieren? Ich denke schon, denn die rechten ‚Nachrichten‘ werden tausendfach auf YouTube abgerufen. Aber auch Menschen, die immer schon der sogenannten „Schulmedizin“ misstrauten, die ihre Kinder auf sogenannte „Freie Schulen“ schicken, weil sie den staatlich finanzierten Schulen misstrauen, folgen bereitwillig alternativen Vorstellungen, nach denen entweder eine jüdische, eine muslimische oder asiatische Weltherrschaft droht. Die Komplexität der Wirklichkeit wird zusammengeschmolzen und auf einen einfachen Nenner gebracht: Es gibt geheime Pläne, einen ‚tiefen Staat‘ und es sind internationale Eliten, die das ‚Volk‘ manipulieren und kontrollieren (wollen) – durch Nanochips, die durch die Impfung übertragen werden und/oder die 5G Technologie.

Als rassismuskritische Menschen müssen wir uns damit beschäftigen und auch die eigene demokratienotwendige Staatskritik auf Staatsverachtung und Staatsphobie (siehe etwa Dhawan 2020) überprüfen. Aber wir müssen vielleicht noch mehr als das: Wir müssen

uns mit der eigenen Fragilität wie auch der sozialen und politischen Fragilität auseinandersetzen. Fragilität bedeutet schlicht Zerbrechlichkeit. Unser persönliches und soziales Leben ist ein fragiles Gebilde, unsere Körper sind zart und porös, unser Geist und unser moralisches Urteilsvermögen zuweilen unglaublich schwach und die Demokratie immer potenziell suizidal, wie der französische Philosoph Jacques Derrida (2003), dies so pointiert beschrieben hat. Die Pandemie wirkte wie ein Fragilitätskatalysator. In post/pandemischen Zeiten wird es darum gehen müssen, so die These von Yener Bayramoğlu und mir (2021), eine allgemeine Politik der Starken und die damit einhergehende akzeptierte Ignoranz zu überdenken. Wer die Zerbrechlichkeit des Lebens nicht akzeptiert, wird eher dazu neigen, ausgrenzend zu argumentieren. Vor der Pandemie gab es kein Glück, keine Gerechtigkeit und keine Harmonie: Klimawandel, Rassismus, die Ausweitung subalterner Räume etc. begannen nicht mit der Pandemie. Doch die Pandemie hat vieles verschärft: die Armut, den Rassismus und Antisemitismus, der sich unter anderem in Verschwörungstheorien breit gemacht hat. Die Pandemie klebt gewissermaßen an den Körpern der *Anderen*. Es sind mal wieder die *Anderen*, die für alles ‘Böse’ verantwortlich zeichnen sollen. Zu Beginn der Pandemie war es noch die gesamte asiatische Community, die für den Ausbruch verantwortlich gemacht wurde. Das rief uns die alten kolonial-rassistischen Bilder von der ‘Gelben Gefahr’ in Erinnerung. Und dann waren sie wieder sichtbar: die Protokolle der Weisen von Zion, die Narrative die virustragenden nicht-weißen Körper und die hasserfüllten rassistischen Stereotype.

Es ist an der Zeit, die Fragilität unseres Lebens, die eben auch auf eine nicht hintergehbare Abhängigkeit von den *Anderen* beruht, anzuerkennen. Ein post/pandemisches Leben erfordert unserer aller Intelligenz wie auch eine Politik der Fragilität, die auf kontrapunktische Solidarität setzt. Eine Solidarität, die die polyphonen Stimmen der *Anderen* nicht nur toleriert, sondern die Abhängigkeit von diesen akzeptiert und sich distanziert von den Narrativen der Weltverschwörung und Staatsphobie.

Literatur

Bayramoğlu, Yener/Castro Varela, María do Mar (2021): Post/Pandemisches Leben. Eine neue Theorie der Fragilität. Bielefeld: transcript.

Derrida, Jacques (2003b): “Autoimmunity: Real And Symbolic Suicides – A Dialogue With Jacques Derrida«, in: Giovanna Borradori (Hg.), Philosophy In A Time Of Terror, Chicago: University of Chicago Press, S. 85-136.

Dhawan, Nikita (2020): “State as pharmakon”, in: Davina Cooper/Nikita Dhawan/Jane Newman (Hg.), Reimagining the State. Theoretical Challenges and Transformative Possibilities, London/New York: Routledge, S. 57-76.

Roose, Jochen (2020): Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Hrsg. Konrad Adenauer Stiftung. Berlin.

Castro Varela, María do Mar, Diplom-Psychologin, Diplom-Pädagogin und promovierte Politikwissenschaftlerin ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Sie hat gemeinsam mit Yener Bayramoğlu das Buch „Post/Pandemisches leben. Eine neue Theorie der Fragilität“ im transcript Verlag veröffentlicht.

Kolonialismus und Widerstand oder: Warum die Thematisierung von Kolonialismus Mut braucht

Ein Kommentar von Isabelle Ihring zum kolonial-rassistische Darstellungen im Europapark - Oktober 2021/NL 33

Momentan scheinen Diskussionen um Kolonialismus, Sklaverei und die bis heute anhaltenden Nachwirkungen dieser gewaltvollen Ereignisse, Konjunktur zu haben. Jüngst äußerte sich sogar Bundespräsident Walter Steinmeier bei der Eröffnungsfeier der Ausstellungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst in Berlin zu den „blinden Flecken“[12], die im Hinblick auf koloniale Geschichte in Deutschland bestehen. ,,Wenn es um die Kolonialzeit geht, haben wir sonst so geschichtsbewussten Deutschen allzu viele Leerstellen‟ (ebd.). In dieser Rede sagte er außerdem, dass der Alltagsrassismus in Deutschland in seiner ganzen Tiefe nur zu verstehen und zu überwinden sei, wenn die koloniale Geschichte aufgearbeitet würde. Auch die Vielzahl an kritischen Stimmen zur Eröffnung des Humboldt Forums in Berlin verdeutlichen, dass Kolonialismus und Raubkunst nicht länger ignoriert werden können.

Die Schwarze Feministin und Autorin Chimamanda Ngozi Adichie wurde zur Eröffnungsfeier des Humboldt Forums eingeladen, eine Rede zu halten, in der sie betonte, dass es Mut brauche, um die Folgen des Kolonialismus zu benennen und sich machtvollen, einseitigen Erzählungen ehemaliger Kolonialmächte entgegenzustellen.[13] Es brauche Mut offen darüber zu reden und denjenigen zuzuhören, die bisher nicht gehört wurden, um die einseitigen Geschichten durch andere Perspektiven zu komplettieren (ebd.). Doch die Widerstände sind immens und haben sich vor einigen Monaten bspw. über zwei Ethnologie-Studierenden der Uni Freiburg entladen. Im Rahmen ihres Studiums hatten sie die Aufgabe sich in Form eines Forschungsprojekts mit „Kolonialismus in Freiburg“ zu beschäftigen. Sie haben sich als Gegenstand ihres Forschungsprojekts mit kolonial-rassistischen Fahrgeschäften und Figuren im Europapark beschäftigt, worüber auch in einer lokalen Zeitung berichtet wurde – die Folge waren eine Flut von Hasskommentaren und rassistischen Äußerungen, die sie sowohl unter dem Artikel als auch privat erreichten und die auch nach Monaten nicht enden wollen.

Doch was löst diese Widerstände aus? Die Tatsache, dass es Kolonialismus gegeben hat, wird wohl niemand leugnen, doch die immer lauter werdenden Forderungen sich mit diesem bislang gänzlich ignorierten Kapitel der Geschichte zu beschäftigen, Schuld anzuerkennen, Verantwortung dafür zu übernehmen, den Nachkommen zuzuhören und sich endlich vom Narrativ *weißer* Überlegenheit zu verabschieden, sorgt für Widerstände.

Kolonialismus und seine Folgen

Das offizielle Ende des Kolonialismus, der Sklaverei und Apartheid hat weder mit sich gebracht, dass die Ressourcen ehemals kolonisierter Länder nicht länger ausgebeutet werden, noch für ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen kolonisierten und kolonisierenden Ländern gesorgt. Heutige neokoloniale Handelsstrukturen bahnen sich zwar andere Wege, aber die Ausbeutung der Ressourcen des ‚Globalen Südens‘ schreibt sich fort. Imperialistischen Staaten gelingt es bis heute, globale Machtverhältnisse zu lenken und im Sinne einer ‚westlichen‘ Vorherrschaft zu beeinflussen.

Auch wenn es heute nicht mehr zwingend Länder, oder so genannte Mutterländer sind, sondern politische Führungen, beispielsweise Regierungen, die Einfluss nehmen können auf politische, verwaltungstechnische und ökonomische Prozesse in anderen Ländern, um für ihren Staat machtpolitische Vorteile daraus zu ziehen. Es ist kein Zufall, dass dies primär Staaten sind, die ehemals Kolonialmächte waren und damals

[12] https://www.tagesschau.de/inland/steinmeier-kolonialgeschichte-101.html, Zugriff: 23.09.21
[13] https://www.youtube.com/watch?v=K1Cxhq0gF6E

schon die Welt unter sich aufteilten, willkürlich Grenzen zogen und Menschen gewaltvoll unterwarfen – im Gegenteil: Mit der Kolonisierung wurden die Grundpfeiler für heutige globale Herrschaftsverhältnisse gelegt. Wenn Bundespräsident Walter Steinmeier also davon spricht, dass Alltagsrassismus in seiner ganzen Tiefe nur zu begreifen sei, wenn die koloniale Geschichte aufgearbeitet würde, liegt er aus meiner Sicht genau richtig. Warum?

Mit der Kolonisierung untrennbar verknüpft ist die Ermordung, Unterwerfung, Versklavung nicht-weißer Menschen – unfassbare Gewalt, für die es wiederum eine Rechtfertigung brauchte und die mit der Entmenschlichung der dort lebenden Menschen gefunden wurde. Die machtvolle Konstruktion von menschlichen ‚Rassen‘ und die damit eng verbundene zunehmende Bedeutung von Hautfarben, diente *weißen* europäischen Kolonisator:innen zur Konstruktion ‚der Anderen‘ und deren Abwertung. Nicht-weiße Menschen wurden in der Hierarchie vermeintlicher ‚Rassen‘ zu unterlegenen, während *weiße* zur ‚Herrenrasse‘ stilisiert wurden und im Laufe der Zeit erlernt haben „im Anderen das Tier zu sehen und sich darin übt ihn als Tier zu behandeln“ (Césaire 2021:43)[14].

Obwohl es selbstverständlich nicht möglich ist, anhand von Farbnuancen der Haut der Menschen eindeutig voneinander abzugrenzen und einzuordnen, hat sich diese Idee machtvoll und folgenschwer durchgesetzt und wurde im Zuge der Verwissenschaftlichung von ‚Wissen‘ von Philosophen, Medizinern, Biologen, Ethnologen usw. auf eine vermeintlich ‚objektive‘ Basis gestellt und in Form von Rassentheorien und –lehre verbreitet. Weißsein wurde in diesem Prozess zur Norm und in der Hierarchisierung von Hautfarben auf oberste Stufe gestellt, während nicht-weiße Menschen zu ‚Barbaren‘, ‚Seelenlosen‘, Menschen geringeren Wertes und zu ‚naiv-kindliche‘ Wesen wurden. *Weißen* kam und kommt somit automatisch die Aufgabe und zu, nicht-weiße ‚erziehen‘ und ‚zivilisieren‘ zu müssen – die Bürde des *weißen* Mannes.

Zurück bleibt bis heute, die Imagination ‚des armen unmündigen Afrikaners‘ – Eine Vorstellung, die sich zum Beispiel in der Argumentation widerspiegelt, dass afrikanische Raubkunst nicht zurückgegeben werden könne, da die Heimatländer nicht im Stande seien, diese zu erhalten. Ebenfalls bleibt die Konstruktion ehemaliger Kolonialländer als *weiß* bestehen, was zur Folge hat, dass weiterhin anhand von Nuancen der Haut über Zugehörigkeit, vielmehr über Nicht-Zugehörigkeit bestimmt wird, was einmal mehr verdeutlicht mit welcher Selbstverständlichkeit Weißsein als Norm vorausgesetzt wird – und wie wenig ‚Integration‘ mit denjenigen zu tun hat, die sich angeblich ‚integrieren‘ müssen. Wenn Steinmeier also sagt, dass Alltagsrassismus in seiner Tiefe nicht zu verstehen sei, ohne sich mit kolonialer Geschichte zu beschäftigen, wird dies an diesen Stellen deutlich.

Kolonialismus im Europapark

Nun finden sich in manchen Fahrgeschäften des Europaparks kolonial-rassistische Darstellungen von nicht-weißen Menschen, was die beiden Ethnologie-Studierenden dazu veranlasste, sich mit diesen zu beschäftigen. Auch die Verantwortlichen im Europapark zeigten sich interessiert und offen, das Projekt zu unterstützen. Die beiden Studierenden drehten dafür ein Video von den Figuren, die ‚Afrika‘ und Asien darstellen sollen und interviewten Besucher:innen, was sie von den Darstellungen hielten. Die unterschiedlichen Stimmen und Aussagen wurden dann in den Film hineingeschnitten. Das Projekt zielte darauf ab Menschen zur Reflexion anzuregen – sowohl Besucher:innen des Parks als auch Verantwortliche. Doch kurz vor Ende des Projekts verweigerte der Europapark den Studierenden die Bildrechte, weshalb sie den Film nicht wie geplant im Rahmen der Ausstellung "Kolonialismus in Freiburg. Gestern? Heute!" geplant vom städtischen Museum zeigen konnten. Sie wandten sich an die Presse, da sie wollten, dass das Thema mediale Aufmerksamkeit erfährt, diese berichtete, was zu bereits genannten Abwehrreaktionen und Hasskommentaren führte.

Diese Reaktionen zeigen wie tief verankert kolonial-rassistische Vorstellungen in den Köpfen vieler Menschen in Deutschland sind. Durch Reproduktionen dieser Bilder,

[14] Césaire, A. (2021:32): Über den Kolonialismus. Alexander Verlag.

beispielsweise durch Fahrgeschäfte in einem Freizeitpark, die ‚Afrika‘ als Land darstellen, in dem alle Menschen mit Lendenschurz in Lehmhütten wohnen und das Beste am Kontinent die großen Tiere und das Abenteuer ist, setzt sich die eurozentrisch-rassistische Konstruktion Afrikas im Gegensatz zum *weiß* konstruierten Europa fort. Wird diese Konstruktion Afrikas und anderen ehemals kolonisierten Teilen der Welt kritisiert, bedeutet dies unmittelbar Kritik an ungleichen Machtverhältnissen und an damit einhergehender *weißer* Vorherrschaft. Dies bringt Unverständnis und Widerstand mit sich, da die Kritik mit der Forderung verknüpft ist, *weiße* Vorherrschaft und damit verbundene Privilegien aufzugeben. Die Betrachtung globaler Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse kann aber nicht losgelöst von *weißer* Vorherrschaft und kolonialen Kontinuitäten betrachtet werden, nicht unabhängig von imperialistischen Staaten, die bis heute die Macht und das Monopol innehaben, die Welt zu ihrem Vorteil zu lenken. Dies zeigt auch, wie tiefgreifend Veränderungen sein müssen, um reale Gleichheit für alle herzustellen. Es verdeutlicht, dass es eines radikalen Wandels bedarf, um Natur und Mensch vor diesen Ausbeutungsverhältnissen zu schützen. Für diejenigen, die in Teilen der Welt leben, die von Ausbeutung und Vorherrschaft profitieren, bedeutet es Verlust von Macht- und Herrschaft sowie ökonomischen Privilegien. Die Vorstellung eines gleichberechtigten Umgangs mit allen Menschen und der dafür notwendigen ehrlichen Solidarität könnte langfristig aber auch als großer, lebenswichtiger Gewinn angesehen werden, von dem künftige Generationen und der Planet profitieren würden.

Isabelle Ihring, Evangelische Hochschule Freiburg

Das Krebsgeschwür und die Öffnung

Ein Kommentar von Stéphane Dufoix zu aktuellen Auseinandersetzungen im französischen Hochschulwesen - Mai 2021/ NL 32

Vorbemerkung Redaktion: In Frankreich entsponn sich in den letzten Monaten eine kontroverse Diskussion um bestimmte wissenschaftliche Perspektiven, die in der Kritik stehen nicht „wissenschaftlich" genug zu sein. So forderte die aktuelle Wissenschaftsministerin Frédérique Vidal eine Untersuchung der Universitäten, in der besonders intersektionale und postkoloniale Forschungsperspektiven überprüft werden sollen, da diese laut Vidal näher an Meinungen und politischem Aktivismus stünden als an „tatsächlicher" Wissenschaft[15].

Dabei handelt es sich um eine sehr besorgniserregende Entwicklung, da diese die Freiheit von Forschung und Lehre fundamental beschneidet und darauf abzielt, bestimmte Perspektiven (erneut) unsichtbar zu machen. Vor diesem Hintergrund entstand nachfolgender Artikel. Herzlichen Dank an Stéphane Dufoix.

Seit etwa fünf Monaten befinden sich französische Universitäten in Aufruhr. Im November 2020, wenige Tage nach der Ermordung des Gymnasiallehrers Samuel Paty – der am 16. Oktober 2020 ermodet wurde, weil er Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt hatte – wies der französische Minister für nationale Bildung, Jugend und Sport Jean-Michel Blanquer, in einem Interview mit dem *Journal du Dimanche* darauf hin, dass es an den französischen Universitäten eine starke „Islam-Linke" (frz. Islamo-gauschisme) Strömung gebe, "die Verwüstung anrichtet". Er fügte hinzu: "Das sind Ideen, die oft von woanders herkommen, von einem Gesellschaftsmodell, das nicht unseres ist. Wir haben ein republikanisches, universalistisches Modell."

Das andere Modell ist offensichtlich das der Vereinigten Staaten, das als multikulturell und kommunitaristisch gilt. In einer Ausgabe von *Le Monde* vom 31. Oktober 2020 verteidigen hundert Akademiker:innen in einem Artikel, die Äußerungen des Ministers zum „Islam-Linke" und betonen die Gefahr, die sie in "indigenen, rassistischen[16] und 'dekolonialen' Ideologien sehen. Diese seien an den Universitäten "sehr präsent" und würden "einen Hass auf 'weiße' und Frankreich nähren", daher sei es höchste Zeit zu fragen, was in der französischen intellektuellen Welt faul sei.

Warum? Zunächst einmal, weil die Idee überhaupt nicht neu ist. Seit 2018 wurden bereits mehrere Foren veröffentlicht, in denen die "Krämer des postkolonialen Geschäfts" angeprangert würden, die angeblich überall Kolonialismus sähen und innerhalb der französischen Universität nach akademischer Respektabilität streben würden. Zweitens, weil nur vier Monate später, Ende Februar, die für Hochschule und Forschung zuständige Ministerin diese Angriffe nicht nur aufgriff, sondern erklärte, dass sie eine "Untersuchung" einrichten wolle, um "unterscheiden zu können, was akademische Forschung sei und was militant". Sie zögerte nicht zu sagen, dass der „Islam-Linke" ein Krebsgeschwür für die ganze Gesellschaft sei, was sich auch im universitären Kontext niederschlage.

Auch wenn sich alle akademischen Gremien darum bemüht haben, den Begriff „Islam-Linke" abzulehnen und meist auch die Idee einer Untersuchung zurückwiesen, ist es möglich, eine solche durchzuführen – wenn auch in einer anderen Form als der, die der Ministerin vorschwebte. Außerdem haben mehrere intellektuelle Bewegungen die Angriffe der Regierung unterstützt und befeuert. Laut diesen Initiativen geht von einer Vielzahl von Themen, deren Gemeinsamkeiten oft schwer zu finden sind, eine Bedrohung aus: Gender Studies, Postkolonialismus, die dekoloniale Bewegung, inklusives Schreiben, Arbeiten zu Fragen der Rassifizierung, Ethnisierung und Diskriminierung. Ihrer Meinung nach durchdringen diese Forschungsthemen nicht nur den Raum der Universität, der

[15] *Ausführlicher: https://www.sueddeutsche.de/meinung/frankreich-islamismus-hochschulen-1.5214459; https://taz.de/Debatte-ueber-Islamo-Gauchismo-in-Frankreich/!5752291/*

[16] Gegner*innen dieser Theorien empfinden rassismuskritische Theorien als rassistisch, da sie der Meinung sind, durch diese Theorien würden Menschen in ‚Rassen' eingeteilt.

"grandes écoles", der Forschungszentren und das renommierte Collège de France, sie stellen auch ein gewisses Risiko für die Wissenschaft als solche und für die französische Republik dar.

In der Tat würde ihr kritisches Potenzial, die interdisziplinäre Verortung dieser Theorien und die damit verbundenene Kritik an einer weißen, eurozentrischen und männlich dominierten Welt, die Grenze zwischen Wissenschaft und Aktivismus verschwimmen lassen. Werke, Artikel und Lehren dieser Art seien nicht wissenschaftlich, sondern politisch und ideologisch, was wiederum die Notwendigkeit einer Untersuchung rechtfertige, mit dem Ziel, Gutes von Schlechtem zu trennen. Des Weiteren würde die Fokussierung auf Gruppen, die aufgrund ihrer Religion, Kultur, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft dominieren, eine Gefahr für die "Achtung der Grundsätze der Republik" darstellen. Wie zufällig fällt wird am selben Tag sowohl über die erste Version dieses Gesetztentwurfs abgestimmt als auch angekündigt, dass die Untersuchung an den Universitäten durchgeführt werden würde.

Wie kann man den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der zunehmenden republikanischen Verhärtung der französischen Behörden und dem Wunsch, sich gegen alles abzuschotten, was von außen kommt, nicht sehen? Seit 30 Jahren beobachten wir, wie die Verteidigung der Unteilbarkeit des französischen Volkes immer stärker wird, während die Anerkennung von Minderheiten abnimmt.

Zwar hat die Geschlechterforschung in Frankreich in den letzten zehn Jahren - trotz einiger politischer und intellektueller Widerstände - eine unbestreitbare akademische Anerkennung erfahren, die durch die Schaffung von Zeitschriften, Studiengängen, Lehr- und Forschungsstellen, Förderungen usw. gekennzeichnet ist, doch sind postkoloniale, rassismuskritische oder dekoloniale Forschungsströmungen in der Hochschulbildung und Forschung kaum vertreten.

Gegner:innen dieser Strömungen beschweren sich, dass sie in ihrer Lehre gestört würden oder ihnen bei bestimmten Konferenzen das Wort verweigert würde, was sie als Zensur wahrnehmen. Es sind auch sie, die die Existenz von Gruppen nicht schätzen, die eine allzu einheitliche und einfache Geschichte der Gesellschaft Frankreichs nicht mehr schlucken wollen, stattdessen ein Neudenken der Welt vorantreiben.

Ja, es ist richtig, dass es studentische Aktivist:innen gab, die manchmal auch Akademiker:innen, wie die der "Verteidiger der Wissenschaft und der Republik" daran gehindert haben, zu sprechen. Das ist sehr bedauerlich, denn so wird eine offene Debatte verhindert. Aber wir brauchen eine solche offene und akademische Debatte. Nur wie kann diese geführt werden, wenn ein ganzer Teil der betroffenen Akademiker:innen bereits als militant gilt und damit als Wissenschaftler:innen delegitimiert wird?

Wie kann eine Debatte zu Fragen des Postkolonialismus, dekolonialen Bewegungen oder über die Dekolonisierung der Universität angestoßen werden, wenn ein Sprechen über diese Themen an Universität und im Rahmen von Forschung nicht erlaubt ist? Wie kann dies gelingen, wenn Studierende nicht über die Existenz von akademischen Bewegungen außerhalb Frankreichs informiert werden dürfen, die die eurozentrische Hegemonie in den Geistes- und Sozialwissenschaften in Frage stellen? Wie kann dies geschehen, wenn die Namen von Paulin Hountondji, Oyèrónkẹ́ Oyèwùmí, Orlando Fals Borda, Paul Gilroy, Raewyn Connell, Sujata Patel, Walter Mignolo noch nie gehört wurden und ihre Werke nie von denen gelesen wurden, die sie für gefährlich für die Universität und die Republik halten?

All diese Wörter (Kommunitarismus, Postkolonialismus, dekolonial, und die verschiedenen Studies - Gender, queer, schwul und lesbisch, weiß usw.) werden nicht in ihrer akademischen und politischen Dichte anerkannt. Sie sind oft nichts anderes als "Feindworte", deren Bedeutung gerade von denen modifiziert wird, die, wie sie ihren "Gegner:innen" vorwerfen, zu "republikanischen Aktivist:innen" geworden sind.

Ich bin Republikaner, aber ich verwechsle das politische System, in dem ich lebe, nicht mit der Ethik meines Berufs. Das bedeutet nicht, dass ich um jeden Preis an die Neutralität einer forschenden Person glaube. Es gibt sie nicht. Forschende werden stattdessen ihre Arbeit umso besser machen, wenn sie in der Lage sind sich zu verorten,

wenn sie sich den Bedingungen der Wissensproduktion bewusst sind und sich dazu äußern. "Der Blick von nirgendwo", um den Titel eines Buches von Thomas Nagel zu verwenden, ist eine wunderbare Art, Gedanken auszulassen, die etwas anderes behaupten.

Aber wenn Wissenschaft tatsächlich eine Sache der Debatte, des Arguments und des Wissens ist, dann ist es besser, die - im Westen immer noch stark diskreditierte - Idee zu akzeptieren, dass wir viel mehr wissen, als wir wissen und, dass der Wundbrand uns eher umbringen wird, wenn wir ihm nicht durch eine Öffnung zum Rest der Welt entgegenwirken.

Stéphane Dufoix ist Soziologieprofessor an der Université Paris Nanterre (laboratoire Sophiapol) und mehrmaliges Mitglied des Institut universitaire de France (IUF)

„ … die Jugendlichen allein zu lassen, ist unmöglich und unverantwortlich …“

Ein Gespräch mit Maria Kechaja und Barbara Stauber über die Herausforderungen der Pandemie für Jugendliche – Februar 2021/NL31

*Andreas Foitzik: Maria, du arbeitest im Jugendempowerment-Projekt TALK*17 *sehr eng mit Jugendlichen, die meisten davon eher aus marginalisierten migrantischen Milieus. Was siehst du gerade in dem zweiten Lockdown an Herausforderungen für diese Jugendliche?*

Maria Kechaja: Zuerst sind da mal all die Dinge, die wir ja bereits in unserem Papier18 im März 2020 beschrieben haben, die so aber immer noch gelten. Viele der Jugendlichen leben in Verhältnissen, in denen sie wenig Raum, wenig Ruhe haben. Viele leiden zunehmend unter dem vermehrten Stress zu Hause durch das Aufeinandersitzen in der Familie und den zunehmenden Geldmangel.

Wir reden hier über ein Leben in Armutsverhältnissen, über Klassismus. In einer Zeit, in der fast das komplette soziale Leben, aber eben auch die Schule über das Internet abgewickelt wird, wirkt sich das nun doppelt aus. Viele haben keine Laptops, keinen oder nur einen schlechten Internetzugang.

Nun gibt es hier zwar die neue Regelung, dass über Hartz 4 das Jobcenter die Geräte bezahlen muss, aber meine Erfahrung ist, dass die wenigstens wissen, oder sie wissen, es scheitern aber daran, dass sie nicht wissen, wie sie es beantragen sollen oder an den bestehenden bürokratischen Hürden.

Die Schule, die bei allem Stress, den sie dort oft schon haben, sonst eine Möglichkeit ist, rauszukommen, wird nun zu einer zusätzlichen Belastung. Sie sollen weiter funktionieren, als ob nichts wäre. Man muss sich das mal vorstellen, alles was schön ist, ist weg oder verboten, aber schulische Leistung wird trotzdem vehement eingefordert. Das sind doch keine Maschinen.

Barbara Stauber: Ich würde an der Stelle gerne ergänzen. Aus allem, was man gerade auch den Studien zur Situation von Jugendlichen unter Corona sagen kann, ist: dass sie extrem darunter leiden, ausschließlich in dieser Schüler*innenrolle wahrgenommen zu werden. Es geht im Mainstream der Corona-Debatten anscheinend einzig und allein darum, dass sie als Schüler*innen funktionieren. Dass das distance learning funktioniert, dass die Prüfungen laufen. Letztlich: dass die Institutionen laufen wie gehabt und sich so wenig wie möglich verändern müssen. Bildungseinrichtungen schmücken sich geradezu mit der Aussage: wir ziehen die Prüfungen genauso durch, wie wir das kennen, es wird keinen „Corona-Abschluss“ geben – anstatt endlich einmal ein wenig locker zu werden und sich andere Formate zu überlegen, wie Schule gehen können, und wie auch eine Leistungsbewertung aussehen könnte. In dieser Halsstarrigkeit wird gnadenlos übergangen, wie unterschiedlich die Bedingungen für Lernen und Prüfungsvorbereitung sind. Freilich gibt es auch Ausnahmen – es gibt Lehrer*innen, die derzeit alles tun, um hier andere Formen zu finden, die gerade auch für Jugendliche, die unter den von Dir, Maria, beschriebenen Bedingungen leben, super wichtig sind. Aber sie sind die Ausnahmen, und sie müssen dabei häufig gegen ihre Schulen kämpfen.

Maria Kechaja: Eine andere große Belastung ist das Zurückgeworfensein auf die Familie. Familie ist nicht für alle etwas Positives, für manche ist es die Hölle. Das konservative Familienbild der deutsch-bürgerlichen, hetero-Kleinfamilie, das den Corona Maßnahmen zugrunde liegt, passt für viele absolut nicht. Manche haben größere Familienverbünde, für andere spielen Wahlfamilien eine große Rolle. Ganz besonders trifft es die, die ohne Familie als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind.

Barbara Stauber: Genau. Was heißt für sie „Zuhause bleiben“? Wenn sie Glück haben, ist das die Wohngruppe in einer guten Jugendhilfeeinrichtung. Da entsteht zwar durch

[17] https://adis-ev.de/empowerment/lokale-empowermentgruppen/talk
[18] https://adis-ev.de/social-distancing-vor-dem-hintergrund-sozialer-ausgrenzung-2

homeschooling extreme Personalknappheit, weil die Jugendlichen ja den ganzen Tag über in der Einrichtung sind. Aber es ist sicherlich eine weitaus bessere Situation als für diejenigen, die qua Lebensalter in einer Gemeinschaftsunterkunft leben müssen. Und was heißt Kindheit und Jugend unter familiären Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche „zuhause“ keinen emotionalen Rückzugsort finden, wo „zuhause“ kein schützender Rahmen ist, sondern eher ein bedrohlicher? Gewalt gegen Frauen* und Kinder hat unter den Bedingungen des Lockdowns extrem zugenommen. Und umso wichtiger sind dann die Peer-Kontakte…

Maria Kechaja: Aber gerade die Pflege der für sie so wichtigen Freundschaften ist derzeit kaum mehr möglich. Einmal wegen des Lockdowns, dann aber auch wegen der Ängste ihrer Eltern, die sie zum Teil fast einsperren. Wenn sie draußen unterwegs sind, fühlen sie sich aufgrund der Erfahrung des Racial Profilings auch nicht frei, sondern sind in ständiger Sorge und Angst vor Polizeikontrollen.

Was mir auch Sorgen macht, dass ich mitbekomme, wie Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz oder Job haben jetzt Angst haben zum Arzt zu gehen, weil sie Sorge haben, in Quarantäne zu müssen, und dann ihren Job zu verlieren. Dasselbe gilt auch für viele Eltern, die in prekären Jobs versuchen, die Familie über Wasser zu halten.

Barbara Stauber: Die Angst um den Ausbildungsplatz ist sicher berechtigt: Gerade die Bereiche, in die viele der Jugendlichen mit Fluchtgeschichte einmünden, etwa die Gastronomie, machen gerade keine Zusagen mehr – schon verabredete Bewerbungsgespräche finden nicht statt, Ausbildungsbeginne werden verschoben, und das, was den Übergang in Ausbildung und Beruf für viele erst möglich macht – Praktika, Schnupperphasen – kann in vielen Bereichen nicht stattfinden.

Maria Kechaja: Ich sehe einfach, wie schlecht es den meisten Kids geht: Diese Kombination aus Unsicherheit, sozialer Verarmung, Isolation und Einsamkeit ist für viele schon eine wirklich große psychische Belastung und wir bekommen immer mehr von auch die Folgen mit: die Jugendlichen klagen über Schlafstörungen, täglichen Kopfschmerzen bis hin zu Anzeigen einer richtigen Depression. Und gleichzeitig ist es erstaunlich, wie sehr sie durchhalten und hoffen. Und: dass sie sich weitestgehend an die Vorgaben halten, viel mehr, als ich erwartet hätte. Aber es ist einfach kein Ausgleich da.

Andreas Foitzik: Jetzt wollen wir in einem zweiten Aufschlag aber auch auf die Stärken der Jugendlichen zu sprechen kommen ...

Barbara Stauber: Zunächst mal will ich nochmal an dem letzten Punkt von Maria anknüpfen: es ist ja eigentlich schon eine riesige Stärke, dass die Mehrheit der Jugendlichen – das zeigen auch alle Studien bislang – hochverantwortlich mit den Regeln umgeht! Und extrem viel Solidarität zeigt, gerade auch mit älteren Leuten! Und das, obwohl sie in der öffentlichen Wahrnehmung ständig nur als Problem gehandelt werden, als Gefahr, als verantwortungslose Super-Spreader.

Maria Kechaja: Die Jugendlichen sind unglaublich gut darin mit unterschiedlichen online-tools in Kontakt zueinander zu bleiben. Das ist eine Stärke und auch eine Kompetenz, wie sie Tiktok, Insta, Snapchat, Whatsapp/Signal nutzen, um mit der Kommunikation die soziale Isolation zumindest zu verringern. Sie halten diese schwere Zeit durch, indem sie sich auf Freundschaften konzentrieren, sie pflegen, sich nicht alleine lassen. Und was ich wirklich erstaunlich finde: bei vielen gelingt es, sich selbst Strukturen zu schaffen und umzusetzen, online Unterricht, Workouts, eine gesamte Tagesstruktur zu haben.

Für uns im TALK Projekt war klar, dass wir die Arbeit nicht einstellen können, wir wussten, dass wir andere Wege finden müssen, weil gerade jetzt das Projekt umso wichtiger ist in so einer Krise. Wesentlich dabei ist der Zusammenhalt im TALK Projekt. Es geht darum durch die Community alle vom Resignieren abzuhalten, Hoffnung geben, dranbleiben. Wir machen weiterhin ein wöchentliches Meeting aber eben online. Es ist so wichtig den Raum zu haben, über die Situation zu sprechen. Wir versuchen auch durch Übungen, also Körper und Atmung, tools für SelfCare zu vermitteln, damit alle besser auf sich achten können. Gleichzeitig heißt Dranbleiben auch online einen Lernfortschritt in Rap und Tanz zu erreichen, mit Challenges, die Spaß machen. Es geht darum, in die

Zukunft zu schauen und sich vorzustellen, wie wir irgendwann wieder gemeinsam auf einer Bühne stehen werden, um zu sagen was wir zu sagen haben.

Barbara Stauber: Gerade jetzt haben freilich Projekte wie TALK ihre ganz besondere Bedeutung, Projekte, die Jugendliche nicht hängen lassen, sondern in ihren Sorgen auffangen. Jugendliche, die vielleicht kein tolles Mountain-Bike haben, um sich an den Aktivitäten zu beteiligen, die in manch einem Wald in der Region selbstgesteuert gestartet sind, wo Jugendliche sich ihre trails selbst gebaut haben. Das war in Tübingen so erfolgreich, dass es aufgrund des Pandemie-bedingten Kontaktverbots wieder beendet wurde. Auch in Reutlingen gibt es solche trails. Und hier ist der Skater*innen-Park die meiste Zeit offen gewesen, manchmal wurde der Zugang auch durch die Jugendarbeit reguliert. In der Zeit konnte man interessanterweise auch viel mehr Mädchen* beim Skaten antreffen. Wahrscheinlich könnten wir von Jugendlichen und ihren Eltern viele Geschichten dazu sammeln, was alles in diesen Monaten „ging“. Aber nicht alles ist für alle zugänglich. Auch nicht bei den selbstgesteuerten Aktivitäten.

Andreas Foitzik: Kommen wir zum Schluss auf die Rolle der Jugendsozialarbeit zu sprechen. Was bedeutet das, was ihr berichtet, für Pädagog*innen? Welche Unterstützung brauchen Jugendliche, aber auch welche politische Lobby?

Maria Kechaja: Die Jugendlichen werden mit ihren Problemen zu Hause eingesperrt, sind vielfach allein und ohne Zugang zu Unterstützung. Gleichzeitig schließen die Jugendhäuser, durch die Ausgangssperren können Streetworker*innen nicht mehr normal arbeiten. In solchen Krisenzeiten braucht es aber nicht weniger, sondern mehr Soziale Arbeit. Da die Jugendlichen allein zu lassen, ist unmöglich und unverantwortlich. Ich sehe auch nicht, dass hier wirklich ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Relevant und Dringlichkeit von Jugendsozialarbeit da ist. Aus diesen Berufsgruppen raus, müsste noch viel stärker auf die Notwendigkeit der kontinuierlichen Präsenz Unterstützungssystemen bei den Jugendlichen hingewiesen werden und auch auf die langfristigen Konsequenzen, wenn wir die Jugendlichen jetzt verlieren.

Barbara Stauber: Genau. Und Lobbyarbeit für Jugendliche muss bedeuten: sie wahrzunehmen mit allem, was sie bewegt; sie nicht zu reduzieren auf ihre „Funktionsrollen“ als Schüler*in, als Azubi, als Student*in; zu erkennen, dass sich der Lockdown aus Jugendperspektive ganz anders anfühlt als aus der Perspektive von Erwachsenen. Wir Erwachsene hatten unsere vielen tollen Sommer, wir hatten unsere Jugend, unser junges Erwachsenenleben. Jugendlichen wird aber im Moment etwas unwiederbringlich Wichtiges genommen: die Gegenwart des Jugendlebens. Mit „Unwiederbringlichkeit“ hat Jan Zimmermann von der Jugendfarm Derendingen diesen Aspekt neulich mal so gut auf den Punkt gebracht; er hatte damit die Lebensphase der Kindheit gemeint, doch das trifft auf jugendliches Erleben mindestens so sehr zu. Es ist wichtig, dass Jugendliche erfahren, dass Pädagog*innen diese Herausforderung auch sehen und nicht als Luxusproblem abtun. Und dass sie dort, wo defizit-zuschreibend, einseitig oder diskriminierend über Jugendliche gesprochen wird, auch intervenieren – egal, ob das die online-Teambesprechung ist oder der öffentliche Diskurs. Das gehört meines Erachtens zu ihrem Auftrag. Politisch ist dafür zu sorgen, dass Jugendliche als Expert*innen im Umgang mit der Pandemie eine Stimme bekommen. Und dass gerade jetzt nachgehende Strukturen ausgebaut werden, dass Personalpuffer in Schulen und in der Jugendhilfe vorgehalten werden, um nachgehend arbeiten zu können. Dass Stellen wie adis stabile Anlaufpunkte bleiben können – Diskriminierung hat während der Pandemie nicht ab-, sondern zugenommen, insbesondere rassistische Diskriminierung. Und es geht darum zu verhindern, dass die zu befürchtenden Sparmaßnahmen nach der Pandemie die Felder der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendarbeit nicht verwüsten. Statt Angebote unter Legitimitätsdruck zu setzen, ist eine Offensive von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendarbeit angesagt, um nicht – wie Maria das schon gesagt hat – Jugendliche zu verlieren.

Maria Kechaja arbeitet bei adis e.V. Tübingen im Empowermentbereich. Neben dem Jugendkulturprojekt TALK ist sie aktuell im Bundesmodellprojekt Amplifying Voices[19] tätig.

Barbara Stauber ist Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Tübingen und in der Forschung vor allem an Übergängen im Lebenslauf unter einer intersektionalen Perspektive interessiert[20].

[19] https://adis-ev.de/empowerment/amplifying-voices
[20] https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/erziehungswissenschaft/abteilungen/sozialpaedagogik/personal/prof-dr-barbara-stauber/

Corona-Impfungen oder die Suche nach globaler Solidarität - Eine postkoloniale Intervention

Ein Kommentar von Faisal Garba und Isabelle Ihring zur globalen Impfgerechtigkeit - Oktober 2020/NL 30

Die Corona-Pandemie bringt die global anwachsende soziale Ungleichheit in all ihren Facetten und mit all ihren Konsequenzen deutlich zutage. Hier in Deutschland ist die Hoffnung groß, dass bald ein Impfstoff gefunden werden kann und alles wieder „normal“ weiterläuft. In anderen Teilen dieser Welt ist die Aussicht auf einen Impfstoff nicht hoffnungsgebend, denn wie so oft profitieren primär reiche Länder von medizinischen Errungenschaften wie Impfstoffen. Dies liegt unter anderem daran, dass einzelne, mächtige Pharmakonzerne Medikamente mit Patenten belegen und so für größtmöglichen und langanhaltenden Gewinn sorgen, was für ärmerer Länder bedeutet, dass diese Medikamente lange Zeit unbezahlbar bleiben – so wird dies auch im Hinblick auf einen Corona-Impfstoff befürchtet[21]. Des Weiteren sichern sich bereits jetzt reiche Länder wie die USA oder die EU-Staaten Unmengen an Impfdosen ohne, dass ein öffentlicher Diskurs darüber geführt wird, was das für wirtschaftsschwache Länder bedeutet. Das hier in Deutschland so häufig wiederholte Mantra der Solidarität scheint einmal mehr über Bord geworfen zu werden. Mit Blick auf die Corona-Entwicklung stellen sich darüber hinaus weitere zentrale Fragen: Wer stellt sich für Testungen zur Verfügung? Inwieweit stellen sich Menschen überall auf der Welt wirklich freiwillig zur Verfügung? Werden die Menschen umfassend über mögliche Risiken aufgeklärt?

Das bereits Anfang April geführte Interview zwischen dem Chefarzt einer Pariser Klinik und dem Forschungsdirektor einer staatlichen Forschungsinstitution in Frankreich verdeutlicht die Brisanz dieser Fragen. In dem Interview spekulierten die beiden Gesprächspartner öffentlich darüber Corona-Impfstofftestungen in Afrika durchzuführen, da dort viele Menschen lebten, die dem Virus schutzlos ausgesetzt seien und wo es „pas de masques, pas de traitement, pas de réanimation“[22] gäbe, also vorteilhafte experimentelle Voraussetzungen, die laut der beiden Gesprächspartner auch schon damals zur HIV-Forschung genutzt worden seien. Das Interview löste viel Empörung und Wut aus – sowohl in Frankreich, als auch anderen EU-Ländern, besonders aber in afrikanischen Staaten. Zurecht wurden viele wütende afrikanische Stimmen laut, die sich dagegen wehrten im Kontext fortdauernder rassistisch-kolonial geprägter Strukturen von zwei weißen Ärzten öffentlich als Menschen zweiter Klasse und „Versuchskaninchen“ degradiert zu werden[23]. Auch der äthiopische Arzt und Mitglied der WHO Dr. Tedros A. Ghebreyesus äußerte sich zu diesem Interview und brachte sehr deutlich zum Ausdruck: „Africa can not and will not be a testing ground.“[24]. Nachfolgender Artikel wird sich den genannten Fragen aus postkolonialer Perspektive nähern. Dabei wird der Blick auf Südafrika und Deutschland gelenkt und der abschließenden Frage wie die Entwicklung und Verteilung eines Corona-Impfstoffes jenseits kolonialer Strukturen aussehen könnte.

Impfstofftestungen in Afrika

Die Geschichte von Impfstofftestungen und dem Testen tödlicher Präparate durch ‚westliche‘ Pharmakonzerne an afrikanischen Subjekten ist lang. 1996 ging Pfizer nach Nigeria, um angeblich ein Heilmittel gegen den Menengitis-Ausbruch zu finden. Schon damals wurden ethische Forschungsleitlinien missachtet und Menschenversuche durchgeführt, die Pfizer dafür nutzte, Daten zu sammeln und die Impfung der Bevölkerung – inclusive Kinder – voranzutreiben. Das Resultat war, dass viele Menschen erblindeten und/oder ihr Gehör verloren. Andere verloren ihr Leben[25].

[21] https://taz.de/Impfstoff-gegen-Corona/!5707718/, Zugriff Oktober 2020
[22] https://www.youtube.com/watch?v=GKajchR7Gg8&feature=youtu.be, Zugriff am Oktober 2020
[23] https://www.sueddeutsche.de/politik/rassismus-wir-sind-keine-versuchskaninchen-1.4867427, Zugriff Oktober 2020
[24] https://www.facebook.com/ZeitimBild/videos/ghebreyesus-afrika-wird-kein-testgebiet-sein/524946645117785/?redirect=false
[25] https://scholarlycommons.law.case.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1417&context=jil

Während wir diesen Artikel schreiben, haben sich unter anderem Menschen in Südafrika dazu verpflichtet, an einer Erprobung eines Impfstoffes durch Pfizer teilzunehmen. Über 2000 HIV-positive Personen sind ebenfalls Teil dieser Testreihe. Es existieren keine öffentlich zugänglichen Informationen darüber, wie diese Menschen für die Erprobung dieses Impfstoffes ausgewählt wurden: Wie ist ihr sozio-ökonomischer Status, inwieweit wurden sie über mögliche Risiken im Kontext der Impfstofftestungen aufgeklärt und wie werden sie im Falle von Nebenwirkungen durch die Impfstofftestungen versorgt?[26] Dass der Kolonialismus die Geburtsstunde für industrielle Pharmaproduktion und globale Gesundheitsfürsorge war, ist gut dokumentiert und leicht nachzuzeichnen[27]. Die schon vor der Corona-Pandemie bestandenen Ungleichheiten, die bestimmte Teile der europäischen Gesellschaft, wie z. B. Minderheiten exponieren, exponieren auch Länder des Globalen Südens und setzen diese gewöhnlichen, vermeidbaren und heilbaren Krankheiten aus. Nachdem Corona bislang nicht in jedem Teil Afrikas vorkommt und Rahmenbedingungen innerhalb der Länder variieren, sind die Erfahrungen im Umgang mit dem Virus auch nicht vergleichbar. So sorgen in Südafrika die Folgen des doppelten Erbes von Kolonialismus und Apartheid dafür, dass sich Corona auf fundamentale Weise auf das Leben und die Existenzgrundlage der Schwarzen Mehrheitsgesellschaft auswirkt. Eine Ungleichheit, die kolonisierte und rassifizierte Körper erneut in Versuchskaninchen für ‚westliche‘ Pharmaindustrien verwandelt.

Zur Bedeutung einer postkolonialen Perspektive

In Kürze soll auf die Bedeutung eingegangen werden, die eine postkoloniale Perspektive im globalen Kontext und auch auf politischer Ebene hat. Der Begriff ist nicht eindeutig bestimmbar oder einer besonderen wissenschaftlichen Richtung zuzuweisen[28]. Vielmehr werden aus dieser Perspektive unterschiedliche Phänomene im Zusammenhang mit bis heute anhaltender kolonialer Strukturen analysiert und dekonstruiert. Somit ist das Präfix ‚post‘ nicht als die Zeit ‚nach‘ der Unabhängigkeit kolonisierter Länder zu lesen, da dies kein Endpunkt darstellt. Bis heute ist es unmöglich „eine Geschichte des ‚Westens‘ ohne die Geschichte der kolonisierten Länder zu schreiben“[29] – und andersherum. Kolonialismus und europäischer Imperialismus haben die Welt geprägt und sich tief in gesellschaftliche Strukturen eingebrannt. Eine postkoloniale Analyse beispielsweise von Geschichtsschreibung oder politischen, gesellschaftlichen, medialen Diskursen zielt letztlich darauf ab die vorherrschenden eurozentrischen Blickwinkel und daraus resultierende Erzählungen zu entlarven und andere, marginalisierte Perspektiven sichtbar zu machen. Sie kann somit als „Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen betrachtet werden“[30].

Zwischen Solidarität und Wettbewerb – oder einfach nur Wettbewerb?

Der Widerspruch zwischen Solidaritätserklärungen und dem Wettbewerb ‚westlicher‘ Staaten bei der Entwicklung eines Impfstoffes und der vermeintlichen Zusammenarbeit zeigt sehr deutlich den fortwährenden Nachlass kolonialer und imperialer Strukturen globalen politischen wirtschaftlichen Handelns. Im Bewusstsein für anhaltende globale Ungleichheiten als direktem Resultat des ‚westlichen‘ Imperialismus und Kolonialismus ist es angesichts der infektiösen Natur des Virus ignorant, eine Bevölkerung zu schützen, ohne sich um eine andere zu kümmern, da letztlich alle der Gefahr einer Infektion ausgesetzt sind. Diese Tatsache missachtend liefern sich die EU und die USA dennoch ein Rennen darum, Impfstoffe aufzukaufen, um ihre Bevölkerung zu schützen – kein neues Verhalten. Im Rennen um diesen Impfstoff fließen Gelder in Forschung und Testung und die beteiligten Pharmakonzerne machen satte Gewinne[31]. Es zeigt sich, was in einer kapitalistischen postkolonialen Realität zu erwarten war: trotz der lauten Rufe nach Solidarität und einem globalen Kampf gegen das Virus gewinnen nationaler Egoismus und ‚westlicher‘ Imperialismus.

[26] https://www.thelancet.com/journals/lanres/article/PIIS2213-2600(20)30401-X/fulltext
[27] http://journals.ed.ac.uk/index.php/mat/article/view/4968/6997
[28] Castro Varela/Dhawan 2015, S.15
[29] Ebd.
[30] Ebd., S.16
[31] https://taz.de/Entwicklung-von-Corona-Impfstoff/!5713094/

Es geht mit der Erfahrung einher, wie sehr manche Leben, in diesem Fall die von Schwarzen, zur Disposition stehen[32]. In der Hochphase des Kolonialismus beuteten europäische Mächte Länder im Süden derartig aus, dass dort soziale Einrichtungen, wie beispielsweise die Gesundheitsfürsorge strukturell so unterentwickelt blieben, dass Krankenhäuser in Afrika nur europäische Administrator*innen versorgten, während ungeeignete und schlecht ausgestattete Gesundheitsposten Millionen von Nativen versorgten. Unglücklicherweise hatten die öffentliche Gesundheit und die Medizin eine Schlüsselrolle in diesem Prozess, ähnlich wie die Medizin auch daran beteiligt ist das Ende der globalen Ungleichheit hinauszuzögern. Deutschland hält in diesem Zusammenhang einen nicht erstrebenswerten Rekord: So haben deutsche Ärzt*innen beispielsweise zum Wohle des Landes fleißig Frauen in Namibia sterilisiert.

Wenn es in Afrika ein Land mit tiefer kolonialer Prägung gibt, ist dies Südafrika. Vom Landbesitz, bis zum Curriculum, welches noch bis heute auf die Nichtintegration alternativer Medizin im Gesundheitssystem ausgerichtet ist. Die Solidarität, die derzeit angemahnt wird, fehlt mit Blick auf Südafrika dringend, wo viele Menschen ihre Lebensgrundlagen verloren haben. Die Muster der Auswirkungen von Covid-19 folgen den schon existierenden rassifizierten Zugängen zu Ressourcen, wie medizinischer Versorgung oder der Teilhabe an Schutz vor Krankheiten. Eine postkoloniale Perspektive ermöglicht ein besseres Gespür für die Kontinuitäten in kolonialen Strukturen zu bekommen, sowohl im Hinblick auf Zukunftsperspektiven als auch bezüglich materieller Ressourcen und institutionaler Strukturen.

Gerechtigkeit im Verteilungsprozess ist möglich

Mit Blick auf Afrikas marginalisierte Position in der Weltwirtschaft und die Aktivitäten der ‚westlichen‘ Staaten, Impfstoffe für sich selbst zu sichern, auch wenn das bedeutet, dass diese damit armen Länder vorenthalten bleiben, hat die African Union Commission das African Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC) Konsortium für COVID-19 Clinical Trial (CONCVACT) eingerichtet. CONCVACT ist unter anderem darum bemüht, einen gerechten Zugang zu Impfstoffen rund um den Globus herzustellen, in dem sie mit multilateralen Institutionen wie der UN und der WHO zusammenarbeiten. Entsprechend strebt CONCVACT danach, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung, den Erprobungen und der Verteilung von Impfsoffen zu sichern. Während Afrikas wirtschaftliche Position impliziert, dass die Entwicklung eines Impfstoffes auf dem Kontinent höchst unwahrscheinlich bleibt, sind die Prinzipien, die zur Einrichtung von CONCVACT und den Aktionen der African Union und anderen Staaten des globalen Südens, das moralische Gegen-teil zu der auf Konkurrenz basierenden Agenda Europas und den USA. Das verlangt notwendigerweise nach Solidarität. Die Mehrheit der menschlichen Bevölkerung – die sich außerhalb des ‚Westens‘ befindet – scheint diesem Ruf zu folgen. COVID-19 ist mehr als eine medizinische Epidemie, es ist eine soziale Epidemie, der am besten mit Solidarität entgegengewirkt werden kann.

Zu Anfang dieser Pandemie hatten wir leise Hoffnung, dass der Ruf nach Solidarität wirklich globale Geltung haben könnte. Sich Geschichte vielleicht einmal drehen würde und ‚westliche‘ Staaten von all denen lernen, die sie sonst als besonders ‚unzivilisiert‘ und ‚unterentwickelt‘ konstruieren, weil erkannt wurde, dass diese Attribute gerade im Zusammenhang mit Solidarität eher ‚westliche‘ Staaten beschreiben – so unsere Utopie. Der Kampf um einen Impfstoff verdeutlicht aber, wie tief kapitalistische und koloniale Strukturen verankert sind, dass diese noch nicht einmal angesichts eines für alle Menschen gleichsam gefährlichen Virus überdacht oder gar verändert werden können – noch weiter weg von Solidarität geht jedenfalls kaum.

Faisal Garba, Convenor, Global Studies Programme University of Cape Town, South Africa
Principal Investigator, South-South Migration and Inequality Hub, Johannesburg

Isabelle Ihring, Professorin für Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Freiburg mit den Schwerpunkten Flucht und Asyl, Rassismuskritik und Postkoloniale Theorien

[32] https://www.aljazeera.com/opinions/2020/4/8/medical-colonialism-in-africa-is-not-new/

I have a dream – das Recht, das eigene Recht einzufordern zu können. Überall.[33]

Ein Kommentar von Andreas Foitzik zur rassistischen Polizeigewalt - Juli 2020/ NL 29

„Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird.“ Vor über 50 Jahren hat Martin Luther King diese Vision formuliert, und auch wenn sich seither vieles verändert hat, ist dieser Traum für die meisten Menschen dieser Welt immer noch keine Realität.

Aber es ist diese Vision von einer Gesellschaft, in der alle Menschen ein gutes Leben führen können, die auch uns Orientierung gibt für unsere Arbeit. Ein gutes Leben zu führen, bedeutet zum einen einen freien und gleichberechtigten Zugang zu haben zu dem, was man zum Leben braucht. Es bedeutet aber auch, sich frei bewegen und entfalten zu können. Zugehörig sein. Sicher zu sein. Anerkannt und respektiert zu werden als einzelne Person wie in allen Wirs, zu denen mensch sich zugehörig fühlt. Anerkannt und respektiert zu werden in den eigenen und geteilten Träumen wie in den eigenen und geteilten Schmerzen.

Und es gehört eben auch dazu, dass man sicher sein kann, von den Kräften, die für Sicherheit und Konfliktregelung zuständig sind - wie es Martin Luther King sagen würde - nicht nach der Hautfarbe, sondern nach dem Charakter beurteilt zu werden.

Wir wissen, wie weit wir von dieser Idee einer diskriminierungsfreien Gesellschaft entfernt sind. Und wir wissen auch, dass man schnell als radikal wahrgenommen wird, wenn man an dieser Vision festhält. Aber dann ist es gut radikal zu sein, fordern wir hier doch nicht mehr ein, was allen Menschen in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* zugestanden wird.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Geschwisterlichkeit begegnen.“ (Artikel 1)

„Jede hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ (Artikel 28)

„Voll verwirklicht“, nicht nur ein bisschen, oder nur für einen kleinen Teil!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und doch wird die Würde vieler Menschen ständig angetastet. Jeden Tag.

Was das mindeste ist, was wir jetzt gemeinsam durchsetzen müssen, ist das Recht aller Menschen, sich gegen Würdeverletzungen zur Wehr setzen zu können. Das eigene Recht einfordern zu können, ohne Angst zu haben, dadurch neues Unrecht zu erfahren. Sich beschweren zu können, in der Schule, bei der Arbeit, gegenüber den Behörden und eben auch gegenüber der Polizei, wann immer man Benachteiligung, Ungleichbehandlung, Würdeverletzungen erlebt.

Und dabei ist es völlig unerheblich – auch das ist im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz klar geregelt -, ob diese Benachteiligung, Ungleichbehandlung, Würdeverletzungen absichtlich erfolgt. Es zählt nur die Wirkung.

[33] Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung der Einführung zur online-Veranstaltung von adis e.V. „Racial Profiling- Was tun?“ am 14.7.2020. Zum Mitschnitt der Veranstaltung: https://adis-ev.de/publikationen-2/mediathek/mediathek-racial-profiling-was-tun-video

Das ist das, woran wir arbeiten. Das banale Recht, sein Recht in Anspruch nehmen zu können. Immer. Überall.

Wenn ich hier von „Wir“ spreche, stimmt dies bezogen auf viele Visionen und Ziele. Aber gerade auch bei dem Beispiel Polizei wird deutlich, dass wir diese Arbeit vor ganz unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen machen. Während die einen auch schon schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, haben andere auch schon mal eine gute gemacht. Während die einen selbst im Visier des Racial Profiling stehen, müssen andere reflektieren, in welchen Situationen sie selbst „profilen“. Wir haben auch in unserem Team nicht das gleiche Bild von der Polizei, weil wir ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben. Individuell und Kollektiv. Aber was uns eint ist, dass wir es unerträglich finden, dass Menschen, die zu uns in die Antidiskriminierungsberatung kommen, die uns von erniedrigenden und gewaltvollen Erfahrungen mit der Polizei berichten, damit nicht an die Öffentlichkeit gehen möchten, einfach weil sie Sorge vor den Folgen haben. Sie haben Angst. Die Risiken sind zu unüberschaubar. Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Wir müssen zusammen an dem Ziel arbeiten, dass es keine Institutionen in dieser Gesellschaft mehr gibt, die nicht von einer kritischen Öffentlichkeit kontrolliert wird. Dabei geht es nicht zuerst um rechte Polizist*innen. Die gibt es auch. Es geht uns vielmehr um Polizeipraktiken, die – wie Studien zeigen - tief verankert sind, von Generation zu Generation weitergegeben und ohne jedes Unrechtsbewusstsein ausgeübt werden. Es sind Praktiken, die auf rassistische Bilder zurückgreifen und sie reproduzieren. Praktiken/Bilder, die auch in weiten Teilen der Gesellschaft verankert sind.

Es muss in einem demokratischen Rechtsstaat möglich sein, in aller Ruhe und Sachlichkeit über institutionelle Diskriminierung zu sprechen. Bei der Polizei, wie in allen anderen Institutionen. Wenn wir über die Polizei und private Sicherheitsdienste sprechen, dann ist dies zunächst nichts anderes, als wenn wir über den Arbeitsmarkt oder die Schulen sprechen. Und doch geht es hier noch einmal um etwas anders. Eben weil die Polizei mit dem staatlichen Gewaltmonopol ausgestattet ist, greift ihr Handeln potentiell umso tiefer in die Persönlichkeitsrechte ein und muss deswegen umso dringender öffentlich beobachtet und kontrolliert werden. Gleichzeitig hat sie - mehr als alle anderen Institutionen - eine unglaubliche Lobby, die in großen Teilen jegliche Kritik abwehrt.

Wenn der Innenminister sagt, er braucht keine Studie zum Thema Racial Profiling in der deutschen Polizei, weil Racial Profiling verboten sei, ist das in etwas so, wie wenn man sagt, man braucht keine Steuerfahndung, weil Steuerhinterziehung verboten ist. Im Übrigen könnte man dann auch die Strafverfolgung nach den Jugendprotesten in Stuttgart einstellen, weil Scheiben einwerfen auch verboten ist.

„Wenn ich nichts zu verbergen habe, kann ich mich ja kontrollieren lassen“. Dieses Argument hören Menschen, die sich gegen die ungerechtfertigten Kontrollen zur Wehr setzen. Zuerst muss dieser (Grund-)Satz für die Polizei gelten: Wenn ich nichts zu verbergen habe, kann ich mich auch kontrollieren lassen.

Der Reflex der Politik jegliche Kritik an der Polizei abzuwehren, schadet der Polizei als demokratische Organisation und tut denen einen Bärendienst, die mit guten Absichten zur Polizei gehen und dort einen anständigen Job machen (wollen). Genau das ist doch der wesentlichste Unterschied zwischen einer Demokratie und totalitären Regimen: Gerade die Staatsorgane, die mit viel Macht ausgestattet sind, müssen besonders kontrolliert werden und dürfen kein Eigenleben entfalten.

Es ist absolut unverständlich, dass darum überhaupt gerungen werden muss. Dass der UN-Fachausschuss zur Antirassisumskonvention CERD, den Vertragsstaat Bundesrepublik (wörtlich) „drängt zu intensiveren Anstrengungen, um jede Praxis des racial profiling durch Polizeibeamte von Bund und Ländern effektiv zu bekämpfen und zu beenden“, dies

aber die staatlichen Organe mehr oder weniger kalt lässt, sei hier nur als Fußnote erwähnt.

Die Diskursverschiebung nach den Ereignissen in Stuttgart vor drei Wochen ist ein aktuelles Beispiel. Kaum wird in der Gesellschaft über Polizeigewalt und Racial Profiling gesprochen, wird von vielen diese Gelegenheit genutzt, den Diskurs umzudrehen und die Polizei als Opfer darzustellen. Gab es in den ersten Tagen nach den Vorfällen gerade aus der Stuttgarter Polizei heraus noch sehr besonnene Töne, die die Jugendlichen als Stuttgarter Jugendliche bezeichnet haben, wurde dann sukzessive immer mehr die vermeintliche Herkunft dieser Jugendlichen zum Thema. Es waren auf einmal keine deutschen Jugendlichen mehr, sondern Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund wurde dann immer mehr zum eigentlichen Problem. Und nun will der gleiche Polizeipräsident, der in den ersten Tagen nach den Vorfällen so vorsichtig gesprochen hatte, sogar über Generationen hinweg von deutschen Jugendlichen die Migrationshintergründe recherchieren lassen. Haben Sie schon mal davon gehört, dass aus Präventionsgründen die Polizei die Stammbäume von Wirtschaftskriminellen untersucht, oder bei jugendlichen Nazis nach den Biografien ihrer Großväter forscht?

Wenn es wirklich darum geht, zu verstehen, warum es in dieser Situation zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, müssten weniger die Familienverhältnisse, als die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick genommen werden. Dann müssten andere Fragen gestellt werden, beispielsweise: Welche Rolle spielen die durch strukturellen Rassismus geprägten sozialen Milieus, in denen die Jugendlichen leben? Welche Rolle spielen Ausschluss und Ausgrenzungserfahrungen? Welche Rolle spielen Erfahrungen entwürdigender Behandlungen durch Institutionen wie die Polizei selbst? Welche Rolle spielen öffentliche Stigmatisierungen als Kriminelle? Gab es nicht schon immer das Phänomen von Jugendprotesten? Wer benutzt diese Jugendkrawalle für was? Wem kommen sie gelegen?

Wir müssen dieser Diskursverschiebung von „black lives matter“ zu „Polizei als Opfer“ etwas entgegensetzen. Wir alle, speziell aber auch die Soziale Arbeit muss sich entschieden gegen jede Form von Racial Profiing stellen. Dies ist, wie Vassilis Tsianos es nennt, Demokratiearbeit[34].

Wir von adis e.V. haben uns lange nicht zu diesem Thema öffentlich geäußert. Wir wissen um die Meinungsmacht derer, die genau diesen Diskurs nicht wollen. Wir tun uns auch nicht leicht mit diesem Thema.

Dabei spielt das Thema Racial Profiling in unserer Arbeit schon lange eine wichtige Rolle. Wir haben bereits im November 2014 in Folge des NSU-Skandals mit dem Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik eine kleine Kampagne gemacht zum institutionellen Rassismus in den Sicherheitsbehörden[35]. Vor wenigen Monaten ist unsere Publikation „Recht vor Gnade“[36] erschienen, in dem wir 20 internationale Menschenrechtsentscheidungen vorstellen, davon auch mehrere zum Thema Racial Profiling, um sie nutzen zu können für den Kampf gegen Diskriminierung. Eben weil Gleichbehandlung kein Gnadenakt ist, sondern ein Recht, das allen zusteht.

Trotzdem hat es die wirklich beeindruckende Kundgebung vom 6. Juni von der Gruppe Black Visions & Voices aus Tübingen gebraucht, um uns bei adis e.V. den Anstoß zu

[34] In Standpunkt: Sozial, Ausgabe 2018/1, Themenheft Antidiskriminierungspolitik – Anfragen an die Soziale Arbeit, HAW Hamburg, Bestellung dieses sehr wichtigen Broschüre zum Thema Racial Profiling, über juergengeorg@haw-kamburg.de

[35] https://www.rassismuskritik-bw.de/aufruf-paedagoginnen-gegen-institutionellen-rassismus/

[36] https://adis-ev.de/recht-vor-gnade-bedeutung-von-menschenrechtsurteilen-fuer-die-diskriminierungskritische-soziale

geben, uns nach vielen Jahren wieder öffentlich auch zu diesem Thema zu äußern. Anlässe hätte es genug gegeben.

Uns so gibt es genügend Anlässe, etwas zu tun, und nicht nur darüber zu reden:

Auf der Ebene der Polizei selbst: Wir sehen, dass es innerhalb der Polizei große Unterschiede gibt, wie sie sich in konkreten Situationen verhalten. Wir appellieren an Polizist_innen verantwortungsvoll zu agieren und Kolleg_innen, die rassistisch handeln nicht zu decken. Wir wünschen uns, dass diskriminierungskritische Bildung, Machtsensibilität und Reflektion der eigenen Rolle und der Geschichte von Rassismus in der Ausbildung und im Berufsverständnis von Polizist_innen eine angemessene Rolle spielen und wir alle Menschen guten Gewissens an die Polizei verweisen könnten.

Aber auch für alle anderen gibt es Unterstützungsmöglichkeiten: Passant_innen rufen wir auf, sich einzumischen und dazwischenzugehen, wenn sie Übergriffe beobachten.

Alle, die Geld übrighaben, können Geld spenden, um Rechtsverfahren durchführen zu können[37].

Vor allem aber solidarisieren wir uns mit dieser Veranstaltung mit allen, die sich weltweit gegen Rassismus einsetzen. Jetzt und immer wieder.

[37] Wir empfehlen hier den Rechtshilfefonds von KOP (Kampagne für rassistische Polzeigewalt): https://kop-berlin.de/spenden

Der Schwarze Atlantik in Deutschland

EinBlick von Saraya Gomis zur Schnittstelle von Anti-Schwarzem Rassismus und Schule - Juni 2020/NL 28

Menschen afrikanischer Herkunft in Südafrika, Frankreich, Uganda, Deutschland, Senegal und darüber hinaus legen bereits lange lokale und glokale Kontextualisierungen und Analysen globaler Ungleichheitsstrukturen für uns bereit. Diese Arbeit und auch die Vorlage eventueller Lösungen geschehen nicht erst im Zusammenhang mit der aktuellen Deutlichkeit eines rassifizierenden kapitalistischen Gesundheitswesens, struktureller und institutioneller Diskriminierung sowie tödlicher Polizeigewalt in den USA, die die mediale Aufmerksamkeit derzeit auf sich ziehen. Dr. Céline Barry schreibt anlässlich des Schattenberichts unserer Antidiskriminierungsberatung 2018: "Der Atlantik ist der Himmel, unter dem sich Schwarze verbinden. Schwarze Erzählungen ernst zu nehmen, verändert den Blick auf Gesellschaft und Institutionen. Denn die Geschichten, die Schwarze über Berlin, Deutschland, Europa und die neokoloniale Welt erzählen, offenbaren die Abgründe eines von Kolonialität geprägten Gesellschaftssystems. Sie bringen die Erde zum Beben."

Dass Anti-Schwarzer Rassismus die deutsche Gesellschaft strukturiert, gehört zum Wissensbestand Schwarzer Communities. Wenn wir uns den aktuellen Debatten in Deutschland zuwenden, scheinen wir jedoch bis ins Unendliche und ganz im Sinne des Erhalts des Status Quos erläutern zu müssen, dass die Zusammenhänge zwischen der Geschichte des Kolonialismus und dem gegenwärtigen Rassismus gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft hier und an den Grenzen der Festung Europa und den in den Lagern im eigenen Land schon weit vor der Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 untersucht worden sind. Auch die Aufforderung, die Diskriminierungen von Menschen afrikanischer Herkunft mit spezifischen Mitteln zu bekämpfen, wurde nicht erst durch den Ausschuss zur Überwachung des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (allgemeine Bemerkung Nr. 34) formuliert. Der Schwarze Atlantik hat diese Erkenntnisse über Generationen hinweg weitergegeben.

Deutschland ist auch von kolonialrassistischen Vorstellungen, Handlungen und Erzählungen geprägt, die strukturell und institutionell unterschiedliche Auswirkungen auf den Status, sich aufhalten zu dürfen, die Gleichstellung und den sozio-ökonomischen Status haben. Auch auf Bildungsgerechtigkeit, Wohnungssuche, Bewegungsfreiheit, medizinische Versorgung, soziale Unterstützungssysteme und selbst auf die Zugänge zu Communities-Care wirkt diese Strukturiertheit der Gesellschaft ein. Rassifizierung dient als hierarchisierender Klassifikationsprozess und Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen sind den invasiven, kumulativen Formen des Anti-Schwarzen-Rassismus ausgesetzt, die auch in der Geschichte der Maafa gründen.

Eines der spezifischen Merkmale des Rassismus gegen Schwarzen Menschen liegt in der besonderen Verbindung von *biologistischer Rassifizierung*, dessen, was häufig als *Kulturalismus* bezeichnet wird, und dem sogenannten *Rassismus ohne Rassen* (im Sinne Stuart Halls). In dieser Verbindung wird bestimmt, wie sich Anti-Schwarzer-Rassismus manifestiert und welche soziale, ökonomische, politische und rechtliche Gestaltung Anti-Schwarzer-Rassismus findet. Aus dieser Verbindung ergibt sich u.a. die besondere Verfasstheit der Ausbeutung und Verwertung des Schwarzen Körpers, der rassistischen Absprache des Rechts am eigenen Körper oder auch die Ausbeutung und Verwertung von Schwarzem, afrikanischem und afrodiaporischem Wissen, Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Kompetenz oder Kultur.

Polizeigewalt ist eine der Manifestationen Anti-Schwarzem-Rassismus, wie er sich in den deutschen Institutionen niederschlägt; Rassismus in Behörden, Lagern, Migrationspolitiken und im Bildungssystem weitere. Um einen umfassenderen Blick in die Systematik institutionellen Rassismus zu erhalten, müssen diese Bereiche zusammen gedacht werden. Wie die folgenden Ausführungen zeigen, ist die Auseinandersetzung mit dem Lebensbereich Schule ein zentraler Baustein für die Erkenntnis der Tiefen eines institutionalisierten, rassifizierten Systems.

Im Kontext von Schule und Anti-Schwarzem Rassismus wird auch hierzulande bereits lange auf rassistische oder Rassismus reproduzierende Bildungsmaterialien, Quellen(-perspektiven), Medien und Aufgabenstellungen hingewiesen[38].

Wir sprechen, schreiben und bearbeiten auch schon lange von Anti-Schwarzem-Rassismus geprägte Urteile über Lern-, und Leistungsvermögen sowie Intelligenz und Kompetenzen von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Schüler:innen, deren Eltern, Sorge- oder Fürsorgeberechtigten bzw. deren Familien. Gleiches gilt für die rassistische und adultistische Sexualisierung junger Menschen, der Beurteilung ihrer Körper und Phänotyps, der reduktiven Exotisierung sowie Zuschreibung von höherem Alter, größerer Kraft, Bewegungsdrang, Aggressionen oder Schmerzunempfindlichkeit in Schulen. Widerstandswissen gegen sogenannte Unterstützungsmaßnahmen wie Fördermaßnahmen basierend auf Rassifizierungen von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen mittels rassifizierender Pathologisierungen und Kolonialisierung von Bewegung, Körper und Stimme wird in sowohl in Elterngruppen geteilt als auch durch Schwarze Forschende dazu Wissen und Analysen bereitgestellt. Diskriminierende Begriffe wie das N-Wort, Vergleiche aus der Tierwelt oder mit Körperausscheidungen und deren Verteidigungen – wenn Vorfälle dieser Art thematisiert werden – gehören mit weiteren glokalen Kontinuitäten Anti-Schwarzen Dehumanisierungen über den europäischen (Kolonial-)Rassismus hinaus zum Alltag vieler Schwarzer Schüler:innen.

Wie andere Schüler:innen of Color oder jüdische Schüler:innen sind auch Schüler:innen afrikanischer Herkunft mit verschiedenen Formen der Diskriminierung und darüber hinaus mit den spezifischen Auswirkungen des Anti-Schwarzen-Rassismus konfrontiert. Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Schüler:innen teilen mit anderen Schüler:innen, die Diskriminierungen erfahren, spezifische Wirkungsverhältnisse der Verwobenheit mit anderen Diskriminierungen. Sie sind nicht nur mit Mikroaggressionen, stereotyper Bedrohung, Veranderung, rassistischer Gewalt oder Kulturalisierungen konfrontiert – Erfahrungen, die sie mit anderen Schüler:innen teilen – , sondern auch mit spezifischen invasiven Formen der Entmenschlichung in kolonialen Traditionen und Kategorien: Sie erfahren kumulative Formen der Diskriminierung, die über die Kulturalisierung hinausgehen und auf biologistische Schöpfungen, die über rassistische Einordnungen über Hautfarbe, Haar, Gesichtszüge hinausgehen, beruhen. Diese Eigenschaften des Anti-Schwarzen-Rassismus ordnet Schüler:innen afrikanischer Herkunft nicht nur aufgrund ihrer Kultur bzw. der Rassifizierung der Kategorie Kultur häufig in die unterste Stufe der Rassifizierungshierarchie ein, sondern auch aufgrund ihrer rassifizierten „Genetik“.

Auswirkungen von Anti-Schwarzem-Rassismus zeigen sich zum einen spezifisch, etwa in Formen der Bestrafung, der Kontrolle von Körper und Geist, zum anderen in Überschneidung mit den Erfahrungen anderer Schüler:innen mit Diskriminierungserfahrungen, wie etwa der Wahrscheinlichkeit, bestimmte Schulen nicht besuchen zu können, oder den Diskriminierungen, die durch das Einbinden von Sozialdiensten, psychologischer Hilfe, Polizei und anderen Institutionen im Bad des strukturellen, institutionellen Rassismus entstehen.

Im Sachbericht von 2019 der Kontakt- und Beratungsstelle zu Anti-Schwarzem-Rassismus EACH ONE des Vereins EOTO e.V. heißt es für den Bereich Bildung:

> „Schwarze Kinder erfahren in besonders hohem Maße im Bildungsbereich Benachteiligung: Die Kriminalisierung Schwarzer Schüler*innen, die zu schlechten Noten, Schulverweisen, Mobbing und Isolation führen, verläuft dabei oft über die Markierung und Degradierung des Schwarzen Körpers. Nennenswert ist, dass in den meisten Fällen, in denen Schwarze Kinder in der Bildung diskriminiert wurden, das N-Wort gefallen ist. Dies verweist auf den Zusammenhang dieser Beleidigung mit der rassistischen degradierenden und ausschließenden Behandlung Schwarzer

[38] Siehe zum Beispiel den rassismuskritischen Leitfaden zur Reflexion bestehender und Erstellung neuer didaktischer Lehr- und Lernmaterialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zu Schwarzsein, Afrika und afrikanischer Diaspora, https://www.elina-marmer.com/wp-content/uploads/2015/03/IMAFREDU-Rassismuskritischer-Leiftaden_Web_barrierefrei-NEU.pdf.

> Menschen. Die mangelnde Reaktionsfähigkeit und Sensibilität für die Gewaltsamkeit des Wortes wurde vielerorts festgestellt und bedarf dringender Sensibilisierungs- [im Sinne von Professionalisierung] und Schutzmaßnahmen.“

Überlebensstrategien für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische junge Menschen im Bildungssystem beinhalten auch hier u.a. Communities Care, Selbstorganisation und auch *das Gespräch* (*the talk*). Denn auch im Kontext Schule ist zum Beispiel immer wieder Racial Profiling, das auch den Weg zur Schule begleitet und die in der Schule eingeforderte Pünktlichkeit, ggf. zunichte machen kann, ein relevantes Thema; auch über das voranstehende Anrecht auf die eigene Unversehrtheit hinaus.

Den spezifischen Erfahrungen von Anti-Schwarzem-Rassismus von jungen Schwarzen Menschen in der professionellen Arbeit in Schule überhaupt Raum zu geben, angemessene Interventions-/Präventionsarbeit zu leisten und Schutz sicherzustellen wird durch einen weiteren Aspekt des Anti-Schwarzen-Rassismus häufig besonders erschwert: Die Aneignung und Konsumption von Black Consciousness, Black Power, Black Culture oder einer Afrika-Romantik als kapitalbringende Pop-Kultur ermöglicht das Dethematisieren von Rassismus gegen Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen. Konsum wird dabei mit Wertschätzung und antirassistischer Haltung gleichgesetzt. In einem noch unveröffentlichten Text führe ich dazu aus, dass

> „[e]in Aspekt der Rassifizierung von Schwarzen Menschen afrikanischer und afrodiasporischer Herkunft (…) ist die kapitalistische Verwertung der Resilienz und der Selbstermächtigung, der Erfahrungen, der Widerstandspraxis, der Widerstandssymbole und widerständigen Analyse ebenso wie die des Schwarzen Körpers mit Haut und Haar. Unter diesem Aspekt von Anti-Schwarzem-Rassismus wird nicht nur z.B. Blackfishing betrieben, sondern es ermöglicht performative und konsumierende, häufig nur auf (u.a. depolitisierte, ahistorisierende) Teilaspekte ausgerichtete Teilhabe an „Pop-Kultur“ und ist vor allem auf die Konsument:in (z.B. positive Eigenwahrnehmung) oder die Produzent:in (z.B. Gewinn, Ansehen der Marke) ausgerichtet und hat nicht mit einer größeren Anerkennung, Aufmerksamkeit oder Arbeit für überprüfbare globale und lokale strukturelle und institutionelle Veränderungen zu tun.“

Auch im Angesicht des Dilemmas, dass viele Aspekte der fortwährenden Widerstandsarbeit und der Selbstermächtigung der oben beschriebenen Verwertung zum Opfer fallen wird, setzen Schwarze Eltern den Marginalisierungen, die ihre Kinder, Familie und Communities erfahren, die Zentrierung, die Heterogenität sowie den positiven Selbstbezug unablässig entgegen. Institutioneller Rassismus wird im Macpherson-Report als kollektives Versagen einer Organisation bezeichnet, Menschen aufgrund von Diskriminierungen und Rassismus einen angemessenen und professionellen Service bereitzustellen, definiert. Schwarze Communities wissen dies schon lange: Der strukturellen Machtasymmetrie werden die gegenseitige Bildung, das Erstellen von Analysen und Expertisen, Heilung, Zusammenschluss, Verweigerung sowie Widerstand und Allianzen entgegengesetzt.

In diesem Sinn gilt unser aufrichtiger Dank allen Schwarzen Schüler:innen und ihren Bezugspersonen, den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Vereinen und Initiativen, den Beratungsstellen, den Aktivist:innen, Künstler:innen, Wissenschaftler:innen, Expert:innen unterschiedlichster Fachgebiete und Institute Afrikas und der Diasporas, von denen wir in Bezug auf Anti-Schwarzen-Rassismus im Kontext Schule lernen und unter deren Schwarzem Himmel wir uns vereinigen durften. Auch unser seit 2020 bestehendes Kompetenzzentrum möchte sich hier einreihen: Wir sind, weil ihr seid.

Saraya Gomis mit geschwisterlicher Unterstützung von Dr. Céline Barry und Daniel Gyamerah für Each One Teach One e.V.

Diskriminierungs-/Rassismus-Kritik und Menschenrechtsorientierung in einer Gesellschaft, deren Dominanzgesellschaft weiter ausbeuten, diskriminieren und Menschenrechte brechen will

Ein Kommentar von Claus Melter zur Bedeutung von Menschenrechtsurteilen für die Soziale Arbeit - Februar 2020/NKL26

Staatlich und gesellschaftlich weitgehend geduldete Gewalt

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ (Adorno 1966) Dass wir aus der Geschichte lernen sollen und wollen, wird niemand ernsthaft kritisieren. Allerdings lernen sowohl Opfer als auch Täter*innen ausgeübter oder geplanter Gewalttaten aus der (Nicht-) Verfolgung der Täter*innen und der geringen Solidarität mit den Opfern.

Über die von Deutschen 1904 bis 1908 ausgeübten Völkermorde im heutigen Namibia und heutigen Tansania weiß ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland heute wenig bis nichts. Und keine deutsche Regierung hat bisher eine offizielle Anerkennung der Tatsache des Völkermordes ausgesprochen. Die Nachkommen der Herero und Nama sowie der Maji Maji-Bewegung in Tansania streiten seit Jahrzehnten um diese Anerkennung, um Landreformen und Reparationen. Doch die Stimmen der Nachfahren der Opfer werden nur in kleinen Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft gehört. Bereits Hitler kommentierte die Nicht-Verfolgung des Völkermordes an den Armenier*innen 1914-1917, dass bereits etwa 10 Jahre später niemand mehr darüber spreche und den Tätern nichts geschehen war (vgl. Micha Brumlkik: Aus Katastrophen lernen? Wien 2004). Gleiches erlebten bestimmte Gruppen von Verfolgten im Nationalsozialismus, wie zum Beispiel die als „asozial“ oder als „behindert“ kategorisierten Personen. Unzureichenden Schutz des Staates erhalten vielfach auch heute noch Opfer rassistischer Gewalt (https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/kartell-internet-1.pdf), benannt sei hier auch der Umgang mit dem sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund, die Verfolgung der Familien der Angehörigen der Opfer. Aber auch viele Bestimmungen im Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Asylbewerberleistungsgesetz sind diskriminierend und menschenrechtsverletzend, so die eingeschränkte Gesundheitsversorgung von Personen im Asylverfahren und bei einer Duldung.

Widerstand gegen Diskriminierung und Gewalt

All dem gegenüber gibt es vermehrt seit mehr als fünfzig Jahren die Selbstorganisation von diskriminierungs- und rassismuserfahrenen Personen, insbesondere in den Bereichen Gewalt gegen Frauen und Rassismus. Nachdem sich Beratungsstellen gegen sexualisierte und andere Gewalt sowie Frauenhäuser vielfach etabliert haben (ohne das die vor allem von Männern ausgeübte Gewalt reduziert wurde, auch weil zu wenig mit den gewalttätigen Männern konfliktorientiert gearbeitet wird) und Selbstorganisationen wie der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (www.isdonline.de), etablieren sich mittlerweile vor allem seit den 2000er Jahren Antidiskriminierungsstellen (vgl. https://www.antidiskriminierung.org/), die Opfern insbesondere von rassistischer Diskriminierung zur Seite stehen, beraten und bei Prozessen begleiten. Die Erfolge des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sind vor Gericht sehr unterschiedlich: Während einerseits einige Disko- und Fitnessclub-Besitzende oder Arbeitgebende wegen Diskriminierung bei Nicht-Einlass-Praxen oder Nicht-Anstellung verurteilt wurden, gibt es andererseits krasse Fehlurteile trotz erwiesener rassistischer Diskriminierung (z.B. https://www.westfalen-blatt.de/OWL/Bielefeld/Bielefeld/3612484-ZAB-Gericht-weist-Klage-von-gebuertigem-Nigerianer-mit-deutschem-Pass-zurueck-Entlassung-nicht-diskriminierend).

In diesem gesellschaftlichen Spannungsfeld, in dem die rechtsextreme AFD zunehmend mehr Stimmen erhält und wo es in so gut wie keine Schule, Hochschule und Behörde klare Beschwerde- und Verfahrenswege bei ausgeübter/erlittener Diskriminierung gibt, erscheinen seit Jahren profunde Texte zur (Sozialen) Arbeit gegen Diskriminierung und

Rassismus, u.a. von Nivedita Prasad „Mit Recht gegen Gewalt“ oder „Soziale Arbeit mit Geflüchteten“. In dieser Tradition der Diskriminierungskritik und konkret angewandten Menschenrechte steht auch das gerade 2020 von Nivedita Prasad, Kathrin Muckenfuss und Andreas Foitzik herausgegebene Buch „Recht vor Gnade. Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit“. In diesem Buch werden 20 Fälle nationaler und internationaler Gerichte/ Gremien im Kontext der Verletzung von Grund- und Menschenrechten geschildert, damit sich auf diese in der konkreten Unterstützungs- und Antidiskriminierungsarbeit bezogen werden kann. Eine engagierte, historisch und rechtlich informierte und reflektierte Professionalität gegen Diskriminierung und Rassismus ist mehr denn je notwendig in der solidarischen Arbeit mit denjenigen, die diskriminierend und rassistisch angegriffen werden, und in der konfliktorientierten sowie auf Verantwortungsübernahme und Handlungsveränderung zielenden Arbeit mit den Täter*innen und Privilegierten in diskriminierenden und rassistischen Verhältnissen.

Die Notwendigkeit einer diskriminierungs- und rassismuskritischen Sensibilität und Selbstreflexion in Projekten und Beratungsprozessen hat Farah Melter in ihrem Text „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“ – Rassismuskritische Sensibilität in Medien- und Theaterpädagogik“ (2017 im Buch „Kritisch ambitionierte Soziale Arbeit“) detailliert geschildert.

Das Kennen der konkreten UN-Konventionen und der Gerichtsentscheidungen kann in Verbindung mit einer (selbst-)kritischen Professionalität helfen, die Verletzung der Menschenrechte besser zu erkennen und etwas dagegen auf informierte und engagierte Weise zu tun.

Nie wieder 2015!

Kommentar von Paul Mecheril zur Jubiläumsausgabe des Newsletters - November 2019/NL25

Die Konstruktion des Nationalstaates, zumindest jener Typ von Konstruktion, in dem Raum als Territorium verstanden wird sowie Menschen, die in einem Verweisungszusammenhang stehen, als natio-ethno-kulturell Wir aufgerufen werden, steht unter gegenwärtigen Bedingungen praktisch-funktional wie legitimatorisch in einer tiefen und grundlegenden Krise. Eric Hobsbawn schreibt in dem Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe von 2004 seiner 1990 erstmals erschienen Abhandlung zu Nationen und Nationalismus: „Jener Prozess, der aus Bauern Franzosen und aus Einwanderern amerikanische Staatsbürger hat machen lassen, kehrt sich gegenwärtig um (ebd. 2004: XII)“ und er schließt das Vorwort mit der Frage, was, wenn überhaupt irgendetwas, im 21. Jahrhundert an die Stelle des allgemeinen Modells der Beziehung zwischen Staat und Volk treten wird“ (ebd.: XIII). Seine Antwort ist: „Wir wissen es nicht“ (ebd.).

Anders als vorherrschende Krisensemantiken es nahelegen, haben wir es also gegenwärtig weniger mit einer Migrations- oder Flüchtlingskrise zu tun, sondern mit der Krise der Legitimität und Funktionalität der nationalstaatlichen Ordnung, eine Krise, die nicht allein, aber auch durch transnationale Migrationen intensiviert wird. Ich möchte darauf verweisen, dass diese praktisch-funktionale wie legitimatorische Krise eine Chance der Veränderung der Verhältnisse in Richtung normativ wünschenswerter Verhältnisse darstellt und zwar deshalb weil dem Nationalstaatskonzept eine unabweisliche, symbolische und faktische Gewalt gegen natio-ethno-kulturell kodierte Andere inhärent ist, die insbesondere unter Bedingungen transnationaler Migration und den damit verbunden Ansprüchen auf die Universalität menschlicher Selbstbestimmung in ihrem konstitutiven Legitimationsdefiziten besonders deutlich in Erscheinung tritt. Diese Gewalt gilt es zu mindern (ohne damit gleich notwendig das Ende des Nationalstaats zu fordern).

Was Seyla Benhabib als Paradox demokratischer Legitimität und Souveränität (Benhabib 2016: 198) bezeichnet, nämlich den Umstand, dass in der Logik der demokratischen Revolutionen der Moderne Bürgerrechte auf Menschenrechten beruhen, aber Bürgerrechte nur einer exklusiven Wir-Gruppe zugesprochen werden, dieses demokratische Paradox wird in seiner Fragwürdigkeit unter gegenwärtigen Bedingungen besonders augenfällig.

Die Programmatik des Wertes des Menschen konnte sich in der Europäischen Nationenpraxis paradox nur durch faktische und symbolische Instrumentalisierung, Vergegenständlichung der Anderen sich vollziehen. In besonders klarer Weise hat dies Theo Goldberg (2002) herausgearbeitet, der zeigt, wie die Herausbildung und Verfasstheit moderner Staatlichkeit von *race*-Konzepten vermittelt wird. Das Vorstellungsbild und die Praxisform „Rasse“ stellen nach Goldberg einen essentiellen Bestandteil der epistemischen, philosophischen und materiellen Entwicklung des modernen Nationalstaats und seiner laufenden Gouvernementalität dar.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, dass im Koalitionsvertrag zwischen der Deutschen Sozialdemokratie und den christlichen Parteien in Deutschland ausgeführt wird: „Zur Sicherung der Freizügigkeit innerhalb Europas gehört ein wirksamer Schutz der europäischen Außengrenzen. Dazu wollen wir Frontex zu einer echten Grenzschutzpolizei weiterentwickeln“ (Koalitionsvertrag 2018: 104). Es braucht also einer Grenzschutzpolizei und Selbstschussanlagen, es braucht also das das Sterben in Kauf nehmende Aufhalten der Anderen (und ihrer zivilisatorischen Dämonisierung) um unser Humanum der konkreten Menschheit wahr bleiben zu lassen. Dieses Spannungsverhältnis, das zwischen Paradox und Verlogenheit changiert, wird gegenwärtig besonders deutlich; nicht zuletzt auch, weil rassismuskritisches und postkoloniales Wissen, entsprechende epistemischen Instrumente und Perspektiven bedeutsaner geworden sind. Diese verweisen etwa auf die Analyse politischen, epistemischen und strukturellen Bedingungen, Formen und subjektivierenden Konsequenzen der Fortwirkung der binären Unterscheidung zwischen Kolonisierenden

und Kolonisierten, beispielsweise in der Figur der Zuintegrierenden vs. der Integrierenden/Integrierten. Die aus dem Spannungsfeld von Aufklärung und epistemischer Gewalt resultierenden Formen der nicht zuletzt pädagogischen Produktion des Wissens über ethnisch oder kulturell kodierte Andere und ihre alltags-, wie gesellschaftspolitischen Konsequenzen geraten rassismuskritischen Ansätzen in den Blick. Mit diesen Ansätzen geht es darum herauszustellen, dass die Legitimität der natio-ethno-kulturell kodierten Unterscheidungslogik grundlegend schwach ist und sich von daher als ein Maß des Politischen, aber auch des Pädagogischen folgendes ergibt: Es lohnt Praktiken und Lebensformen zu erkennen, strukturell anzuerkennen, aber auch ihre Aneigenbarkeit zu ermöglichen, die nicht in dieser Intensität und nicht in dieser Weise von natio-ethno-kulturellen Regimes der Unterscheidung bestimmt und angeordnet werden.

Die Dinge müssen hierbei nicht gänzlich neu entdeckt werden und es kann hier auf Ansätze wie diversity education, global citizenship education, Menschenrechtspädagogik, Friedenspädagogik, kosmopolitische Pädagogik, nachhaltige Bildung etc. hingewiesen werden. Die Räder müssen nicht neu erfunden werden, jedoch benötigt die Pädagogik, die hier angedeutet ist, einen dezidiert kritischen Bezug auf implizite und explizite *race*-Kategorien, in und mit denen die Ungleichheit des Menschen durchgesetzt und legitimiert wird, womit sich auch das verbindet, was Bauman (2006) Adiaphorisierung nennt, also eine moralische Neutralisierung und die Alltagskultur einer buchhalterisch-administrativen Gleichgültigkeit, die die Anteilnahme an dem Schicksal und Leid Anderer verhindert und damit auch jene politische Einbildungskraft, die erforderlich ist, um Menschheit politisch wie pädagogisch nicht partikular und bloß konkret, sondern konkret allgemein zu denken. Bevor sich diese Kritik aber nach außen richtete, hätte sie sich an den Ort der Thematisierung zu richten, also an die Pädagogik selbst. Angesichts der reaktionären Tendenzen in Europa und Deutschland in der auch offiziellen Migrationspolitik ist es allerdings offen, ob es dazu kommen wird. Im Koalitionsvertrag ist das Kapitel zu Migration überschrieben mit „Integration fordern und unterstützen“ (gefördert wird also nicht mehr und das Fordern hat die Führungsposition ganz offen übernommen) und es heißt dort: „Wir setzen unsere Anstrengungen fort, die Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa angemessen mit Blick auf die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft zu steuern und zu begrenzen, damit sich eine Situation wie 2015 nicht wiederholt“. Nie wieder 2015! Das klingt verstörend wie ein Echo auf die ersten Zeilen von Adornos Erziehung nach Auschwitz (vgl. Adorno 1966). Nie wieder 2015! Nie wieder darf der Vorrang unserer Wünsche und unserer Routinen in Frage gestellt werden. Und der Umstand, dass für diese Programmatik des Nie-wieder-2015, die auch im Bildungsbereich des Koalitionsvertrags ihren Widerhall findet und die weitgehend als Assimilation konzipierte Integration der Anderen in den Nationalstaat als erstes Bildungsziel setzt, mit nicht zuletzt auch monetärer Förderung einer entsprechenden pädagogischen Praxis und der entsprechenden pädagogischen Forschung als Integrationsforschung einhergeht, steigert die Zuversicht nicht, dass die Erziehungswissenschaft und Pädagogik sich rassismuskritisch mit sich selbst befasst.

Dennoch und gerade deshalb ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Rassismuskritik der Pädagogik von besonderer Bedeutung. Rassismuskritische Forschung (etwa Korooshy/Mecheril 2019) ist nicht darauf aus, den Rassisten oder die Rassistin zu identifizieren und ein Urteil über sie zu sprechen. Wissenschaftliche Kritik ist nicht moralisches Urteil über die bösen und falschen anderen, sondern eine Praxis, die das Wirken von Dominanz- und Herrschaftsverhältnissen, den Bedingungen ihres Wirksam-Werdens, ihre interaktiven, institutionellen und subjektivierenden Konsequenzen analysiert und auf den Begriff bringt. Rassismuskritik der Erziehungswissenschaft geht es um eine Aufklärung der Art und Weise, der Orte und Gelegenheiten der Wirksamkeit und Nicht-Wirksamkeit von in Zeiten des programmatischen Post-Rassismus, zumeist von den Akteuren unabsichtlich aufgerufenen *race*-Kategorien und Fragen der Veränderbarkeit der Wirksamkeit des *race*-Denkens.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 92–109.

Bauman, Zygmunt (2006): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburg: Hamburger Edition, 2. Auflage.

Benhabib, Seyla (2016): Kosmopolitismus ohne Illusionen: Menschenrechte in unruhigen Zeiten. Berlin: Suhrkamp, 1. Auflage.

Goldberg, David T. (2002): The racial state. Malden, Mass. U.a.: Blackwell.

Hobsbawm, Eric J. (2004): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a.M.: Campus.

Koalitionsvertrag (zwischen CDU, CSU und SPD) (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1 [Zugriff: 25.03.2019].

Kooroshy, Shadi/Mecheril, Paul (2019): Wir sind das Volk. Zur Verwobenheit von race und state. In: Hafeneger, Benno/Unkelbach, Katharina/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische Politische Bildung. Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag, S. 78-91.

Bleiberecht statt Ausgrenzung und Entwürdigung

Kommentar von Ramona Lenz und Britta Rabe zur Abschottungs- und Abschiebepolitik - Juli 2019/NK24

Der Weltflüchtlingstag am 20. Juni wurde von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen als Gelegenheit, sich für „bessere Lebensbedingungen für die Betroffenen und ein bestmögliches Zusammenleben von Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung“ einzusetzen. Das ist in Zeiten verweigerter Seenotrettung und verschärfter Abschiebegesetze auch bitter nötig. Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung, vor Armut oder den Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig finden immer weniger Menschen Schutz in Europa. Die europäischen Staaten sprechen von Fluchtursachenbekämpfung und bekämpfen stattdessen an vorverlagerten Außengrenzen die Flüchtlinge selbst. Gelangen die Menschen trotz aller Hindernisse bis ans Mittelmeer, wird ihre Überfahrt nach Europa mit allen Mitteln verhindert. Menschenrechtsanwälte erstatteten daher jüngst am Internationalen Gerichtshof in Den Haag Strafanzeige gegen die EU wegen kalkulierten Sterbenlassens auf dem Mittelmeer und in den Folterlagern Libyens. Der Vorwurf lautet: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Und Deutschland? Auch hier setzt die Politik auf Abschreckung und Abschottung. „Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land verlassen“, erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer erst am 7. Juni wieder, als der Bundestag das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ beschloss. Es beinhaltet unter anderem einen neu geschaffenen Status, der noch prekärer ist als eine Duldung, Leistungskürzungen unter das Existenzminimum und die nahezu unbegrenzte Erweiterung von Gründen für Abschiebungshaft. Bei der Innenministerkonferenz in Kiel letzte Woche bekräftigte Seehofer dann noch einmal seine Einschätzung, dass – ungeachtet aller Warnungen vor der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage im Land – Abschiebungen nach Afghanistan generell und nicht nur für Straftäter vertretbar seien.

Der gewünschte Effekt all der Gesetze und Maßnahmen gegen Flüchtlinge ist, dass immer mehr von ihnen in permanenter Angst leben und keine Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland haben. Mit dem Entzug ihrer Existenzgrundlagen werden sie gezielt in die Illegalität getrieben. Die damit einhergehende Rechtlosigkeit begünstigt Ausbeutung und andere Zwangsverhältnisse. Dabei leben bereits jetzt mitten unter uns viele Menschen unter extrem prekären Lebensbedingungen, insbesondere Menschen ohne deutschen Pass. Vor allem Geduldete und Illegalisierte (Menschen ohne Papiere) sind faktisch Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Sie sind gezwungen, illegal und maximal ausbeutbar im Niedriglohnsektor zu arbeiten, als Putzkräfte, in der Pflege, in der Gastronomie oder auf dem Bau. Ihre Rechte als Mieterinnen, Schüler oder Arbeitnehmerinnen können sie nicht wahrnehmen. Auch eine angemessene medizinische Behandlung ist für viele nicht zugänglich.

Für ein Land, das stolz darauf ist, die Menschenwürde in seiner Verfassung verankert zu haben, ist ein solcher Zustand nicht hinnehmbar. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes, dessen 70. Jahrestag erst Ende Mai gefeiert wurde. Mit diesem Satz werden Staat und Politik verpflichtet, allen, die in Deutschland leben, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dieses Grundrecht ist unteilbar: Es gilt für alle – nicht nur für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Zentrale Bedingung dafür ist die „Freiheit von Furcht und Not“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt. Wer in permanenter Furcht vor Abschiebung und in existenzieller Unsicherheit lebt, weil er oder sie lediglich über ein prekäres oder über gar kein Aufenthaltsrecht verfügt, ist von einem Leben in Würde ausgeschlossen.

Entgegen der herrschenden Tendenz zu weiterer Demütigung und Entrechtung von Flüchtlingen und Migranten in diesem Land fordern das Grundrechtekomitee und Medico International ein Bleiberecht für alle derzeit hier lebenden Illegalisierten und Geduldeten. Diese Forderung wird mitgetragen von mehr als hundert Organisationen bundesweit sowie von zahlreichen Einzelpersonen, darunter auch bekannte Namen wie Gesine Schwan und Ilija Trojanow. Wir meinen: Was es heute braucht, sind nicht weitere

Gesetze und Maßnahmen der Entwürdigung und Entrechtung von Schutzsuchenden, sondern ein echtes Bekenntnis zur Menschenwürde – aller, die hier leben. Allen Schutz- und Rechtlosen in diesem Land ein Bleiberecht zu gewähren, wäre eine politische Geste, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so noch nie gegeben hat.

Die Petition anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes kann unter www.petition-bleiberecht.de unterstützt werden.

Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration bei medico international in Frankfurt.

Britta Rabe ist Referentin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln.

Empört. Enttäuscht. Fassungslos.

Ein Kommentar von Nazile Savaştürk und Ayşe Çınar zur Debatte um das Kopftuchverbot für Minderjährige - März 2019/NL23

Empört über den Titel der Petition von Terre des Femmes „Den Kopf frei haben“. Enttäuscht über das Unverständnis einer gemeinnützigen Menschenrechtsorganisation gegenüber Frauen, die nicht in ihre ‚weiße‘ Feminismusdefinition passen. Und fassungslos über die zahlreichen Unterzeichnungen dieser Petition von jenen Menschen, die in der Öffentlichkeit als Sprachrohr gelten.

Der Aufruf von Terre des Femmes hat uns Schwestern, beide tätig im sozialpädagogischen Bereich, zutiefst getroffen. Die wichtigsten Werte, die in unserer Familie hochgeschrieben werden, sind Akzeptanz und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen. Nur so kann ein friedliches Miteinander und ein diskriminierungsfreies Deutschland erlangt werden.

Indem Terre des Femmes versucht, ein angebliches Recht für minderjährige Mädchen einzufordern, tun sie genau das Gegenteil: nämlich anderen Mädchen das Recht wegnehmen, sich frei entfalten zu können. Terre des Femmes unterstellt diesen Mädchen, nicht eigenständige Entscheidungen (sei es über das Kopftuch oder nicht) treffen zu können.

Auch die im Aufruf stehende Aussage, Mädchen mit Kopftuch könnten kein unverkrampftes Verhältnis zur eigenen Sexualität entwickeln, verwundert uns sehr. Wir stellen uns zum einen die Frage was ihre Quelle zu solch einer Information ist und zum anderen wer eigentlich bestimmt, was ein unverkrampftes Verhältnis zur Sexualität bedeutet. Außerdem ist es befremdlich, dass ausgerechnet ‚weiße‘, christlich geprägte Frauen ein unverkrampftes Verhältnis zur Sexualität beanspruchen, da die Missionierung der so genannten Anderen auch damit einherging, zu bestimmen wie ‚zivilisierte‘ weibliche Sexualität auszusehen hat.

Der Aufruf von Terre des Femmes verdeutlicht: Es geht hier um vorhandene Machtstrukturen. Eine Gruppe von ‚weißen‘ Frauen, die ihr Selbstbild als emanzipiert und kämpferisch definiert, sieht sich über all jene anderen Frauen erhaben, die ihrer Ansicht nach den Weg der Emanzipation noch gehen müssen. Sie konstruieren sich als ‚fortschrittlich‘, ‚sexuell frei‘ und ‚modern‘ und haben die Macht, dieses Bild in die Welt hinaus zu transportieren. Damit schließt sich Terre des Femmes der langen, bis heute anhaltenden kolonialen Tradition an Schwarzen und People of Color Emanzipation, Fortschritt und Entwicklung abzusprechen. Sie tragen damit einmal mehr zur Festigung des Bildes bei, dass Schwarze und People of Color von ‚weißen‘ Menschen gerettet werden müssen und sichern damit auch in Zukunft die ‚weiße‘ Vorherrschaft.

Statt einer Solidarisierung und dem Zusammenhalt der Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen, herrscht hier eine Ungleichbehandlung von Schwarzen Menschen und People of Color. Nicht überrascht sind wir daher über das Bild auf der Startseite von Terre des Femmes, auf welcher ausschließlich ein ‚weißes‘ vermeintlich homogenes Frauenbild repräsentiert wird. Diese Repräsentation ist nicht realitätsnah, da die deutsche Gesellschaft keineswegs als homogen definiert werden kann – dies wird aber gerne suggeriert, wenn es darum geht, Minderheiten zu diskriminieren. Durch ihre Präsentation eines vermeintlich homogenen Frauenbildes lässt sich für uns darauf schließen, dass ihre Organisation auch ‚weiß‘ und christlich dominiert ist, was uns nicht wundert, da eine „Menschenrechts- bzw. Frauenrechtsorganisation“, die nur bestimmte Frauen mit Rechten ausstattet, auch für uns nicht als Wirkungsstätte in Frage kommt. Wir fühlen uns in einer solchen gemeinnützigen Organisation nicht willkommen.

Paradoxerweise fordern sie in ihrer Petition, dass jene Mädchen frei vom Ausschluss aus vielen Lebensbereichen durch Verschleierung sein sollen. Keineswegs unterstützen wir das Tragen eines Kopftuchs unter Zwang. Weder bei minderjährigen Mädchen noch bei erwachsenen Frauen. Genauso unterstützen wir das Ablegen des Kopftuchs eines Mädchens nicht, das sich selbst dazu entschieden hat, es zu tragen. Die Annahme, dass minderjährige Mädchen sich nicht frei dafür entscheiden können, ist eine Unterstellung.

Wir beide sind in einer praktizierenden muslimischen Familie aufgewachsen. Unsere Mutter trägt seit ihrer Jugend ein Kopftuch. Wir sind vier Schwestern und den Zeitpunkt, ob und wann wir ein Kopftuch tragen wollen, hat jede Einzelne selbst entschieden. Unsere zweitjüngste Schwester trägt, seit sie zwölf Jahre alt ist, ein Kopftuch. Während wir, ihre älteren Schwestern noch mit 20 Jahren keines getragen haben. In manchen öffentlichen Veranstaltungen oder Institutionen sorgte dies für Verwirrung. Wie konnte das passieren? Hat sich der Vater bei den älteren Mädchen nicht durchsetzen können? Oder war die jüngere Schwester schlicht nicht dazu in der Lage, „unverhüllt und selbstbestimmt zu denken und zu handeln“?

Die Möglichkeit, dass unsere Eltern uns die freie Entscheidung überlassen haben, ein Kopftuch tragen zu dürfen oder nicht, wird überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Hierbei wird ebenfalls deutlich, wie wirkmächtig muslimfeindliche Diskurse sind: so mächtig, dass Eltern kopftuchtragender Mädchen unhinterfragt unterstellt wird, dass sie ihre Kinder zu allem möglichen zwingen würden – besonders aber zum Tragen eines Kopftuchs.

Auch Terre des Femmes schließt diese Möglichkeit aus, womit wir uns explizit von dieser Organisation und jener Petition distanzieren. Denn wir möchten uns, wie wir es schon immer gemacht haben, für eine Diskussion auf Augenhöhe und einen respektvollen und solidarischen Umgang miteinander einsetzen.

Nazile Savaştürk, 27 J., Kindheitspädadogin und Masterstudentin der Erziehungswissenschaften

Ayşe Çınar, 30 J., Historikerin, Islamwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der pro Familia Freiburg

„Nie wieder!“ und der Wunsch, nichts zu wissen

Ein Kommentar von Astrid Messerschmidt zum „Aufruf für solidarische Bildung“, Dezember 2018/NL22

Migration ist zu einem Platzhalter für alle möglichen Äußerungen der Unzufriedenheit, des Gefühls, zu kurz zu kommen und der Angst geworden. Europaweit sorgt das Thema für die Reaktivierung nationaler Identitätsbehauptungen. In Deutschland lässt sich das anhand der Umdeutung eines bedeutenden Topos beobachten. „Nie wieder!“ stand bis vor kurzem für die Abgrenzung von allem, was mit dem Nationalsozialismus in Verbindung steht, und ist im Lauf der Zeit zu einer Formel der Selbstvergewisserung gemacht worden, so als sei das, wozu die zwei Worte aufrufen, bereits umgesetzt, so als gäbe es in der deutschen Gesellschaft und Politik tatsächlich nichts mehr von dem, was den NS ausmachte, keinen Rassismus, völkischen Nationalismus und schon gar keinen Antisemitismus.

In den letzten Jahren ist diesem Topos ein neuer Gegenstand zugeordnet worden, der dessen Bedeutung komplett umkehrt. „Nie wieder“ soll passieren, was 2015 passierte, nie wieder offene Grenzen, nie wieder Kontrollverlust, nie wieder Flüchtlinge und Asylsuchende, nie wieder so viele Fremde im Land. Das Thema Migration ist im Zuge dessen als Sicherheitsproblem besetzt worden und dient neo-nationalistischen Gruppierungen als Garant für Zustimmung in den dafür ansprechbaren Teilen der Öffentlichkeit. Migration kann als Signalwort gegen alles eingesetzt werden, was das vermeintlich Eigene bedroht, wozu Wohlstand, Kultur, Heimat, Sprache und Sicherheit gezählt werden. Migration und Flucht sind politisch gerahmt worden als Phänomene, die das Vertraute zerstören.[39]

Innerhalb dieser Rahmung kommt ein Motiv zum Ausdruck, das wiederum in enger Verbindung mit der gesellschaftlichen Beziehung zum Nationalsozialismus steht – der Wunsch nach Nichtwissen. In der familiären Kommunikation der Deutschen, die zu keiner der verfolgten Gruppen gehörten, ist über drei Generationen der Hinweis auf das Nichtwissen ein durchgängiges Muster der Unschuldsbeteuerung gewesen. Die Abwehr von Wissen schützt vor Verantwortung. Heute zeigt sich die Kontinuität dieser Abwehr in dem Mangel an Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung zu den Ursachen der großen weltweiten Fluchtbewegungen, die in ganz erheblichem Maße mit politischer Gewalt und daraus resultierenden Verarmungsprozessen zusammenhängen. Alles das kann jede und jeder wissen, zumal die Medien, die dieses Wissen transportieren, für alle zugänglich sind.

Das Bedürfnis nach Nichtwissen enthält zudem ein anti-intellektuelles Motiv, das allen rechtspopulistischen Bewegungen eigen ist und das zu den Elementen des Antisemitismus gehört. Niemand kann heute mehr glaubhaft behaupten, nichts wissen zu können. Die Zumutung des Wissens ist durch die digitalen Informationstechnologien gewachsen. Die Behauptung, nichts gewusst zu haben, hat sich erledigt, sie funktioniert nicht mehr und bietet keine Legitimation mehr. Unschuld im Sinne eines Unberührtseins von den Weltproblemen ist keine mögliche Option mehr. Jede_r kann wissen, was im Bürgerkriegsland Syrien geschieht und wie gefährlich es ist, dorthin zurückzukehren. Dass die Rückkehrenden vom Regime, das an der Macht bleiben wird, als Verräter betrachtet werden und dass sie deshalb nicht nur von den Machthabern, sondern auch von ihren Nachbarn bedroht werden, können alle wissen, die sich dafür interessieren. Jede_r kann wissen, wie viele Anschläge fast täglich in Afghanistan verübt werden und wie gefährlich es ist, dorthin zurückzukehren. Jede_r kann wissen, wie desolat die politischen Verhältnisse in vielen Ländern Mittelamerikas sind und welche Verelendungseffekte diese Verhältnisse für große Teile der Bevölkerungen haben. Jede_r kann wissen, wie grausam die Bürgerkriege in Zentralafrika sind und wie insbesondere Frauen und Kinder der eskalierenden Gewalt von Milizen ausgeliefert werden. Jede_r kann wissen, dass im Jemen aufgrund der Kriegshandlungen eine ganze Generation ohne ausreichende Ernährung und Schulbildung aufwächst. Die politisch bedingten

[39] Vgl. Elisabeth Wehling (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet und daraus Politik macht. Köln: edition medienpraxis.

Problemlagen der Welt stellen sich als ausgesprochen komplex dar, zugleich gibt es viele Möglichkeiten, diese Komplexität zu durchdringen und sich mehr Wissen und etwas Durchblick zu verschaffen.

Doch es ist schwierig, das Thema politische Gewalt in Fortbildungen zu verankern. Viele Lehrkräfte versprechen sich davon nichts für die Bewältigung ihres pädagogischen Alltags und wünschen sich eher Themen wie Sprachprobleme und kulturelle Unvereinbarkeiten. Die Vermutung, dass ein differenzierteres Wissen über die Ursachen von Flucht und Elendsmigration nichts bringt, ist Ausdruck einer Bildungsverweigerung bei denen, die Bildung vermitteln sollen. Die Beschränkung auf die vermeintlich wichtigeren, weil praktischen Fragen des Deutschlernens und des Umgehens mit kulturellen Differenzen verengt den eigenen Horizont auf die dominanten Themen des deutschen Integrationsdiskurses. Reproduziert wird dadurch das immer gleiche Muster der Identifikation von (Sprach-)Defiziten und kulturell problematischen Verhaltensweisen. Das Eigene bleibt davon unberührt, veränderungsbedürftig sind nur die Anderen, während das Dritte völlig ausgespart bleibt – nämlich die politischen und ökonomischen Verwerfungen, die zu massenhafter Auswanderung und Flucht veranlassen.

Es soll hier allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass viele in den Bildungsinstitutionen Migration und Flucht als relevante Tatsachen der Gegenwart anerkennen und entsprechend zeitgemäß handeln. Da dies aber ganz unaufgeregt geschieht, wird die Normalität des migrationsgesellschaftlichen Alltags in den Medien kaum repräsentiert, von einigen Ausnahmen abgesehen. Auch diese Auslassung verstärkt den auf Sicherheit und Anpassung setzenden Integrationsdiskurs, der zugleich den Bildungsaufstieg und die Karriereerfolge der Nachkommen vieler Arbeitsmigrant_innen ignoriert. Rücken die Geschichten des Aufstiegs in das Rampenlicht der Öffentlichkeit, bieten sie wiederum Anlass für feindliche Reaktionen. Integration schützt eben nicht vor Hass.

In dem „Aufruf für solidarische Bildung“, der Ende 2015 von rassismuskritisch arbeitenden Erziehungswissenschaftler_innen an die Fachöffentlichkeit gerichtet worden ist, haben wir Migration und Flucht in Anknüpfung an Wolfgang Klafki zu den Schlüsselproblemen der Gegenwart gezählt und zu notwendigen Gegenständen für die Allgemeinbildung erklärt.[40] Wechselwirkungen von politischen Konfliktlagen und ökonomischer Ungleichheit sind in dem Aufruf als wesentliche Ursachen für den weltweiten Anstieg der Fluchtbewegungen angesprochen worden. Inzwischen hat sich die Zahl derer, die gezwungenermaßen ihre Länder verlassen und die sich größtenteils keineswegs in Europa befinden, stetig erhöht.[41] Nie wieder sollen Menschen an Grenzen scheitern und keinen geeigneten Ort für ein politisches und soziales Exil finden. Nie wieder soll sich eine Bevölkerung, die über Schulbildung verfügt, auf ihr Nichtwissen berufen, wenn Verfolgte und Notleidende einen sicheren Ort suchen. Wenig wäre gelernt worden aus dem Umgang mit der NS-Geschichte, wenn zugelassen wird, dass der Minimalkonsens einer Verhinderung von Massenmord im Namen der Reinheit eines national definierten Volkes umgedeutet wird zu einem Konsens, der Migration kriminalisiert und die Suche nach einem besseren und sicheren Leben für illegitim erklärt.

[40] http://www.aufruf-fuer-solidarische-bildung.de/ (09.12.2018)

[41] „Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2017 waren 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Im Vergleich dazu waren es ein Jahr zuvor 65,6 Millionen Menschen, vor zehn Jahren 37,5 Millionen Menschen. In Deutschland nahm die Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu 2016 hingegen deutlich ab. 85 Prozent der Flüchtlinge lebt in Entwicklungsländern.“ https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/ (09.12.2018)

Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung – ein Blick in den Sport

Ein Kommentar von Andreas Foitzik zum Umgang mit der südafrikanischen Läuferin Caster Semenya - September 2016/NL14

Um sich in den letzten Wochen mit den Themen Gleichheit und Gerechtigkeit, Umgang mit Heterogenität und Normalisierungsdiskursen zu beschäftigen, musste man nur die Debatten im Sportteil der Tageszeitung verfolgen.

Im Rahmen der olympischen Spiele wurde wieder beklagt, dass das weltweite Doping einen fairen Sport verhindere und die „sauberen“ Sportler*innen ihrer Chancen „beraube“. (In welchen Ländern die Dopingsünder*innen zu vermuten sind, muss gar nicht mehr dazu gesagt werden.)

Nach der 800- Meter Goldmedaille der südafrikanischen Läuferin Caster Semenya wurde ebenfalls wieder über Wettbewerbsverzerrung diskutiert. Semenya hatte sich schon in den vergangenen Jahren eine entwürdigende öffentliche Diskussion über ihre angebliche Intersexualität, einen angeordneten Geschlechtstest, sowie einer androgensenkenden Behandlung unterziehen müssen, um an Wettkämpfen unter Frauen teilnehmen zu können. In Rio durfte sie starten, nachdem diese Regelung wieder gekippt worden war. Eine wirkliche Anerkennung für ihren Sieg bleibt ihr trotzdem vorenthalten.

Der deutsche beinamputierte Weitspringer Markus Rehm durfte – weil seine Prothese ihm angeblich bevorteilt - nicht bei den „richtigen“ Spielen, sondern „nur“ bei den Paralympics starten darf. Diese werden zwar inzwischen von IOC und den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nicht mehr nur als lästige Pflicht behandelt, sondern werden als Sportevent immer bedeutsamer, die öffentliche Wahrnehmung (… wir nehmen uns da gar nicht aus …) bleibt ihnen trotzdem verwehrt, nicht zuletzt weil aufgrund der verschiedenen „Schadensklassen“, mit denen versucht wird, eine Vergleichbarkeit der Ausgangsvoraussetzungen herzustellen und somit sowas wie einen fairen Wettkampf zu ermöglichen, alles doch recht Unübersichtlich scheint. Da schauen „wir“ dann doch lieber das „Original“ und nehmen im Kauf, dass das IOC, eine durch und durch korrupte Männerclique, aus dem „Fest der Menschen der Welt“ längst einen durchkommerzialisierten Megaevent gemacht hat, in denen Sportler*innen, ob sie wollen oder nicht, vermarktet und verkauft werden.

Das spannende an all diesen Debatten über einen fairen Wettbewerb, für den alle die ausgeschlossen werden müssen, die aufgrund chemischer und technischer Hilfsmittel oder körpereigener „Normabweichungen“ einen Vorteil haben, ist die Frage, über was alles nicht gesprochen wird. It´s Capitalism, stupid. Wie fair ist ein Wettbewerb, in dem Sportler*innen gegeneinander antreten, von denen die einen bereits als Kinder von hochqualifizierten Trainer*innen mit allen möglichen technischen Hilfsmitteln gefördert werden, die freigestellt sind für Training, deren Eltern sie täglich mit dem Auto ins 100 km entfernt liegende Leistungszentrum fahren, während die anderen auf Sandplätzen, unter schwierigen klimatischen Bedingungen, auf eigene Faust und oft mit dem Druck, nebenher für den Lebensunterhalt jobben zu müssen, sich auf den Wettkampf vorbereiten? Haben am Ende die Debatten um Doping, Testosteronwerte und Prothesen genau die Funktion eben nicht über die Ungleichheit der sozialen Schicht oder gar die ungleichen Möglichkeiten der Länder im globalen Wirtschaftssystem zu sprechen?

Würde die Illusion der Vorstellung, dass Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung hergestellt werden kann, nicht wie eine Seifenblase zerplatzen? Mithin die Illusion, dass es in der postkolonialen Welt so etwas wie einen fairen Handel geben kann? Mithin die Illusion, dass unser Bildungssystem nur annähernd den Anspruch von Chancengerechtigkeit einlöst. Die Illusion, dass Inklusion von Kindern mit Handicap in einem auf Selektion ausgerichteten Schulsystem möglich ist, ohne dass nicht wieder nur viele ausgeschlossen bleiben, weil sie nicht die Unterstützung der Familie haben oder weil sie eben so „anders“ sind, dass sie weder im Unterricht „integrierbar“ sind, noch später auf dem Arbeitsmarkt verwertbar… Oder als ein konkretes Beispiel die Illusion, dass es gerecht ist, dass die im

Deutschaufsatz geprüfte Fähigkeit, mit Sprache umzugehen, bei Erst- und Zweitsprachler*innen nach dem gleichen Maßstab bewertet wird?

Es gibt Hochschulen, die Bildungsausländer*innen mehr Zeit für die schriftliche Prüfung zugestehen, um Gerechtigkeit herzustellen und aushalten, sich damit den Vorwurf auszusetzen, dass diese Regelung ebenso keine Gerechtigkeit herstellt, weil die konkreten sprachlichen Voraussetzungen (Lese- Rechtschreibschwäche, Dialekt, Aufwachsen in einer bildungsaffinen Familie etc.) differenzierter sind, als dass man ihnen durch die Aufteilung sie in zwei Gruppen „gerecht“ werden könnte. Wie wäre es, wenn Schulen verpflichtet würden, zumindest einmal im Jahr allen Schüler*innen die Möglichkeit zu bieten, einen Aufsatz in der Sprache ihrer Wahl schreiben zu können?

Der Sport erinnert uns daran, wie sich die Vorstellung, was normal ist, und was als Abweichung gedacht wird als ein mächtiger Diskurs auch in unseren eigenen Vorstellungen niederschlägt und welche Anstrengung es bedarf, sich ihm immer wieder zu entziehen.

Impressum

Das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg versteht sich als Forum von Menschen aus den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Bildung/Weiterbildung, Hochschule sowie angrenzenden Professionen, die sich fachlich und (fach-)politisch in den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Weiterbildung – und auch darüber hinaus – einmischen und dort Rassismus selbststärkend, reflexiv-kritisch und wenn nötig auch skandalisierend zum Thema machen.

Das Netzwerk informiert mit diesem Newsletter Interessierte in Abständen von circa zwei Monaten über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Publikationen in den Feldern der Rassismuskritik und Migrationspädagogik.

Der Newsletter erreicht bundesweit über 2300 Adressen und wird weitgehend ehrenamtlich erstellt.

Redaktion: Andreas Foitzik, Sabine Pester und Axel Pohl

www.rassismuskritik-bw.de